D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 35
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

28. August 1981
Preis 1 DM



Antikriegstag, Rüstung und Krieg

von Lutz Plümer

Mit dem Überfall des deutschen Faschismus auf Polen begann am 1. September 1939 der 2. Weltkrieg. Zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert ging damit von deutschem Boden ein imperialistischer Weltkrieg aus. Beidesmal endete das Weltherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus mit einer Niederlage. Zum Glück, kann man sagen. Diese beiden Niederlagen haben die Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie nachhaltig geschwächt und erschweren es ihr noch heute, Chauvinismus in der Arbeiterklasse und in den Volksmassen zu verbreiten.

Aber nicht nur dem deutschen Imperialismus haben die Ergebnisse des 2. Weltkrieges einen entscheidenden Schlag versetzt. Die unterdrückten Völker der 3. Welt konnten die Schwächung der traditionellen europäischen imperialistischen Mächte nutzen, oftmals das Kolonialjoch abzuschütteln und ihre politische Unabhängigkeit zu erringen. Obwohl die ökonomische Abhängigkeit der 3. Welt von den entwickelten kapitalistischen Ländern nach wie vor drückend ist und oftmals ihre nationale Souveränität nach wie vor gefährdet ist, sind doch die Zeiten endgültig vorüber, wo eine Handvoll imperialistischer Mächte das Schicksal der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einfach diktieren konnten. Dies und die Herausbildung der beiden Supermächte haben eine geschichtliche Epoche beendet, in der die Weltge-

ging damit von deutschem Boden ein imperialistischer Weltkrieg aus. Beidesmal endete das Weltherrschaftsstreben des deutschen Imperialismus mit einer Niederlage. Zum Glück, kann man sagen. Diese beiden Niederlagen haben die Reaktion der westdeutschen Bourgeoisie nachhaltig geschwächt und erschweren es ihr noch heute, Chauvinismus in der Arbeiterklasse und in den Volksmassen zu verbreiten.

Aber nicht nur dem deutschen Imperialismus haben die Ergebnisse des 2. Weltkrieges einen entscheidenden Schlag versetzt. Die unterdrückten Völker der 3. Welt konnten die Schwächung der traditionellen europäischen imperialistischen Mächte nutzen, oftmals das Kolonialjoch abzuschütteln und ihre politische Unabhängigkeit zu erringen. Obwohl die ökonomische Abhängigkeit der 3. Welt von den entwickelten kapitalistischen Ländern nach wie vor drückend ist und oftmals ihre nationale Souveränität nach wie vor gefährdet ist, sind doch die Zeiten endgültig vorüber, wo eine Handvoll imperialistischer Mächte das Schicksal der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas einfach diktieren konnten. Dies und die Herausbildung der beiden Supermächte haben eine geschichtliche Epoche beendet, in der die Weltge-

schichte durch europäische Mächte bestimmt wurde. Die europäischen Mächte, obwohl nach wie vor an der Ausbeutung und zum Teil auch an der Unterdrückung von Völkern der 3. Welt beteiligt, sind ihrerseits zu Objekten der Ausbeutung und Unterdrückung der Supermächte geworden; sie haben die Fähigkeit verloren, das Schicksal ihrer Völker souverän zu gestalten. Die Gefahr eines europäischen Krieges ist dadurch nicht geringer geworden, im Gegenteil.

Gegenwärtig kursieren verschiedene Theorien über die Mechanismen, die einen Krieg auslösen können. Die offizielle Sozialdemokratie insbesondere vertritt u.a., daß es den Supermächten an Konfliktlösungsstrategien mangele, die verhindern könnten, daß eine Krise in Konfrontation umschlägt. Also komme es darauf an, dazu beizutragen, daß man miteinander im Gespräch bleibe. Verschiedene Friedensforscher vertreten, daß die Kriegsgefahr hauptsächlich wegen der Eigendynamik des Rüstungswettlaufs zunehme, was die Neigung zu einem vernichtenden Erstschlag stärke, der angesichts der aufgehäuften Overkill-Kapazitäten apokalyptisch enden würde.

Man kann diesen verschiedenen Theorien nicht jeden Wahrheitsgehalt absprechen. Insbesondere kann man nicht so tun, als habe die Einführung und Entwicklung der Atombombe nicht wesentliche Änderungen mit sich gebracht. Trotzdem sind diese Theorien bestenfalls einseitig.

Zwar stimmt, daß die europäischen Mächte 1914 keine Mechanismen hatten, die durch die Ermordung des Thronfolgers ausgelöste Krise zu schlichten. Aber die Konflikte zwischen den europäischen Kolonialmächten waren bereits herangereift, die ihnen entsprechenden Koalitionen bereits gebildet hatten, so daß es nur eines Anlasses bedurfte, den allen Seiten begierig aufgriffen. Die 1939 durch den deutschen Einmarsch in Polen ausgelöste Krise konnte nicht mehr politisch gelöst werden. Aber das war nur ein weiteres Glied einer Kette von Aggressionen des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus, der Punkt, an dem England und Deutschland nicht mehr, wie noch ein Jahr zuvor im Fall der Tschechoslowakei, das Vordringen des deutschen Imperialismus hinnehmen konnten, ohne ihre eigene Weltmacht zu gefährden. Beiden Weltkriegen gingen Rüstungswettläufe voraus. Aber sie waren ein Element der allseitigen Kriegsvorbereitungen, nicht der Kriegsgrund. Sie haben nicht den Kriegsausbruch entschieden.

Nach wie vor gilt, daß Krieg Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Und die Politik, die zum Krieg zu führen droht, wird heute gemacht. Die Sowjetunion, die nach dem 2. Weltkrieg, und erneut seit 1975 Stück für Stück ihr Einflußgebiet ausgedehnt hat, ist offenbar fest entschlossen und nach wie vor *fähig*, ihren Kurs der Expansion fortzusetzen. Die Tatsache daß sie in Afghanistan wie in Südostasien nicht einmal zu einigermaßen ernsthaften Verhandlungen bereit ist, ist ein Indiz für den bislang ungebrochenen Expansionsschub der Sowjetunion. Auf der anderen Seite demon-

den deutschen Einmarsch in Polen ausgelöste Krise konnte nicht mehr politisch gelöst werden. Aber das war nur ein weiteres Glied einer Kette von Aggressionen des deutschen, italienischen und japanischen Imperialismus, der Punkt, an dem England und Deutschland nicht mehr, wie noch ein Jahr zuvor im Fall der Tschechoslowakei, das Vordringen des deutschen Imperialismus hinnehmen konnten, ohne ihre eigene Weltmacht zu gefährden. Beiden Weltkriegen gingen Rüstungswettläufe voraus. Aber sie waren ein Element der allseitigen Kriegsvorbereitungen, nicht der Kriegsgrund. Sie haben nicht den Kriegsausbruch entschieden.

Nach wie vor gilt, daß Krieg Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist. Und die Politik, die zum Krieg zu führen droht, wird heute gemacht. Die Sowjetunion, die nach dem 2. Weltkrieg, und erneut seit 1975 Stück für Stück ihr Einflußgebiet ausgedehnt hat, ist offenbar fest entschlossen und nach wie vor *fähig*, ihren Kurs der Expansion fortzusetzen. Die Tatsache daß sie in Afghanistan wie in Südostasien nicht einmal zu einigermaßen ernsthaften Verhandlungen bereit ist, ist ein Indiz für den bislang ungebrochenen Expansionsschub der Sowjetunion. Auf der anderen Seite demon-

strieren die USA ihre Entschlossenheit, jedem weiteren Vordringen der Sowjetunion *mit allen Mitteln* entgegenzutreten. Das weltweite Vordringen der Sowjetunion und die Aufrüstung ihrer Militärmaschinerie in Europa ist zugleich die Geißel, mit denen die USA die westeuropäischen Mächte immer stärker unter Kuratel zwingen kann. Die Neutronenwaffe ist ein weiteres logisches Glied der von den USA dominierten NATO-Strategie, die darauf setzt, eine konventionelle Übermacht der Sowjetunion durch den frühzeitigen Einsatz von Nuklearwaffen auszuschalten. Neutronenwaffe wie Mittelstreckenrakete symbolisieren die amerikanische Vorherrschaft in Europa, wie sie auch die Absicht der amerikanischen Supermacht zum Ausdruck bringen, um den Preis der Vernichtung der europäischen Völker der Sowjetunion entgegenzutreten. Es ist kein Zufall, daß sich Friedensbewegungen an der Einführung dieser Waffensysteme entzünden. Beschränken sie sich auf den Versuch, die Einführung solcher Waffensysteme abzuwehren, verzichten sie darauf, die Völker, die dem gewaltsamen Vordringen der Sowjetunion gegenwärtig durch bewaffneten Widerstand entgegenzutreten gezwungen sind, aktiv zu unterstützen, verzichten sie darauf, der Blockpolitik eine Perspektive der Blockfreiheit Europas entgegenzustellen, bleiben sie wie frühere Friedensbewegungen vergleichsweise hilflos. Wahr ist, daß diese Elemente in der gegenwärtigen Friedensbewegung noch nicht ausreichend stark sind. Aber wie anders die Friedensbewegung zu einer wirksamen Kraft gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen werden kann, ist auch nicht abzusehen.



Bis Dienstag war noch keine Einigung erzielt worden zwischen der Verhandlungsdelegation der Solidarność und der Regierung über die Forderungen, denen vor allem die Drucker in Allenstein mit ihrem Streik unterstreichen: Zugang der Gewerkschaften zu den Medien. Die streikenden Arbeiter in Allenstein fordern zusätzlich, daß Meldungen des staatlichen Fernsehens, wonach nichtorganisierte Arbeiter zur Teilnahme am landesweiten zweitägigen Streik gezwungen worden seien, dementiert werden.

Die Gegenreform marschiert

Haushaltsbeschlüsse: Was werden die Gewerkschaften tun?

bep. Letzte Woche schrieb FDP-Vorsitzender Genscher an seine „lieben Parteifreunde", die Auseinandersetzungen um die Ausgabenkürzungen im Haushalt 82 zeigten, daß „eine ähnlich grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen ist wie beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg". Damals

den Vorschläge nicht, kaum mehr als eine bescheidene Fortsetzung früherer Programme, und offenbar als Beruhigungspille für den DGB gedacht.

Des weiteren geht der Streit um die Finanzierung. Die SPD hat Steuererhöhungen ins Spiel gebracht, bei denen in allen Fällen (ob Ergänzungsabgabe

Wohl wahr, aber auch – leider – ein wenig übertrieben. Ein regelrechtes Veto hat der DGB lediglich gegen eine Kürzung des Arbeitslosengelds und eine Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingelegt. Hier ist eine Grenze gezogen, die wohl nicht ohne größere Erschütterungen des Ver-



Bis Dienstag war noch keine Einigung erzielt worden zwischen der Verhandlungsdelegation der Solidarność und der Regierung über die Forderungen, denen vor allem die Drucker in Allenstein mit ihrem Streik unterstreichen: Zugang der Gewerkschaften zu den Medien. Die streikenden Arbeiter in Allenstein fordern zusätzlich, daß Meldungen des staatlichen Fernsehens, wonach nichtorganisierte Arbeiter zur Teilnahme am landesweiten zweitägigen Streik gezwungen worden seien, dementiert werden.

Die Gegenreform marschiert

Haushaltsbeschlüsse: Was werden die Gewerkschaften tun?

bep. Letzte Woche schrieb FDP-Vorsitzender Genscher an seine „lieben Parteifreunde", die Auseinandersetzungen um die Ausgabenkürzungen im Haushalt 82 zeigten, daß „eine ähnlich grundsätzliche Auseinandersetzung zu führen ist wie beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg". Damals ging es immerhin darum, ob der Kapitalismus restauriert oder ob ein anderes Gesellschaftssystem angestrebt werden sollte. Die heutigen Differenzen innerhalb der Regierungskoalition sind damit schwerlich zu vergleichen. Zwischen SPD- und FDP-Vertretern besteht Einigkeit in der Absicht, den individuellen und gesellschaftlichen Konsum zu senken, um die Rentabilität des Kapitals zu verbessern. Die „soziale Ausgewogenheit", die in der SPD so beschworen wurde, ist in den bisher ausgehandelten Vereinbarungen nicht mal dem Schein nach gewahrt. Ausgerechnet eine FDP-Abgeordnete, Helga Schuchardt, hat das öffentlich ausgesprochen: Sie wolle nicht einem Sparprogramm zustimmen, das vor allem Bürger mit kleinem Einkommen erheblich belaste, sie selbst aber „mit keiner Mark". Ihr Vorschlag, statt weitere Sozialleistungen zu kürzen lieber die Möglichkeit des Steuer-Splittings anzutasten, bei dem sich Ehepaare mit hohem Einkommen, wo die Frau nicht arbeiten muß, erhebliche Steuervorteile verschaffen, wurde ringsum mit geniertem Schweigen beantwortet.

Die Beseitigung solcher und ähnlicher Steuerprivilegien spielt keine Rolle in den gegenwärtigen Streitigkeiten. Da geht es einmal um den Charakter künftiger Konjunkturmaßnahmen. SPD wie FDP legen das Schwergewicht auf die Förderung privater Kapitalinvestitionen (etwa durch verbesserte Abschreibungsregelungen). Aber während die FDP alles dem Markt und der Privatinitiative überlassen will, möchte die SPD wenigstens einige Bereiche (vor allem Maßnahmen zur Energieeinsparung) verstärkt und gezielt fördern. Sehr weitgehend sind die entsprechenden Vorschläge nicht, kaum mehr als eine bescheidene Fortsetzung früherer Programme, und offenbar als Beruhigungspille für den DGB gedacht.

Des weiteren geht der Streit um die Finanzierung. Die SPD hat Steuererhöhungen ins Spiel gebracht, bei denen in allen Fällen (ob Ergänzungsabgabe oder Heizöl- und Erdgassteuer) die Lohnabhängigen den größeren Teil der Mittel aufzubringen haben. Die FDP, unterstützt von den Kapitalistenverbänden und prominenten CDU-Politikern, wiederholt hartnäckig die Forderung nach weiteren Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung, vor allem nach Senkung des Arbeitslosengelds. Außerdem sollen die Kosten der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die die Kapitalisten direkt zu tragen haben, durch Einführung eines unbezahlten Karenztages gesenkt werden. Unversöhnlich scheinen die Positionen dennoch nicht zu sein. Beide Seiten versichern, ein Kompromiß sei möglich. Warum schlägt dann aber Genscher so dramatische Töne an? Einerseits natürlich, um den Druck auf die SPD (und speziell bestimmte Flügel der SPD) zu erhöhen. Es sind aber auch noch andere Kräfte im Spiel. „Doch wie nie zuvor ist in den Haushaltsberatungen eine ‚dritte Kraft' mit großem Nachdruck in Erscheinung getreten. Der Gewerkschaftsbund stellt ‚Gegenprogramme' auf und schleudert einschneidenden, aber unerläßlichen Korrekturen beim Sozialhaushalt sein Veto entgegen', klagt H.G. Vetter in der FAZ.

Wohl wahr, aber auch – leider – ein wenig übertrieben. Ein regelrechtes Veto hat der DGB lediglich gegen eine Kürzung des Arbeitslosengelds und eine Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eingelegt. Hier ist eine Grenze gezogen, die wohl nicht ohne größere Erschütterungen des Verhältnisses von Gewerkschaften und Regierung bzw. Parteien überschritten werden könnte. Angesichts einer Prognose von 1,5 Millionen Arbeitslosen im nächsten Jahr und Schätzungen über ein mögliches Ansteigen der Arbeitslosenzahl auf über 2 Millionen bis 1985 ist dieses Trommelfeuer auf die Arbeitslosenversicherung aber sicher zur Vorbereitung weitergehender Maßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt gedacht. Gegenwärtig deckt es solche Maßnahmen wie weitere Verschärfung der Zumutbarkeitsregelung, die Verlängerung der Sperrfristen und die Kürzungen bei den Umschulungsmaßnahmen. Schon jetzt ist ein Klima erzeugt, in dem die einfache Feststellung, daß die Leistungen der Versicherung unzureichend und Ergänzungen, etwa in bezug auf die Länge der Zahlung des Arbeitslosengeldes, dringend erforderlich sind, beinahe revolutionär klingt.

Die geplanten Haushaltsmaßnahmen werden weder krasses Massenelend noch nennenswerte spontane Proteste hervorrufen. Aber sie sind mehr als nur eine Fortsetzung der Politik der letzten Jahre. Die Solidargemeinschaft der Lohnabhängigen soll ausgehöhlt, das Lebensniveau soll gesenkt werden. Der DGB hat relativ klare politische Forderungen gestellt, die Regierung ist dabei, sie in den Wind zu schlagen. Arbeiterbewegung und Gewerkschaft sind herausgefordert. Die DGB-Spitze scheint noch nicht bereit, sich mit einigen angeblichen Konjunkturmaßnahmen abspeisen zu lassen. Mit der alten Gipfel-Diplomatie ist für sie auch nicht mehr zu holen. Die Notwendigkeit selbständiger politischer Aktionen der Gewerkschaften wird immer fühlbarer.

Auf der Suche nach neuen (alten) Tarifverhandlungsperspektiven

Von Peter Dobberkau

Der Hauptgeschäftsführer des Arbeitsrings Chemie, Molitor, in der FAZ vom 22. August: Der Ausgleich der Inflationsraten in der Lohnpolitik sei nicht mehr möglich, und Fehlentwicklungen zu hoher Lohnsteigerungen ließen sich mittelfristig über Inflation und Abwertung wieder ausgleichen. Anders hingegen bei Fragen der wöchentlichen Arbeitszeit, Urlaubsdauer, Kündigungsschutz etc., „hier gibt es nach allen Erfahrungen keine nachträglichen Reparaturen und keine Schritte rückwärts". Hier müsse verbindlich seitens der Arbeitgeberverbände vor Auslaufen der Arbeitszeitregelungen Ende 1983 – „wo sich schon jetzt eine erhebliche Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung abzeichnet" – geklärt werden, „was grundsätzlich – wenn auch vielleicht in Stufen – akzeptabel und was aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung nicht akzeptiert werden kann". Der berühmte Tabu-Katalog der BDA sei notwendig, bedürfe allerdings, als rein defensiver Katalog, einer Ergänzung um positive Vorstellungen und zwar von neuen Themen, da „die traditionellen Themen wie insbesondere Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Zuschläge und Rationalisierungsschutz auf immer mehr Hürden stoßen". Generell solle darüber die sich verschärfende Frontstellung Gewerkschaften – Arbeitgeber verhindert und die sachliche Atmosphäre der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwecks sozialem Fortschritt gestärkt werden.

Die Hürden wachsen und stattdessen – Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand? Nachdem die staatliche Prämie beseitigt ist, wird z.Z. überlegt, den von den Kapitalisten zu zahlenden Beitrag zu streichen. Die Vorstellungen eines Leber – in 25 Jahren würden sich so zwei Drittel des zuwachsenden Kapitals in Arbeitnehmerhand befinden (so in „Vom Frieden", 1979) – sind hin. Oder Gestaltung der Schichtarbeit? In einem Arbeitspapier der BDA vom Mai 81 wird folgender gestalterischer Vorschlag zu den Schichtzeiten entwickelt, der den Mahlzeiten- und Verdauungsrhythmus der Schichtarbeiter positiv beeinflussen und so Leistungsreserven mobilisieren soll: Statt von 6 bis 14, 14 bis 22 und 22 bis 6 Uhr, zukünftig von 8 bis 18, 18 bis 2, 2 bis 8 Uhr. Interessanter schon, wie analog in der Presse der Versuch unternommen wird, gewerkschaftliche Forderungen aus ihrem Zusammenhang zu reißen und in einen Gegensatz zueinander zu bringen. „Tarif-Rentner mit 60 Jahren – Die *Alternative* zur 35-Stunden-Woche", schreibt die FAZ zu Überlegungen der IGM, tarifvertraglich das Ausscheiden aus dem Betrieb ab 60 Jahren zu ermöglichen durch die Fortzahlung von 90% des bisherigen Nettoeinkommens bis zum Renteneintritt mit 63 Jahren. Die FAZ spekuliert auf die Mobilisierung unterschiedlicher unmittelbarer Interessen innerhalb der Belegschaften, die aber als solche *allesamt* in den gewerkschaftlichen Aktionsprogrammen enthalten sind, also auch nicht in einen spaltenden Gegensatz zu kommen brauchen. Etwa bezüglich der Arbeitszeitverkürzung generell auf 35 Stunden in der Woche sowie der Herabsetzung des Rentenalters, der Verlängerung der Schulausbildung wie des Urlaubs.

Die Bedingungen, um an das Sozialpartnerschaftsstreben der Gewerkschaftsvorstände anzuknüpfen, verschlechtern sich für die Kapitalisten in dem Maße, wie die objektiven Verhältnisse sie zum Angriff auf bisher erreichte Positionen der Arbeiterbewegung treiben und zum Mauerbau gegenüber notwendigen Forderungen der Gewerkschaften. DGB-Vorsitzender Vetter in einem Interview in der „Welt der Arbeit" vom 6. August: „Die Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem auch der Wochenarbeitszeit ist notwendig. Auch die deutschen Arbeitgeber, die ja diese Frage zu einer Weltanschauung und zu einem Dogma gemacht haben, werden über kurz oder lang von ihrem Tabu-Katalog heruntersteigen und Tarifverträge über die Kürzung der Wochenarbeitszeit unterzeichnen müssen." WdA: Ist eine Tarifpolitik denkbar, wonach ein Einkommensverlust zugunsten von Arbeitszeitverkürzungen hingenommen würde? Vetter: „Eine Tarifpolitik, die Einkommensverluste zum Ergebnis hat, macht keinen Sinn und ist deshalb nicht diskutabel."

1. September – Antikriegstag

Vielfältige Aktionen von DGB und Friedensinitiativen

gkr. Der 1. September, der in Erinnerung an den Einmarsch des Hitler-Faschismus in Polen und damit den Ausbruch des 2. Weltkriegs traditionell als Aktionstag gegen den Krieg genutzt wird, hat in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Nicht nur objektiv ist die Gefahr eines weiteren Weltkrieges gewachsen, sondern auch subjektiv das Bewußtsein darüber. Dies drückt sich einerseits in mehr Demonstrationen und Aktionen der Gewerkschaft, vor allem aber an der Einleitung der Unterschriftensammlung zu den Fragen Frieden und Abrüstung am 1. September durch den DGB-Vorstand aus; dies drückt sich andererseits in einer großen Zahl von breiten Aktionseinheiten zu Friedenswochen und Aktionen am und um den 1. September aus.

Nach wie vor enthalten diese Aktionseinheiten einen bestimmten Mangel: Sie umfassen zwar von Jusos über DKP bis zu Organisationen, die sich auf den Marxismus-Leninismus berufen, ein breites politisches Spektrum, oft unter Einschluß vor allem kirchlicher Jugendgruppen, fast nie aber sind Gewerkschaftseinheiten beteiligt. Nach wie vor besteht eine Spaltung zwischen dem, was man als Friedensbewegung bezeichnen kann, und der Gewerkschaftsbewegung, obwohl diese sicher im Hinblick auf den 1. September ein Stück überwunden wurde. Und noch ein zweites fällt auf bei einem Überblick über die verschiedensten Aktionseinheiten: In ziemlich vielen Fällen steht die DKP neben Organisationen, mit denen sie vor noch nicht allzulanger Zeit jegliche Aktionseinheit abgelehnt hätte (wie sie heute nach wie vor in einzelnen Fällen eine Aktionseinheit mit KBW etc. ablehnt) unter einem Aufruf und, so ergibt sich jedenfalls aus den uns zugegangenen Berichten, immer wieder muß sie eine Gleichstellung der beiden Militärblöcke und oft auch direkte Verurteilung der Sowjetunion wegen Afghanistan o.ä. in den Aufrufen mitunterschreiben.

Im folgenden ein sicherlich unvollständiger Überblick über verschiedene Aktionen zum Antikriegstag.

In **Düsseldorf** wird am 1. September die zentrale Kundgebung des DGB stattfinden. Dort spricht Heinz Oskar Vetter, es wird die Unterschriftensammlung des DGB eröffnet.

Hamburg: Kundgebung und Demonstration der DGB-Jugend am 1.9. U.a. spricht dort Hans Saalfeld, Vorsitzender des DGB Hamburg. Friedenswoche des DGB mit verschiedenen Veranstaltungen vom 30.8. bis 5.9.

Bremen: Schweigemarsch und Kundgebung des DGB am 1.9. U.a. sprechen Erwin Schmidt, Vorsitzender des DGB Bremen, und G. Döding, Vorsitzender der NGG.

In **Stukenbrock** findet an den Gräbern von 65000 sowjetischen Kriegsgefangenen am 5. September eine Mahn- und Gedenkveranstaltung statt. Die Aktion „Blumen für Stukenbrock" ist stark von der DKP beeinflußt.

In **Aachen** findet am 1. September im Anschluß an eine Kranzniederlegung des DGB am Mahnmal für die Opfer des Faschismus eine durch eine Aktionseinheit getragene Demonstration statt.

Frankfurt: GEW und DPG rufen zu einer Protestkundgebung gegen Neutronenbombe und Kriegsgefahr, für nationale Unabhängigkeit am 1. September auf. Abends Veranstaltung des DGB unter dem Thema „Frieden durch Abrüstung". In den folgenden Wochen findet eine Seminarreihe zum Thema „Aus der Geschichte lernen, Faschismus und Neofaschismus" statt.

Der DGB Saar führt am 1.9. in **Saarbrücken** in der Kongreßhalle eine Kundgebung mit Vertretern französischer und luxemburgischer Gewerkschaften durch.

In **Trier** findet ebenfalls am 1.9. eine Diskussionsveranstaltung statt mit Vertretern verschiedener politischer Richtungen. Davor führt die Arbeitsgemeinschaft Frieden eine Flugblatt- und Schweigeaktion durch.

Zu der Demonstration in **Fischbach** am 29.8. wird aus einem weiteren Umkreis mobilisiert. Die Demonstration richtet sich besonders gegen die Lagerung von Giftgas durch die US-Truppen in der Pfalz.

Speyer: Friedenswoche, Abschluß durch eine Demonstration am 5.9., durchgeführt von einer Aktionseinheit.

Veranstaltung des DGB Rheinland-Pfalz am 1.9. in **Mainz.** Dort spricht u.a. Kirchenpräsident Helmut Hilt.

Der DGB Kreis **Ludwigshafen** führt am 1.9. eine Großkundgebung in Ludwigshafen durch. Dort spricht der langjährige Vorsitzende des Schriftstellerverbandes Prof. Walter Fabian.

Friedenswoche der DGB-Jungend in **Heilbronn** vom 28.8. bis 5.9., Demonstration am 1.9. ab Gewerkschaftshaus.

In **Stuttgart** führt der Arbeitskreis Frieden im Stadtjugendring eine Demonstration am 6.9. durch. Eine Aktionseinheit zum Antikriegstag ruft zu dieser Demonstration auf.

In **Pforzheim** führt eine Aktionseinheit, in der der DGB mitarbeitet, eine Aktionswoche durch. Am 1.9. findet eine Kranzniederlegung des DGB statt und anschließend eine Diskussionsveranstaltung über offene Fragen der Friedensbewegung.

Die DGB-Jugend **Aalen** führt am 1.9. eine Demonstration durch und anschließend eine Veranstaltung zum Thema „Aufrüstung – eine Gefahr für den Frieden" mit dem Friedensforscher Dieter S. Lutz. Verschiedene Veranstaltungen einer Arbeitsgemeinschaft vom 30.8. bis 5.9., am 5.9. Demonstration gegen Mittelstreckenraketen und Ausbau des Truppenübungsplatzes Ellwangen,

München: Veranstaltung von DGB-Landesbezirk Bayern und Kreis München am 1.9. im Circus-Krone Bau. Mit dem Friedensforscher Dr. Alfred Mechtersheimer und dem GEW-Bundesvorsitzenden Erich Frister.

Verschiedene, schon in der KVZ Nr. 33 aufgeführte Aktionen sind hier nicht mehr berücksichtigt.





um positive Vorstellungen und zwar von neuen Themen, da „die traditionellen Themen wie insbesondere Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Zuschläge und Rationalisierungsschutz auf immer mehr Hürden stoßen". Generell solle darüber die sich verschärfende Frontstellung Gewerkschaften – Arbeitgeber verhindert und die sachliche Atmosphäre der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwecks sozialem Fortschritt gestärkt werden.

Die Hürden wachsen und stattdessen – Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand? Nachdem die staatliche Prämie beseitigt ist, wird z.Z. überlegt, den von den Kapitalisten zu zahlenden Beitrag zu streichen. Die Vorstellungen eines Leber – in 25 Jahren würden sich so zwei Drittel des zuwachsenden Kapitals in Arbeitnehmerhand befinden (so in „Vom Frieden", 1979) – sind hin. Oder Gestaltung der Schichtarbeit? In einem Arbeitspapier der BDA vom Mai 81 wird folgender gestalterischer Vorschlag zu den Schichtzeiten entwickelt, der den Mahlzeiten- und Verdauungsrhythmus der Schichtarbeiter positiv beeinflussen und so Leistungsreserven mobilisieren soll:

Die Bedingungen, um an das Sozialpartnerschaftsstreben der Gewerkschaftsvorstände anzuknüpfen, verschlechtern sich für die Kapitalisten in dem Maße, wie die objektiven Verhältnisse sie zum Angriff auf bisher erreichte Positionen der Arbeiterbewegung treiben und zum Mauerbau gegenüber notwendigen Forderungen der Gewerkschaften. DGB-Vorsitzender Vetter in einem Interview in der „Welt der Arbeit" vom 6. August: „Die Verkürzung der Arbeitszeit und vor allem auch der Wochenarbeitszeit ist notwendig. Auch die deutschen Arbeitgeber, die ja diese Frage zu einer Weltanschauung und zu einem Dogma gemacht haben, werden über kurz oder lang von ihrem Tabu-Katalog heruntersteigen und Tarifverträge über die Kürzung der Wochenarbeitszeit unterzeichnen müssen." WdA: Ist eine Tarifpolitik denkbar, wonach ein Einkommensverlust zugunsten von Arbeitszeitverkürzungen hingenommen würde? Vetter: „Eine Tarifpolitik, die Einkommensverluste zum Ergebnis hat, macht keinen Sinn und ist deshalb nicht diskutabel."

Stück überwunden wurde. Und noch ein zweites fällt auf bei einem Überblick über die verschiedensten Aktionseinheiten: In ziemlich vielen Fällen steht die DKP neben Organisationen, mit denen sie vor noch nicht allzulanger Zeit jegliche Aktionseinheit abgelehnt hätte (wie sie heute nach wie vor in einzelnen Fällen eine Aktionseinheit mit KBW etc. ablehnt) unter einem Aufruf und, so ergibt sich jedenfalls aus den uns zugegangenen Berichten, immer wieder muß sie eine Gleichstellung der beiden Militärblöcke und oft auch direkte Verurteilung der Sowjetunion wegen Afghanistan o.ä. in den Aufrufen mitunterschreiben.

Im folgenden ein sicherlich unvollständiger Überblick über verschiedene Aktionen zum Antikriegstag.

In **Düsseldorf** wird am 1. September die zentrale Kundgebung des DGB stattfinden. Dort spricht Heinz Oskar Vetter, es wird die Unterschriftensammlung des DGB eröffnet.

Hamburg: Kundgebung und Demonstration der DGB-Jugend am 1.9. U.a. spricht dort Hans Saalfeld, Vorsitzender des DGB Hamburg. Friedenswoche des DGB mit verschiedenen Veranstaltungen vom 30.8. bis 5.9.

Bremen: Schweigemarsch und Kundgebung des DGB am 1.9. U.a. sprechen Erwin Schmidt, Vorsitzender

und Schweigeaktion durch.

Zu der Demonstration in **Fischbach** am 29.8. wird aus einem weiteren Umkreis mobilisiert. Die Demonstration richtet sich besonders gegen die Lagerung von Giftgas durch die US-Truppen in der Pfalz.

Speyer: Friedenswoche, Abschluß durch eine Demonstration am 5.9., durchgeführt von einer Aktionseinheit.

platzes Ellwangen,

München: Veranstaltung von DGB-Landesbezirk Bayern und Kreis München am 1.9. im Circus-Krone Bau. Mit dem Friedensforscher Dr. Alfred Mechtersheimer und dem GEW-Bundesvorsitzenden Erich Frister.

Verschiedene, schon in der KVZ Nr. 33 aufgeführte Aktionen sind hier nicht mehr berücksichtigt.





Amnestie und Straffreiheit für Hausbesetzer gefordert

sz/gkr. Bundesverfassungsrichter Simon hat erneut im Deutschlandfunk zur Frage der Amnestie für Hausbesetzer Stellung genommen. Nachdem er schon früher eine solche gefordert hatte, die Amnestie aber abgelehnt worden sei, müßten die verantwortlichen Politiker nun ähnliche Maßnahmen ergreifen. Die bei Hausbesetzungen begangenen Gewalttätigkeiten und Rechtsverletzungen könnten zwar nicht toleriert werden, es müsse aber die Frage erlaubt sein, „wie wir in unserer Rechtsordnung mit Menschen umgehen, die insofern ein gesellschaftliches Verdienst haben, daß sie auf Fehlleistungen und Mißstände hingewiesen haben". Die jungen Leute hätten „erst, als sie gewisse Regelverletzungen, die strafbar sind", begangen hätten, „mit diesem Hinweis Aufmerksamkeit" gefunden. – Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen in Schleswig-Holstein will sich dafür einsetzen, daß Besetzungen „sozialwidrig ungenutzter Wohnungen und Häuser" von der Strafbarkeit ausgenommen werden sollen. In einem Antrag der Landeskonferenz in Neumünster wurde der Gesetzgeber aufgefordert, den Paragraphen 123 über Hausfriedensbruch im Strafgesetzbuch entsprechend zu ändern.

Tragen von Anti-Atomkraft-Plaketten verboten

kvz. Der Erste Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts hat entschieden, daß ein Verbot von Anti-Atomkraftaufklebern auf dem Kasernengelände an Privatwagen zu den zulässigen Einschränkungen des Grundrechts der freien Meinungsäußerung für Soldaten gehöre. Fragen, die wie die Nutzung der Atomenergie von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der Bundesrepublik seien, die innerhalb und außerhalb der politischen Parteien kontrovers und kompromißlos diskutiert würden und bei denen die Positionen nahezu unüberbrückbar erschienen, seien geeignet, „Kameradschaft und gegenseitige Achtung innerhalb der Truppe zu gefährden".



Ein weiterer Teilerfolg gegen die WAA in Nordhessen

rdo.Korbach. Am 18.8. erklärte der hessische Wirtschaftsminister Hoffie (FDP) den Standort Wethen II (Eichholz) für eine WAA wegen „geologischer Bedenken" für hinfällig. Ein vordergründiges Argument (in einem Buch aus dem Jahre 1926 werden diese geologischen Beschaffenheiten im Eichholz ausführlich beschrieben), gerade zu diesem Zeitpunkt die Demonstration platzen zu lassen. Die Demonstrationsleitung, hauptsächlich bestehend aus Vertretern der örtlichen Bürgerinitiativen, trat am selben Abend zusammen, konnte sich aber nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Nach der Erleichterung, daß Wethen nicht als Standort in Frage kommt, hatte sich die Diemelstädter Bürgerinitiative wie auch die meisten umliegenden BIs bis zum 21.8. gegen eine Großdemonstration ausgesprochen. Allerdings verbunden mit der Erklärung, den Kampf gegen jeden neuen Standort mit allen Kräften zu unterstützen. Nach heftigen Auseinandersetzungen wurde von der Mehrheit der Demonstrationsleitung beschlossen, die Großdemo nicht durchzuführen, weil die Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben seien. Nüchtern betrachtet, hat die Bewegung, nachdem die DWK aufgrund des Wahlerfolgs der Bürgerliste Volkmarsen (41,7%) nach Wethen ausweichen mußte, einen weiteren Teilerfolg erzielt. Die Bewegung hat jetzt eine Atempause, die sie zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch und der Beratung über das weitere Vorgehen durch alle BI Mitglieder nutzen will. Unter dem Motto „Der Widerstand lebt" soll auf einer alternativen Veranstaltung am 19. September in Diemelstadt-Rhoden, Festhalle, eine Beratung mit Bürgern aller in Frage kommenden Standorte stattfinden. Für diese Veranstaltung, zu der auch Vertreter aus Gorleben, Wyhl, Brokdorf usw. eingeladen werden, sollen eine Fotoausstellung gezeigt und nach einem Fackelmarsch ins Eichholz ein Wachturm und ein Gedenkstein aufgestellt werden.

Eltern der am 5. März Verhafteten gründen Bürgerinitiative

mej.Nürnberg. Die Eltern der am 5. März vor dem KOMM inhaftierten Jugendlichen, die bisher als „Elterninitiative 5. März" sich organisiert hatten, haben gemeinsam mit Mitgliedern des „Ermittlungsausschusses 5. März" und Vertretern der Rechtsanwälte eine „Bürgerinitiative 5. März für Grundrecht und Demokratie" gegründet. In der Präambel heißt es: „Die Verletzung von Grundrechten im Einzelfall hat weitreichende Folgen für alle Menschen in unserem Land, für den Zustand unserer Gesellschaft und Demokratie." Und weiter: „Die Massenverhaftung des 5. März in Nürnberg, das Vorgehen von Polizei und Justiz und die kürzliche Anklageerhebung machen deutlich, daß vielfache Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit und Grundsätzen aus politischen Gründen erfolgt sind. Eltern, Betroffene und Anwälte haben zunächst aus Sorge um die persönlichen Schicksale sich engagiert. Dabei ist zunehmend deutlich geworden, daß mehr auf dem Spiel steht." Die Bürgerinitiative, in der jeder mitarbeiten kann, will u.a. Verletzungen von Grundrechten bekannt machen, den Prozeßverlauf beobachten usw. Ende September soll der „Kraaker-Film" (aus Holland) einer breiten Öffentlichkeit gezeigt werden, von dem angeblich so wesentliche „Anregungen" für die „gewalttätige Demonstration" ausgegangen sein sollen.

Bundesgerichtshof erläutert sein Vergewaltigungsurteil

gkr. Zu einem ungewöhnlichen Schritt mußte sich der Bundesgerichtshof (BGH) entschließen, da sein Urteil zur Vergewaltigung vom 1. Juli heftige Kritik in der Öffentlichkeit ausgelöst hatte: Er gab eine Presseeklärung zur Erläuterung des Urteils heraus. Bei dem Verfahren ging es darum, ob ein Malermeister ein Lehrmädchen vergewaltigt hat. Der BGH war der Auffassung, so erläuterte er nun das Urteil, daß der Meister alleine durch Mißbrauch seiner Autorität als Lehrherr bei dem Lehrmädchen zum Ziel gekommen sei, denn er habe ja Gewalt nicht konkret angewandt. Ein kleines Hintertürchen läßt der BGH dem Landgericht, das den Fall nun erneut verhandeln muß, offen: Dort sei es „durchaus möglich, daß sich auch die zusätzliche Verurteilung wegen Vergewaltigung bestätigt". Der BGH beteuert, unter Druck geraten: „Dem Urteil ist keinesfalls zu entnehmen, daß eine Vergewaltigung nur bei körperlicher Gegenwehr der Frau in Betracht kommt, ebensowenig wird darin ein Freiraum für bestimmte Formen der Gewaltunzucht geschaffen."

„Und wenn wir gewinnen, dann geht das doch praktisch erst einmal richtig los“

acm. Der Kampf der „Heinze-Frauen“ aus Gelsenkirchen, organisiert durch die IG Druck und Papier, ist ein gutes Beispiel für die Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategie um „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ und die Durchsetzung der Rechte der Frauen. Standen 1978 die Frauen von Heinze (dem zweitgrößten Konzern für Fotoentwicklung in der BRD, mit 20 Filialen) noch an vorderster Front in Punkto Einklagung der Rechte vor dem Gericht, so sind ihrem Beispiel in der jüngsten Zeit viele Frauen und Gewerkschaften gefolgt. Das unterstützt auch die Auseinandersetzungen in den Betrieben gegen die niedrige Eingruppierung die allenthalben und zunehmend mit Erfolg, geführt werden. – Die nachstehenden Erfahrungen* der „Heinze-Frauen“ zeigen darüberhinaus den weitgehend erfolgreichen Zusammenschluß der auch in kleineren Betrieben möglich ist.

Solidaritätskundgebung und Demonstration der IG Druck am 6. September in Kassel

Beginn der Kundgebung: Eissportstadion, 11.30 Uhr

Programm: DruPa-Frauen-Songgruppe. Es sprechen: Leonhard Mahlein, 1. Vorsitzender, Gisela Kessler, Frauensekretärin der IG Druck. Forum: „Kolleginnen erzählen von ihrem Kampf“. Theaterstück: „Frauen sind keine Heinzelmänner“. Demonstration im Anschluß an die Kundgebung.

Tagschicht und Spätschicht tun sich zusammen

Marianne Kaiser: Es war auch wichtig, daß die Schichten, die bis dahin überhaupt keinen Kontakt gehabt haben, sich zusammengetan haben.

Gerda: Ich habe das vorgeschlagen. Ich war der Meinung, mit mehr erreicht man auch mehr. Das hat der Bodo (Betriebsrat) dann arrangiert. Wir treffen die Kollegen und hören mal, wie sie dazu stehen.

Gisela Kessler: War das schon geplant als Klageaktion?

Bodo Murach: Nein, zuerst war es mal als Treffen gedacht, um zu sehen, wie viele kommen, um ihre Interessen zu vertreten. Wir haben gesagt, von der Spätschicht kommen sie alle, und da wollte die Tagschicht natürlich nicht zurückstehen, und haben gesagt, dann kommen wir natürlich auch alle. Und dann kam ein ganz großer Teil. Ich habe noch einmal mit der Gerde gesprochen, und die hat gesagt, von der Spätschicht habe ich jetzt schon zehn, und von der Tagschicht sind auch zwanzig da, garantiert. Und so

Und wenn wir gewinnen ...

Gerda: Und wenn wir gewinnen, dann geht das doch praktisch erst einmal richtig los.

Andere Frauen werden anfangen, an allen möglichen Ecken und Kanten zu sagen: „Müssen wir uns damit eigentlich stillschweigend zufriedengeben?“ Das ist natürlich umgekehrt auch unsere Stärke, daß wir darauf gucken, daß möglichst viele Frauen das verstehen, was wir hier kapieren; hier geht es um eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Was wir hinterher erfahren

Doris: Ich bin glücklich darüber, daß wir gewonnen haben in Gelsenkirchen. Dadurch hat mein Mann eine ganz andere Einstellung bekommen. Vorher, wenn ich da was sagen wollte, sagte er: „Sei ruhig, das geht dich nichts an“, und jetzt, als ich vom Termin zurückkam und wo wir gewonnen haben, da sagt er: „Ja, was denn, nun erzähl doch mal.“ Da sag ich zu ihm: „Du sagst doch immer, das interessiert mich

sen, sind sie da nicht mit ihren Forderungen durchgekommen, und so'n paar Frauen, die erreichen ja dann auch nichts.

Enttäuscht waren wir alle in Hamm

Inge: Daß es arbeitergeberfreundliche Richter sind in Hamm, haben wir gewußt, aber wir hatten die Hoffnung, daß wir doch gewinnen, einmal weil wir schon den ersten Prozeß gewonnen hatten und dann, weil der Richter so hinterhältig war.

Angela Czybulski: Das muß man echt sagen, der Zusammenhalt und dieses ganze Verstehen untereinander, auch die Bereitschaft, Freizeit zu opfern, ist eigentlich ungebrochen. Nach Hamm hätte man eigentlich annehmen sollen, daß da zappenduster ist. Ich bin mitgewesen in Hamm. Nicht im Gerichtssaal, denn der Gerichtssaal war sehr klein. Deshalb paßten wir da gar nicht alle rein. Es ging immer hin und her. Zur Urteilsverkündung haben wir dann alle den Gerichtssaal gestürmt.

„Freies Spiel der Kräfte“

Wird die Lohnungleichheit nochmal gerichtlich gestützt?

bl. So ungefähr argumentieren die Kapitalisten, wenn sie den Arbeitsvertrag charakterisieren. Auf der einen Seite steht der Arbeiter, der seine Bedingungen diktiert, auf der anderen der Kapitalist, der seine Wünsche äußert. Am Ende vom Lied kommt dann die „freie Vereinbarung“ beraus. Bei den „Heinze-Frauen“ ist eine neue wissenschaftliche Theorie hinzugekommen. Sie sind nicht so standfest bei diesem freien Spiel der Kräfte, deshalb holen sie bei Abschluß des Arbeitsvertrages weniger Lohn heraus als die Männer. Vor hundert Jahren wurde in einer ernsthaften Abhandlung eines anerkannten Professors der deutschen Wissenschaften die Physiologie und Gehirnmasse der Frauen herangezogen, um ihnen das Recht zum Besuch von Universitäten zu bestreiten. Die Heinze-Kapitalisten und auch das Landesarbeitsgericht in Hamm haben derartige Absichten der Diskriminierung der Frauen natürlich weit von sich gewiesen. Sie haben das Kernstück des bürgerlichen Rechts, die Vertragsfreiheit, nach der der Eigentümer von Produktionsmitteln und der Arbeiter sich als Gleiche gegenüberstehen, betont: Drei Arbeiter bekamen bei Foto-Heinze eine ähnliche Zulage wie die Frauen. Sie dienten dem Landesarbeitsgericht Hamm zur Begründung, daß eine individuelle einzelvertragliche Regelung im Betrieb vorliegt. Alle anderen Männer im Betrieb bekommen durchschnittlich 1,50 DM mehr pro Stunde – frei vereinbarter Bonus ihrer männlichen Standfestigkeit bei Vertragsabschluß.

Eine zweite entscheidende Säule bei der Argumentation der Kapitalisten, der das Landesarbeitsgericht gefolgt ist, besteht in der Behauptung von ungleicher Tätigkeit. 1974 hatte das Bundesarbeitsgericht – ein erster Erfolg der gewerkschaftlichen Bewegung für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – die unteren Lohngruppen als nichtig (weil gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG, § 75 BetrVG) abkassiert.

Seitdem versuchen die Kapitalisten einerseits über Tätigkeitsbeschreibungen bei den Lohngruppen und vor allem über das Mittel der übertariflichen Zulagen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufrechtzuerhalten. Foto-Heinze stellte 1978 auf 24-Stunden-Schicht um. Bis dahin war es ein reiner Frauenbetrieb. Wegen des Verbots der Nachtarbeit für Arbeiterinnen wurden Männer eingestellt. Zusage der Kapitalisten: es kommen alle in Lohngruppe I, damit keine Ungleichheiten enstehen. Der Nachtdienst wird durch die 25% Nachtzulage ausgeglichen. Frauen haben die Männer an den Maschinen angelernt. Die Tätigkeiten im Arbeitsablauf, Sortieren der Filme, Aufstecken, Befördern in die Dunkelkammer usw. sind bei Frauen und Männern die gleichen. Das Verbot der Nachtarbeit für Frauen – ein Schutzgesetz, das von der Arbeiterbewegung erkämpft worden ist – diente den Kapitalisten im Prozeß als Argument für den höheren Lohn für männliche Arbeiter. Das Landesarbeitsgericht Hamm dazu: Die Firma Heinze wolle mit der Zulage die höhere Belastung der Männer durch Nachtschichtarbeit vergüten. Es sei dabei dem Arbeitgeber freigestellt, daß er auf *alle* Arbeitsstunden, also auch die tagsüber abgeleisteten, einen Zuschlag zahle. Es handele sich eben nicht um einen gleichen Arbeitsplatz, weil zum „Begriff des Arbeitsplatzes“ auch die Arbeitsbedingungen gehörten. Politisch ist dieses Argument wichtig, heißt es doch nichts anderes, als daß ein gewerkschaftlich erkämpftes Schutzgesetz, wie das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, ungleiche Bezahlung rechtfertigt. Die weiteren Argumente der Kapitalisten sind ähnlicher Natur. Der ökonomische Zwang für viele Frauen, nur in Teilzeit oder in der Spätschicht arbeiten zu können, setzt sie außer Stand, die Maschinen zu beaufsichtigen und zu kontrollieren usw.

Die strategische Bedeutung der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist groß. Können die Kapitalisten durch übertarifliche Lohngestaltung weiterhin mit der Behauptung von einzelvertraglichen Zulagen das Diskriminierungsverbot umgehen oder nicht. § 75 BetrVG verbietet nur in allgemeiner Form Ungleichbehandlung. Das internationale Recht, der EWG-Vertrag, den die BRD unterzeichnet hat, ist weitergehend. Als Entgelt, das dem Verbot der Ungleichbehandlung unterliegt, wird dort nicht nur der Lohn, sondern werden auch sämtliche Zulagen und sonstigen Leistungen definiert. 1974 hatte das Bundesarbeitsgericht bereits entschieden, daß der generelle Ausschluß von Frauen von der Zulagenzahlung unzulässig ist. Entscheidend wird sein, ob die Kapitalisten mit solchen „objektiven“ Begründungen wie Nachtarbeit usw. faktische Lohnungleichheit weiter betreiben können.

Würde das Gericht am 9. September in Kassel gegen die Kapitalisten entscheiden, dann wären Tausende von Überprüfungen von übertariflichen Zulagen offen.

„Kolleginnen erzählen von ihrem Kampf“. Theaterstück: „Frauen sind keine Heinzelmänner“. Demonstration im Anschluß an die Kundgebung.

Tagschicht und Spätschicht tun sich zusammen

Marianne Kaiser: Es war auch wichtig, daß die Schichten, die bis dahin überhaupt keinen Kontakt gehabt haben, sich zusammengetan haben.

Gerda: Ich habe das vorgeschlagen. Ich war der Meinung, mit mehr erreicht man auch mehr. Das hat der Bodo (Betriebsrat) dann arrangiert. Wir treffen die Kollegen und hören mal, wie sie dazu stehen.

Gisela Kessler: War das schon geplant als Klageaktion?

Bodo Murach: Nein, zuerst war es mal als Treffen gedacht, um zu sehen, wie viele kommen, um ihre Interessen zu vertreten. Wir haben gesagt, von der Spätschicht kommen sie alle, und da wollte die Tagschicht natürlich nicht zurückstehen, und haben gesagt, dann kommen wir natürlich auch alle. Und dann kam ein ganz großer Teil. Ich habe noch einmal mit der Gerde gesprochen, und die hat gesagt, von der Spätschicht habe ich jetzt schon zehn, und von der Tagschicht sind auch zwanzig da, garantiert. Und so
war es dann auch. Bei der ersten Versammlung waren zwanzig Frauen da, bei der zweiten Versammlung dreißig.

Marianne Kaiser: Könnt ihr euch noch daran erinnern, wie das war bei diesem ersten Treffen? Wie habt ihr die Kolleginnen da überhaupt hingebracht?

Grete: Ich bin hochgegangen ins Büro, und da hat der Bodo gesagt: „Also hört mal zu, von der Spätschicht waren welche da, und die wollen das und das machen.“ Wir sollten doch auf der Tagschicht auch mitmachen. Und ich habe mich eben ins Zeug gelegt. Auf jeden Fall mußte man sehr viel Kunst aufbringen und reden.

Eine Welle von Solidarität

Marianne Kaiser: Wir wollen jetzt den zweiten Punkt ansehen, öffentliche Reaktionen im Kollegenkreis, die Solidarität der Arbeitnehmer. Habt ihr überhaupt mit dem, was gekommen ist, gerechnet?

Grete: Man weiß ja nie, wie die anderen reagieren. Und ist nachher froh darüber, daß sie so gut reagieren und dahinterstehen.

Irene: Man fühlt sich doch gestärkt.

Gerda: Und darum hat man doch die Hoffnung, daß es klappt.

Marianne Kaiser: Macht das nun einen Unterschied, ob die Presse berichtet oder ob Frauen aus einem Gelsenkirchener Betrieb schreiben?

Erika: Die anderen Frauen? Doch, das hilft viel. Schon, wenn man so angesprochen wird. Dann sagt man sich: „Es ist doch gut, daß du das gemacht hast. Nicht immer den Kopf in den Sand stecken.“

Und wenn wir gewinnen ...

Gerda: Und wenn wir gewinnen, dann geht das doch praktisch erst einmal richtig los.

Andere Frauen werden anfangen, an allen möglichen Ecken und Kanten zu sagen: „Müssen wir uns damit eigentlich stillschweigend zufriedengeben?“ Das ist natürlich umgekehrt auch unsere Stärke, daß wir darauf gucken, daß möglichst viele Frauen das verstehen, was wir hier kapieren; hier geht es um eine grundsätzliche Auseinandersetzung.

Was wir hinterher erfahren

Doris: Ich bin glücklich darüber, daß wir gewonnen haben in Gelsenkirchen. Dadurch hat mein Mann eine ganz andere Einstellung bekommen. Vorher, wenn ich da was sagen wollte, sagte er: „Sei ruhig, das geht dich nichts an“, und jetzt, als ich vom Termin zurückkam und wo wir gewonnen haben, da sagt er: „Ja, was denn, nun erzähl doch mal.“ Da sag ich zu ihm: „Du sagst doch immer, das interessiert mich
nicht, ich soll doch ruhig sein.“ – „Ja, jetzt ist es ganz anders, jetzt erzähl doch mal.“ Na ja, da hab ich ihn erst mal schmoren lassen. Dann hab ich gesagt: „Du wolltest doch bisher nichts wissen, dann brauchst du es jetzt auch nicht. Du hast doch sonst gesagt, das interessiert dich nicht. Ich soll alleine damit fertig werden. Na ja, und dann hat sich das so hingezogen bis zum Abend. Immer wieder hat er gebohrt. Na ja, dann hab ich es ihm erzählt. Jetzt findet er's auch gut.

Gerda: Na ja, mein Mann, seine Einstellung kennen schon einige, der war ja eigentlich gar nicht so erbaut von der Sache. Als ich dann nach Hause kam, guckte er mich so an. „Ja, hab ich doch gleich gewußt, daß ihr das nicht schafft. Siehste, wenn ich doch dein Gesicht angucke, weiß ich doch schon, was los ist.“ – „Ja“, habe ich gesagt, „dann brauch ich ja nichts mehr zu erzählen.“ Hab auch nichts mehr erzählt. Und das ließ ihn dann doch nicht so richtig in Ruhe, und er hat dann gefragt: „Ja, dann erzähl mal.“ Da habe ich gesagt: „Du weißt es ja besser. Bitte schön, dann wirst du es ja morgen aus der Zeitung erfahren.“ Ich sag: „Ich werd dich gar nicht mehr darüber belehren.“ Am nächsten Morgen dann, als er die Zeitung liest, sagt er: „Prima“, Schulterklopfen und meint: „Macht weiter so, ist ja toll.“

Ja, dann war er auf einmal davon erbaut, daß ich da überhaupt mitgemacht habe und daß es dann doch so ausgegangen ist, weil er gar nicht dran geglaubt hat, da er immer der Meinung war, als der letzte Streik war bei Thys-

sen, sind sie da nicht mit ihren Forderungen durchgekommen, und so'n paar Frauen, die erreichen ja dann auch nichts.

Enttäuscht waren wir alle in Hamm

Inge: Daß es arbeitergeberfreundliche Richter sind in Hamm, haben wir gewußt, aber wir hatten die Hoffnung, daß wir doch gewinnen, einmal weil wir schon den ersten Prozeß gewonnen hatten und dann, weil der Richter so hinterhältig war.

Angela Czybulski: Das muß man echt sagen, der Zusammenhalt und dieses ganze Verstehen untereinander, auch die Bereitschaft, Freizeit zu opfern, ist eigentlich ungebrochen. Nach Hamm hätte man eigentlich annehmen sollen, daß da zappenduster ist. Ich bin mitgewesen in Hamm. Nicht im Gerichtssaal, denn der Gerichtssaal war sehr klein. Deshalb paßten wir da gar nicht alle rein. Es ging immer hin und her. Zur Urteilsverkündung haben wir dann alle den Gerichtssaal gestürmt.
Wir saßen zu dritt auf einem Stuhl oder auf dem Fußboden. Und als dann das Urteil rauskam, da war natürlich im ersten Moment alles dicht, da war wirklich zappenduster. Ja, dann sind wir aus dem Gerichtssaal raus, und auf einmal kam das Gefühl: Jetzt erst recht. So zehn Minuten nach der Urteilsverkündung hatten wir das Urteil schon wieder vergessen und einhellige Meinung war: Jetzt erst recht. Wiedersehen in Kassel.

Die Männer: Man muß anders denken

Hans Peter: Ich war von Anfang an dabei und habe meine Frau von Anfang an unterstützt, weil ich die Sache an sich gut finde. Allerdings ist es schwer, ein bißchen umzudenken ...

Weil man herkömmlich sagt, „die Frauen sind sowieso immer so ein bißchen anders ... die heiraten ...“ und dann kommen diese alten Phrasen. Das ist ja heute vorbei. Man muß anders denken.

Konny: Ich habe am Anfang überhaupt keinen überblick gehabt, und man konnte sich nicht reinknien oder man weiß da nicht Bescheid, dann ist ja klar, daß man sich da erst mal gar keine richtigen Gedanken drüber macht. Im Laufe der Zeit ist man immer besser informiert, bis ich das gerafft hatte, da war ich dafür, also ich hab gesagt: „Das geht ja nicht, wenn es gleiche Arbeitsplätze sind, dann muß auch der gleiche Lohn da sein, die Frau ist nicht weniger wert als ein Mann, das geht da irgendwie nicht.“ Und seitdem unterstütze ich auch meine Frau ...

vertragliche Regelung im Betrieb vorliegt. Alle anderen Männer im Betrieb bekommen durchschnittlich 1,50 DM mehr pro Stunde – frei vereinbarter Bonus ihrer männlichen Standfestigkeit bei Vertragsabschluß.

Eine zweite entscheidende Säule bei der Argumentation der Kapitalisten, der das Landesarbeitsgericht gefolgt ist, besteht in der Behauptung von ungleicher Tätigkeit. 1974 hatte das Bundesarbeitsgericht – ein erster Erfolg der gewerkschaftlichen Bewegung für gleichen Lohn für gleiche Arbeit – die unteren Lohngruppen als nichtig (weil gegen das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG, § 75 BetrVG) abkassiert.

Seitdem versuchen die Kapitalisten einerseits über Tätigkeitsbeschreibungen bei den Lohngruppen und vor allem über das Mittel der übertariflichen Zulagen die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern aufrechtzuerhalten. Foto-Heinze stellte 1978 auf 24-Stunden-Schicht um. Bis dahin war es ein reiner Frauenbetrieb. Wegen des Verbots der Nachtarbeit für Arbeiterinnen wurden Männer eingestellt. Zusage der Kapitalisten: es kommen alle in Lohngruppe I, damit keine Ungleichheiten enstehen. Der Nachtdienst

Stand, die Maschinen zu beaufsichtigen und zu kontrollieren usw.

Die strategische Bedeutung der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist groß. Können die Kapitalisten durch übertarifliche Lohngestaltung weiterhin mit der Behauptung von einzelvertraglichen Zulagen das Diskriminierungsverbot umgehen oder nicht. § 75 BetrVG verbietet nur in allgemeiner Form Ungleichbehandlung. Das internationale Recht, der EWG-Vertrag, den die BRD unterzeichnet hat, ist weitergehend. Als Entgelt, das dem Verbot der Ungleichbehandlung unterliegt, wird dort nicht nur der Lohn, sondern werden auch sämtliche Zulagen und sonstigen Leistungen definiert. 1974 hatte das Bundesarbeitsgericht bereits entschieden, daß der generelle Ausschluß von Frauen von der Zulagenzahlung unzulässig ist. Entscheidend wird sein, ob die Kapitalisten mit solchen „objektiven“ Begründungen wie Nachtarbeit usw. faktische Lohnungleichheit weiter betreiben können.

Würde das Gericht am 9. September in Kassel gegen die Kapitalisten entscheiden, dann wären Tausende von Überprüfungen von übertariflichen Zulagen offen.

Es ist doch meist immer so, daß die Männer glauben, die Frau, die steht unten drunter und mehr passiert da nicht. Da ist der Fall erledigt für den Mann. Der denkt: „Ach, die Frau bleibt am Ofen zum Kinderkriegen, fertig.“ Aber es hat sich doch gezeigt, daß viele Männer anders denken.

Das Fernsehen kommt zu uns

Marianne Kaiser: Wie war das denn mit deinem Streitgespräch mit dem Geschäftsführer, als das Fernsehen nach Hamm im Betrieb war?

Bettina: Ja, die Reporterin hatte den Geschäftsführer gefragt, aus welchem Grunde der Mann technisch begabter wäre als die Frau. Er versuchte, das so auszuklabüsern, die Frau wäre nun mal für die Sortierung fingerfertiger als der Mann, hingegen aber an der Durchlaufmaschine der Mann technisch begabter. Da bin ich eingesprungen und hab gesagt: „Moment mal, ich war ja selbst vier Monate in der Durchlaufmaschine drin ...“ und da fiel er mir ins Wort und widerlegte mir, ich hätte nie selbständig gearbeitet. Dabei ging er immer nur von der Situation aus, daß Bruch ist, also eine Panne. Er sieht nur immer, wenn Bruch ist, muß man das auch alleine beherrschen; kannst du aber gar nicht alleine beherrschen, weil du schnell handeln mußt, und dazu braucht man immer zwei. Wenn es nämlich länger dauern würde, würden die Filme schwarz werden, und dann würden die Kunden abspringen, ganz klar, oder? Er wollte es aber immer so hinstellen, das muß einer allein können. Und ich habe es ihm widerlegt, weil ich selbständig gearbeitet hatte in dem Sinne: Ich habe Filmmaterial kontrolliert, eingehängt, überwacht, wie die Filme am Einlaufen waren, und wenn es Bruch war, dann war sofort die Laborleiterin zur Stelle und es wurde dann im Team gearbeitet, also nie war einer in dem Sinne selbständig. Und das war das Streitgespräch, wo er außer Fassung geriet vor der Kamera und weggelaufen ist.

Ich sag: „Wat is dat denn? Jetzt haut der Mensch ab. Bleiben Sie doch mal hier, nehmen Sie doch mal Stellung!“ Und dann – ein Gewirr von Händen war in der Luft, er hat richtig Löcher in die Luft gemacht mit seinen Händen, ja ehrlich, das hättest du mal sehen müssen: Der hat die Farbe gewechselt wie eine Ampel.

Wir machen auf jeden Fall weiter

Marianne Kaiser: Warum seid ihr dafür, daß der Prozeß weitergeht vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel?

Resi: Weil wir für Gerechtigkeit sind. Und weil wir nicht einsehen, daß die Männer mehr bekommen, wenn sie die gleiche Arbeit machen. Und prinzipmäßig finde ich, daß die Frauen weitergehen sollen, aber alle Frauen, nicht nur jetzt wir 29. Es sollen alle zusehen, daß sie, wenn sie gleiche Arbeit machen, auch das gleiche Geld dafür bekommen. Ist doch nur gerecht!

* Aus dem Buch: Wir wollen gleiche Löhne! Dokumentation zum Kampf der 29 „Heinze-Frauen“. Herausgegeben von Marianne Kaiser, rororo-aktuell 4623, 5,80 DM.

Thesen zu Ökologie und Umweltschutz

Von Johannes Keizer

1 Es ist vollständig unbegründet gegenüber den Stellungnahmen bürgerlicher Entwicklungstheoretiker und kritischer Naturwissenschaftler, das Ausmaß der heute bereits erreichten Umweltzerstörung zu beschönigen oder düstere Prognosen über die künftige Entwicklung, wenn es mit Ressourcenverschwendung und Umweltverschmutzung so weiter geht wie bisher, mit Attributen wie ,,Endzeitideologen" abzuqualifizieren. Natürlich besteht die Möglichkeit, daß durch die kapitalistische Produktionsweise irreparable Zerstörungen der Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts verursacht werden, wie die Möglichkeit, daß durch einen atomaren Krieg menschliches Leben überhaupt im größten Umfang vernichtet wird. Daß hinter den Verfassern von Berichten wie denen des ,,Club of Rome" oder der Studie ,,Global 2000" oft Absichten stecken, das als Propaganda gegen die Verschwendungssucht der Lohnabhängigen zu verwenden, ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die Wissenschaftler und Theoretiker der bürgerlichen Gesellschaft auf Grund des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte durchaus in der Lage sind, die Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft vorauszuberechnen. Alles was dabei zu Tage gefördert wird, sind Argumente gegen eine Produktionsweise, deren innerer Antriebsmechanismus die Verwertung des Kapitals ist und die deswegen Profitmaximierung des einzelnen Kapitals an die erste Stelle setzt.

Aus der Tatsache heraus, daß die Kapitalisten die Umwelt zerstören, daß Produktionsarten gewählt werden, die die natürlichen Ressourcen verschwenden, wenn sie für die Kapitalisten billig oder umsonst zu haben sind, muß die Arbeiterbewegung als Konsequenz Gesetze fordern, die der spontanen Entwicklung des Kapitalismus Einhalt gebieten, sowohl wenn es darum geht, den Kapitalisten zu verbieten, die Natur als Müllkippe zu benutzen, wie wenn es darum geht zu verhindern, daß die eine Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, die Natur, verschwendet wird.

Dadurch, daß Wissenschaftler und Techniker selbst lohnabhängig sind oder aus Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung stammen, sind heute die Möglichkeiten so groß wie nie, den Kapitalisten die Rechnung aufzumachen, auch was ihr Wirtschaften mit den Na-

Entwicklungsstandes der Produktivkräfte durchaus in der Lage sind, die Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft vorauszuberechnen. Alles was dabei zu Tage gefördert wird, sind Argumente gegen eine Produktionsweise, deren innerer Antriebsmechanismus die Verwertung des Kapitals ist und die deswegen Profitmaximierung des einzelnen Kapitals an die erste Stelle setzt.
Aus der Tatsache heraus, daß die Kapitalisten die Umwelt zerstören, daß Produktionsarten gewählt werden, die die natürlichen Ressourcen verschwenden, wenn sie für die Kapitalisten billig oder umsonst zu haben sind, muß die Arbeiterbewegung als Konsequenz Gesetze fordern, die der spontanen Entwicklung des Kapitalismus Einhalt gebieten, sowohl wenn es darum geht, den Kapitalisten zu verbieten, die Natur als Müllkippe zu benutzen, wie wenn es darum geht zu verhindern, daß die eine Quelle des gesellschaftlichen Reichtums, die Natur, verschwendet wird.
Dadurch, daß Wissenschaftler und Techniker selbst lohnabhängig sind oder aus Teilen der lohnabhängigen Bevölkerung stammen, sind heute die Möglichkeiten so groß wie nie, den Kapitalisten die Rechnung aufzumachen, auch was ihr Wirtschaften mit den Na-

turbestandteilen des Produktionsprozesses betrifft, und dagegen Alternativen zu entwickeln.

2 Kritisieren muß man aber Ideologien, die die Ursache von Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung in der ,,Wegwerfgesellschaft" oder ähnlichem suchen. Zerstörung der Umwelt ist kein neues Phänomen – auch nicht Umweltzerstörung in gigantischem Ausmaß. Aus der Geschichte kennen wir sowohl die Verkarstung der Mittelmeerländer wie die Abholzung Mitteleuropas. Die ganze Welt, in der wir heute leben, ist zu großen Teilen durch menschliche Tätigkeit geformt – im Guten wie im Schlechten. Wenn durch menschliche Tätigkeit und Produktion Umweltzerstörung eintritt, hat das zunächst die Ursache in der fehlenden Kenntnis der späteren Folgen von augenblicklichen Handlungen. Je weniger der Mensch die Naturgesetze kennt und sie rational anzuwenden weiß, um so mehr kann bei jeder Produktionstätigkeit nur der unmittelbare Zweck Antriebsmoment sein und nicht die mittelbaren Folgen (z.B. wenn die Indianer die Wälder abbrannten, um den Büffel zu jagen, ahnten sie nicht, dadurch die Versteppung ganzer Landstriche einzuleiten). Aufgabe menschlicher Produktion muß es sein, die Naturgesetze planvoll auszunutzen, nicht sie zu vergewaltigen.

3 Auch wenn es keinen ökologischen Sündenfall gibt mit Eintritt in die Industriegesellschaft, so ist unzweifelhaft, daß alle ökologischen Fragen sich heute in ganz anderer Dimension zeigen als früher.

In gewisser Weise treibt der Kapitalismus alles auf die Spitze. Während Produktionsziel aller übrigen Produktionsweisen die Herstellung und Aneignung von Gebrauchswerten gewesen ist, geht es im Kapitalismus um Verwertung des Werts, was an sich ein schrankenloser Vorgang ist, der in gewisser Weise auch dazu führt, *nur* noch das nächste Ergebnis zu sehen, nämlich aus G, G+g zu machen und sich nicht den Dreck um weitere Folgen zu kümmern (während es z.B. den Bauern des Mittelalters durchaus kümmern mußte, die Fruchtbarkeit seiner Äcker auf Jahrzehnte zu sichern, oder der Handwerker die Lebens- und Umweltbedingungen an seinem Ort selber zu ertragen hatte, kann der Kapitalist durchaus zufrieden sein, wenn er in einem Plantagengeschäft seinen Profit gemacht hat und nach Auslaugung des Bodens o.ä. er sein Kapital woanders anlegt). Weil das Ziel der kapitalistischen Produktion nur die profitabelste Verwertung des Werts ist, müssen die Kapitalisten zu Umweltschutzmaßnahmen genauso gezwungen werden wie dazu, nicht die Lebenskraft des Arbeiters völlig zu zerstören, wobei die Naturbedingungen der Sache nach schlimmer dran sind, weil sie zunächst vollständig kostenlos zu haben sind und sich auch nicht wehren können, sondern der Verteidigung durch die lebendige Arbeit bedürfen.

Weiter ist die Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus soweit vorwärts geschritten, daß die Beeinflussung der Natur nicht nur punktuelle Ausmaße annimmt, sondern daß allgemeine Folgen für alles Leben auf der Welt eintreten können. Während die Waldvernichtung der beginnenden Neuzeit noch ein mitteleuropäisches Phänomen war, ist die Cadmiumverschmutzung der Gewässer mittlerweile allgemein. Gleichzeitig hat die Entwicklung der Produktivkräfte aber auch zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, keine Produktion mehr zu betreiben, die sich gegen die Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts richtet.

4 Kritische Studien zur Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung waren oft benannt mit ,,Grenzen des Wachstums" o.ä. Dem haftete von vornherein der Geruch an, es solle dem Einwirken des Menschen auf die Natur eine Grenze gesetzt werden. Ihre Gipfel finden solche wirklich existierenden Auffassungen in Äuße-

turbedingungen der Sache nach schlimmer dran sind, weil sie zunächst vollständig kostenlos zu haben sind und sich auch nicht wehren können, sondern der Verteidigung durch die lebendige Arbeit bedürfen.
Weiter ist die Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus soweit vorwärts geschritten, daß die Beeinflussung der Natur nicht nur punktuelle Ausmaße annimmt, sondern daß allgemeine Folgen für alles Leben auf der Welt eintreten können. Während die Waldvernichtung der beginnenden Neuzeit noch ein mitteleuropäisches Phänomen war, ist die Cadmiumverschmutzung der Gewässer mittlerweile allgemein. Gleichzeitig hat die Entwicklung der Produktivkräfte aber auch zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, keine Produktion mehr zu betreiben, die sich gegen die Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts richtet.
4 Kritische Studien zur Umweltverschmutzung und Ressourcenverschwendung waren oft benannt mit ,,Grenzen des Wachstums" o.ä. Dem haftete von vornherein der Geruch an, es solle dem Einwirken des Menschen auf die Natur eine Grenze gesetzt werden. Ihre Gipfel finden solche wirklich existierenden Auffassungen in Äuße-

rungen wie, daß eigentlich jede Produktion bereits von Übel sei, weil Veränderung der natürlichen Verhältnisse. Geht man aber aus von der Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft, bekommen die Grenzen des Wachstums eine andere Bedeutung. Die Verwertung des Werts um seiner selbst Willen stößt an die Grenzen weiterer Steigerung, ohne die natürlichen Grundlagen jeder Produktion zu vernichten.

Die Natur ist Gebrauchswert, nützliches Ding, und geht als solcher in die Produktion ein. Gebrauchswertproduktion ist aber nicht Ziel der kapitalistischen Produktionsweise. Der Gebrauchswert dient nur als Träger des Tauschwertes. Dabei interessiert es nicht im geringsten, ob der ,,Gebrauchswert" ein nützliches Ding ist im Interesse der Gesellschaft und ihrer Fortentwicklung, sondern es interessiert nur, ob er irgendwo auf dem kapitalistischen Warenmarkt unterzubringen ist. So avancieren Dinge zu Gebrauchswerten wie Verpackungsmaterialien und in großem Umfang Werbeartikel, die man in einer rational wirtschaftenden Gesellschaft als groben Unfug verbieten würde, oder es kommt dazu, daß nicht die größtmögliche Nützlichkeit eines Produktes Ziel bei der Herstellung ist, wie z.B. bei der Produktion kurzlebiger statt langlebiger Güter. Da außerdem keine gesellschaftliche Planung existiert, kommt es zu Erscheinungen wie im Verkehrswesen, wo es heute schon so ist, daß der Gebrauchswert von PKWs (der darin besteht, die Mobilität zu erhöhen) immer weiter abnimmt, je mehr die Motorisierung steigt.

Grenzen des Wachstums sind also keineswegs erreicht in der Vermehrung des Lebensgenusses, der Aneignung der Schätze der Natur, der Schaffung von Gebrauchswerten, sondern an Grenzen stößt ein Wirtschaftssystem, dem es nicht darum geht, den Stoffwechselprozeß zwischen Natur und menschlicher Gesellschaft immer vollkommener zu gestalten, sondern nur darum, aus Geld mehr Geld zu machen.

5 Es gibt trotzdem die Behauptung, daß die Frage der Begrenztheit der Ressourcen vollständig unabhängig von der gesellschaftlichen Form ist; es ist völlig egal, ob ein sozialistisches oder ein kapitalistisches Wirtschaftssystem z.B. die Aluminiumvorräte erschöpft durch verschwenderischen Umgang. Völlig unsinnig wäre natürlich, die Endlichkeit der Rohstoffe, wie wir sie heute nutzen, zu bezweifeln, und geradezu obskur wäre es, wollte man die prinzipielle Unendlichkeit der Materie gegen die konkrete Tatsache setzen, daß auf der Erde durch Sonneneinwirkung auf organisches Material eben nur eine bestimmte Menge fossiler Brennstoffe entstanden ist. Es gibt also auch gar nichts daran zu rütteln, daß die Menschen mit natürlichen Rohstoffen, deren Begrenztheit nach heutigem Wissen abzusehen ist, sparsam umgehen müssen – die Kapitalisten muß man dazu durch Gesetz zwingen (daß sie z.B. Motoren auf den Markt bringen, die sparsamer im Verbrauch sind und nicht alle Abgase in die Luft blasen). Eine Systemfrage ist es trotzdem. Die Fortentwicklung der Produktivkräfte führt zwar auf der einen Seite zu einer immer massenhafteren Einbeziehung natürlicher Rohstoffe in menschliche Produktionstätigkeit. Auf der anderen Seite entwickeln sie aber auch die Möglichkeit des immer sparsameren Umgangs mit natürlichen Ressourcen. Z.B. ist es eine ungeheure Ressourcenschonung, wenn man heute Millionen von Informationen in wenigen Siliciumkristallen speichern kann, statt daß man dafür Wälder abholzen muß zwecks Papierherstellung. Der ungeplante und nur auf Kapitalverwertung abzielende Chrakter der kapitalistischen Produktionsweise verhindert nur, daß der technische Fortschritt gemäß seiner technologischen Möglichkeiten genutzt wird. Solange es billiger ist Rohstoffe zu plündern, als Rohstoffe schonende Verfahren anzuwenden, wird der Kapitalist die Roh-

fossiler Brennstoffe entstanden ist. Es gibt also auch gar nichts daran zu rütteln, daß die Menschen mit natürlichen Rohstoffen, deren Begrenztheit nach heutigem Wissen abzusehen ist, sparsam umgehen müssen – die Kapitalisten muß man dazu durch Gesetz zwingen (daß sie z.B. Motoren auf den Markt bringen, die sparsamer im Verbrauch sind und nicht alle Abgase in die Luft blasen). Eine Systemfrage ist es trotzdem. Die Fortentwicklung der Produktivkräfte führt zwar auf der einen Seite zu einer immer massenhafteren Einbeziehung natürlicher Rohstoffe in menschliche Produktionstätigkeit. Auf der anderen Seite entwickeln sie aber auch die Möglichkeit des immer sparsameren Umgangs mit natürlichen Ressourcen. Z.B. ist es eine ungeheure Ressourcenschonung, wenn man heute Millionen von Informationen in wenigen Siliciumkristallen speichern kann, statt daß man dafür Wälder abholzen muß zwecks Papierherstellung. Der ungeplante und nur auf Kapitalverwertung abzielende Chrakter der kapitalistischen Produktionsweise verhindert nur, daß der technische Fortschritt gemäß seiner technologischen Möglichkeiten genutzt wird. Solange es billiger ist Rohstoffe zu plündern, als Rohstoffe schonende Verfahren anzuwenden, wird der Kapitalist die Roh-

stoffe plündern.

Die Menschheit wird also den Fortschritt von Wissenschaft und Technik nicht einschränken, sondern ihn aus dem engen Rahmen der Kapitalverwertungsbedingungen befreien.

6 In der ökologischen Kritik der Folgen der kapitalistischen Produktion gibt es z.T. neben der Dämonisierung des technischen Fortschritts eine Dämonisierung des Fabriksystems. Die im Fabriksystem existierende Verstümmelung des Arbeiters zum Teilmenschen, die Verschwendung von Ressourcen bei der Produktion, die Verschmutzung der Umwelt werden nicht als Folge des Kapitalcharakters der Produktionsmittel gesehen, sondern aus der Tatsache der Arbeitsteilung, der Konzentration und der Produktion auf großer Stufenleiter als solches gefolgert.

Bei der dezentralisierten Handwerksproduktion des Mittelalters waren Umweltschutz und saubere Umweltbedingungen keineswegs besser gesichert. (Viele Epidemien etc. resultierten z.B. aus den völlig ungeklärten Abfallbeseitungsfragen der mittelalterlichen Städte.) Dezentrale Produktion und Zentralisierung sind überhaupt nicht als Dogmen zu benutzen, und wenn es z.B. ökologisch sinnvoll ist, die Produktion von Milch dezentral zu organisieren, so ist die Dezentralisierung der Produktion von Eisenbahnwaggons sicherlich eine Dummheit.

Außerdem waren auch der handwerksmäßig beschränkte Arbeiter der vorindustriellen Zeit oder der subsistenzwirtschaftende Bauer nicht besser dran gegenüber dem Lohnarbeiter im Kapitalismus. Während der subsistenzwirtschaftende Bauer immer auf die Produktion des unmittelbaren Lebensunterhaltes beschränkt blieb, war der Handwerker sein ganzes Leben lang gefesselt an eine Produktion auf niedrigem Niveau. Die Anwendung von Arbeitsteilung und Maschinerie ermöglicht, daß die Mittel zum bloßen Erhalt des Lebens in immer kürzerer Zeit produziert werden können und die Zeit wächst, die darüber hinaus disponibel ist. Natürlich hat das im Kapitalismus immer wieder die Tendenz, diese Zeit in unbezahlte Arbeitszeit für den Kapitalisten zu verwandeln. Natürlich hat die Arbeitsteilung zur Folge, den Arbeiter zum Anhängsel der Maschine zu machen, vor allem weil ihm die geistigen Potenzen des Produktionsprozesses verschlossen werden. Ein Fließband bleibt ein Fließband – auch wenn die Arbeiter die Kontrolle der Fabrik haben anstelle des Kapitalisten, und die Arbeit an diesem Fließband bleibt stumpfsinnig. Nur die erhöhte Produktivität der Arbeit eröffnet die Möglichkeit, einen größeren Teil des Arbeitstages für das Verstehen des wissenschaftlichen Prozesses der Arbeit zu nutzen, sich weiterzubilden etc. Die Einfachheit der Tätigkeit ermöglicht einen dauernden Wechsel, und die Tendenz der Entwicklung der Produktivkraft muß dahin gehen und würde vielmehr dahin gehen, wenn die Arbeiterklasse sich das wissenschaftliche Verständnis des Produktionsprozesses aneignen könnte, jede menschliche Arbeit überflüssig zu machen, die nur in repetitiven Tätigkeiten besteht – wo z.B. durch die Industrieroboter ein Anfang gemacht wird. Das Ziel ist schließlich eine Gesellschaft, in der Wissenschaft, Kunst etc. Allgemeingut sind.

7 Die Debatten über eine duale Wirtschaft, wie sie in Teilen der Ökologiebewegung geführt werden, gehen genau in eine andere Richtung. An der großindustriellen Produktionsweise in ihrer jetzigen Form soll im Prinzip nicht gerüttelt werden; die Arbeit ist entfremdet und bleibt es. Stattdessen soll die Arbeit dort auf das unbedingt notwendige Maß.verkürzt werden, um die freie Zeit für eine neue Art von ,,Subsistenzwirtschaft" zu nutzen, was wiederum die Voraussetzung dafür ist, daß die großindustrielle Produktion weiter eingeschränkt wird. Während die Flaschenproduktion in der Glasfabrik so weiter geht wie bislang,

nutzen, sich weiterzubilden etc. Die Einfachheit der Tätigkeit ermöglicht einen dauernden Wechsel, und die Tendenz der Entwicklung der Produktivkraft muß dahin gehen und würde vielmehr dahin gehen, wenn die Arbeiterklasse sich das wissenschaftliche Verständnis des Produktionsprozesses aneignen könnte, jede menschliche Arbeit überflüssig zu machen, die nur in repetitiven Tätigkeiten besteht – wo z.B. durch die Industrieroboter ein Anfang gemacht wird. Das Ziel ist schließlich eine Gesellschaft, in der Wissenschaft, Kunst etc. Allgemeingut sind.
7 Die Debatten über eine duale Wirtschaft, wie sie in Teilen der Ökologiebewegung geführt werden, gehen genau in eine andere Richtung. An der großindustriellen Produktionsweise in ihrer jetzigen Form soll im Prinzip nicht gerüttelt werden; die Arbeit ist entfremdet und bleibt es. Stattdessen soll die Arbeit dort auf das unbedingt notwendige Maß.verkürzt werden, um die freie Zeit für eine neue Art von ,,Subsistenzwirtschaft" zu nutzen, was wiederum die Voraussetzung dafür ist, daß die großindustrielle Produktion weiter eingeschränkt wird. Während die Flaschenproduktion in der Glasfabrik so weiter geht wie bislang,

soll die Erfüllung des Produzenten darin liegen, aus den leeren Flaschen Blumenvasen zu basteln, als umweltfreundliche Wiederverwendung. Nichts gegen selbstgezogenen Salat und Förderung der künstlerischen Kreativität der Massen, das bleibt aber für die unmittelbaren Produzenten Nebensache (die sie im übrigen eifriger betreiben als die ökologischen Theoretiker). Hauptsache bleibt die Kontrolle über den Produktionsprozeß, was nur über die Überwindung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit gehen kann. Das ist die Hauptlosung der Arbeiterbewegung bei der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit.

Und das geht nicht durch Entwicklung ,,einer neuen Art von Subsistenzwirtschaft", sondern indem die Arbeiter sich alle Potenzen der Produktion aneignen.

8 In dem, was unter dem Titel ,,Ökologiebewegung" firmiert, gibt es zwei Tendenzen. Einmal die Kritik an einer Richtung der Entwicklung der Produktivkraft und Technologie, die nicht alle wissenschaftlichen Erkenntnisse nutzt, um den stofflichen Reichtum der Menschen zu vermehren, deren Inhalt stattdessen die Wertproduktion ist ohne Rücksicht auf den stofflichen Reichtum der Menschheit auch in der Zukunft. Diese Tendenz ist fortschrittlich und auch schon immer Bestandteil der Arbeiterbewegung gewesen, zumindest, was den Kampf gegen die Umweltverschmutzung angeht. Das andere Mal ist es eine kleinbürgerliche Strömung, alles Übel in der großen Industrie zu sehen und das Heil in Kleinproduktion und Subsistenzwirtschaft zu suchen.

9 Protagonisten der ungehemmten Entwicklung des Kapitals in der Sozialdemokratie spielen Sicherung von Arbeitsplätzen und Umweltschutz und sparsame Ressourcenverwendung gegeneinander aus. Bestimmte Auffassungen in der Ökologiebewegung geben dabei den Watschenmann ab, obwohl es im Prinzip vollständig abgeschmackt ist, die Sicherung der Naturbedingungen des menschlichen Fortschritts gegen die Sicherung von Arbeitsplätzen auszuspielen. Da wo die Arbeiterbewegung sich selbst die Einsichten verschafft über die Zusammenhänge der Produktion, gehört sie heute bereits zu den stärksten Kräften gegen die Gefährdung der Menschen und der Umwelt, wie z.B. die stärksten Verfechter des Verbots von Asbest in den betreffenden Arbeiterorganisationen zu finden sind, und wie die IG Chemie zu den stärksten Verfechtern schärferer MAK-Werte für chemische Produktionsstoffe gehört.

Überhaupt können die Gewerkschaften die aktivsten Verfechter von Umweltschutz und ökologischer Wirtschaftsweise werden, weil in den Gewerkschaften alle Kenntnisse über die Produktion konzentriert sind. Dabei kommt man gar nicht umhin, gegen bestimmte Produktionszweige und Produktionsarten Alternativen zu setzen, und das wiederum geht für die Arbeiterbewegung nur, wenn gleichzeitig die Eigentumsfrage aufgeworfen wird und die Frage der Kontrolle der Entwicklung der Produktivkräfte.

10 Aktuell ist die Debatte am stärksten entbrannt um die Energieversorgung und das Setzen der Kapitalisten und der Regierung auf Stromerzeugung durch Kernspaltung. Nach augenblicklichem Stand der Technologie ist ein weiterer Ausbau der Kernenergie untragbar. Das ergibt sich aus der nichtgeklärten Abfallbeseitigung, der wenn auch unwahrscheinlichen Möglichkeit größerer Unfälle und auch der militärischen Verwundbarkeit. Die bestehenden Kernkraftwerke müssen durch andere Energieträger ersetzt und so schnell wie möglich stillgelegt werden. Die Kernforschung muß darauf konzentriert werden, wie das spaltbare Material gefahrlos wiederaufgearbeitet werden kann; es darf keine nicht rückholbare Endlagerung erfolgen. In der Energieversorgung muß durchgesetzt werden,

werkschaften alle Kenntnisse über die Produktion konzentriert sind. Dabei kommt man gar nicht umhin, gegen bestimmte Produktionszweige und Produktionsarten Alternativen zu setzen, und das wiederum geht für die Arbeiterbewegung nur, wenn gleichzeitig die Eigentumsfrage aufgeworfen wird und die Frage der Kontrolle der Entwicklung der Produktivkräfte.
10 Aktuell ist die Debatte am stärksten entbrannt um die Energieversorgung und das Setzen der Kapitalisten und der Regierung auf Stromerzeugung durch Kernspaltung. Nach augenblicklichem Stand der Technologie ist ein weiterer Ausbau der Kernenergie untragbar. Das ergibt sich aus der nichtgeklärten Abfallbeseitigung, der wenn auch unwahrscheinlichen Möglichkeit größerer Unfälle und auch der militärischen Verwundbarkeit. Die bestehenden Kernkraftwerke müssen durch andere Energieträger ersetzt und so schnell wie möglich stillgelegt werden. Die Kernforschung muß darauf konzentriert werden, wie das spaltbare Material gefahrlos wiederaufgearbeitet werden kann; es darf keine nicht rückholbare Endlagerung erfolgen. In der Energieversorgung muß durchgesetzt werden,

daß die Verschwendung von Energie v.a. in Form von Abwärme unterbleibt und alle Formen sparsamer Energie ausgenutzt werden. Die Hauptforschung nach neuen Energiequellen muß erfolgen in Richtung Nutzung der Sonnenenergie.

11 Aktuell müssen wir uns weiter für eine Umweltschutzgesetzgebung einsetzen, die nicht die Beseitigung von Umweltschäden zum Ziel hat oder die Kapitalisten sich freikaufen läßt, sondern die die Verhinderung jeglicher Umweltverschmutzung zum Ziel hat. Die Kontrolle über alle Umweltmaßnahmen in den Betrieben ist an die Betriebsräte und die Gewerkschaften zu übergeben, die mit den Gewerbeaufsichtsämtern zusammenarbeiten.

Ankündigung

Seminar des Arbeitskreises Kernenergie

Thema: ,,Zerstörung der natürlichen Grundlagen des menschlichen Fortschritts und des Lebens durch die Entwicklung der kapitalistischen Produktion – Welche Strategie dagegen?"

Grundlage des Seminars werden unter anderem diese Thesen sowie ein Referat von J. Keizer, das sich auf diese Thesen bezieht, sein.

5./6. September, Beginn 14.00 Uhr im Schulungszentrum des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt. Vorherige Anmeldung beim KBW ist wegen der Unterbringung erforderlich.

Mittelkürzungen bedrohen Darmstädter Abendgymnasium

Land blockiert Baumaßnahmen der Schulträger / Für 1981 Streichungen zurückgewiesen

G.S.Darmstadt. Am Dienstag, dem 11. August 1981 konnten die Studierenden des Abendgymnasiums Darmstadt aus der örtlichen Zeitung entnehmen, daß ein schon seit Jahren geplanter und dringend benötigter Erweiterungsbau (naturwissenschaftlicher Fachraumtrakt) den „Mittelstreichungen" der hessischen Landesregierung zum Opfer fallen sollte. In der Zeitung konnte man weiter lesen, daß die „Mittelstreichung" mit der Behauptung, „man wolle Frankfurter Zustände" vermeiden, begründet wurde. Der Regierungspräsident von Darmstadt Dr. Wierscher soll diese Begründung in einer interministeriellen Bewilligungsrunde gegeben haben. Durch ein öffentliches Nachhaken (Presseerklärung) distanzierte sich der Regierungspräsident gegenüber der Studierendenvertretung von der „Behauptung". Gegenüber der Studierendenvertretung führte er als Begründung für seine Intervention an, daß er vermeiden wolle, daß ein Schulgebäude nur abends benutzt würde. Wenn er nicht interveniert hätte, würden andere Abendgymnasien etc. mit Forderungen nach Neubauten nachziehen. Die Studierendenvertretung klärte den Herrn Dr. Wierscher auf, daß das Gebäude des Abendgymnasiums schon immer auch tagsüber genutzt worden sei.

Der wahre Grund für die „Mittelstreichung" ist ein von der Landesregierung erwartetes Loch im Landeshaushalt 1981 von 500 Mio. Mark. Die hessische Landesregierung läßt zur Zeit durch die ihr unterstellten Fachminister und Behörden die Ausgabenseite des Landeshaushaltes 1981 auf Sparmaßnahmen abklopfen. In diesem Sinne ist auch die „Mittelstreichung" für das Abendgymnasium Darmstadt zu sehen. Es gibt zur Zeit genügend Abiturienten für die Landesregierung. Aus diesem Grund will sie auch den Zweiten Bildungsweg abbauen. Der Abbau geschieht doppelt. Zum einen steigen die Zuwendungen nicht für den Zweiten Bildungsweg, trotz steigender Studierendenzahlen, und zum anderen braucht der Zweite Bildungsweg durch die bundesweite Einführung des Kurssystems verstärkt Mittel, sonst muß die Anzahl der Studierenden drastisch gesenkt werden.

Durch die Landesregierung werden aber auch noch zahlreiche andere Schulbauprojekte in Hessen blockiert und damit gefährdet. Längst fertig geplante und projektierte Baumaßnahmen werden z.B. verzögert, damit bereits zugesagte Finanzierungszuschüsse nicht mehr gegeben werden müssen. Die Gesetze über die Landeszuschüsse bei mischfinanzierten Bauvorhaben lassen auch nicht einen einseitigen Baubeginn durch den Schulträger (kreisfreie Stadt oder Landkreis) zu. Dies wurde durch den vor kurzem beschlossenen sogenannten „Schwarzbauererlaß" noch verstärkt. Fängt der Schulträger einseitig mit einer Baumaßnahme an, so hat er sich alle Landeszuschüsse verwirkt. Will nun ein Schulträger trotz Blockierung der Mittel rechtzeitig bauen, so bleibt ihm nur übrig, möglichst viel politischen Druck auszuüben, damit die Baumaßnahme noch in dem Jahr beginnen kann, wo im Haushalt der Landesregierung Mittel dafür ausgewiesen sind. Geschieht dies nicht, so verfallen die Mittel nach der Beendigung des Jahres, in dem sie ausgewiesen waren.

Die „Mittelstreichung" für das Abendgymnasium konnte nach starkem Protest der Studierendenvertretung, der Personalvertretung und der Schulleitung des Abendgymnasiums Darmstadt für 1981 abgewiesen werden. Die GEW, der DGB und die Asten der Technischen Hochschule und der Fachhochschule unterstützen dabei den Protest gegen die Mittelstreichung. Die Angelegenheit hat aber einen Haken. Die Mittel, die 1981 ausgewiesen und freigegeben sind, umfassen nur den ersten Bauabschnitt (den Umbau des Altbaus)! Durch diesen Umbau entsteht kein zusätzlicher Schulsaal. Es wird raummäßig der Status quo erhalten. Der einzige Vorteil des Umbaus ist, daß die Verwaltung nun nach 27jähriger Trennung in die Schule integriert ist.

Der dringend benötigte Erweiterungsbau (naturwissenschaftlicher Trakt) steht zur Zeit immer noch in den Sternen. Durch verschiedene Gespräche mit dem Schuldezernenten Benz der Stadt Darmstadt und der Landtagsabgeordneten der SPD Trautmann und der Wählergemeinschaft Darmstadt stellte sich heraus, daß die zu vergebenden Landesmittel für die Stadt Darmstadt 1982 ca. 8 Mio. DM betragen werden. Die Stadt wiederum stellt eine Prioritätenliste für die vom Land vergebenen Mittel auf. Das Erweiterungsbauprojekt des Abendgymnasiums Darmstadt nimmt auf dieser Liste zur Zeit den Platz 2 ein. Auf Platz 1 der Prioritätenliste steht der 3. Riegel des Berufsschulzentrums Nord. Bleibt dieses ca. 17 Millionen Mark teure Großprojekt auf Platz 1, so wird 1982 keine andere Baumaßnahme in Darmstadt mehr gefördert. Wird aber der Erweiterungsbau des Abendgymnasiums auf Platz 1 und der 3. Riegel auf Platz 2 gestellt, könnten 1982 beide Projekte in Angriff genommen werden. Die Restfinanzierung des 3. Riegels müßte dann 1983 erfolgen. Durch diese finanztechnischen Maßnahmen, war vom bauausführenden Architekten zu erfahren, würde sich der Bau des 3. Riegels nicht verzögern, da die Baumaßnahme eh nicht 1982 abgeschlossen werden könne. Hier kommt jetzt auch zu Tage, daß vorgesehen ist, den Erweiterungsbau noch Jahre hinauszuschieben.

Die CDU hat bislang in Darmstadt als einzige öffentlich eine Aussage für eine Vergabe des 1. Platzes auf der Prioritätenliste gemacht. Dies fällt ihr zur Zeit auch nicht schwer, da sie in Darmstadt die Opposition stellt. Die Gründe zur Unterstützung des Abendgymnasiums bleiben auch deshalb aus reaktionärem Holz geschnitzt. „Die Förderung einer berufsbezogenen Weiterbildung auf dem Abendgymnasium stellt für sie den Hauptförderungsgrund dar." Die Studierendenvertretung des Abendgymnasiums Darmstadt wird weiterhin mit den Darmstädter Bildungsinstituten, die im Winter/Frühjahr gegen die Haushaltskürzungen der Landesregierung zusammenarbeiten, für den Erweiterungsbau kämpfen.



Am 5. und 6. September wird in Frankfurt ein bundesweites Treffen (einschließlich Westberlins) der in der Solidarność-Solidarität aktiven Komitees stattfinden. Als Tagesordnung sind u.a. vorgesehen: Diskussion über die politischen Probleme der Solidarität in der BRD und Westberlins, ein Erfahrungsaustausch über Besuche in Polen bzw. von Zusammentreffen von Delegationen mit Vertretern der Solidarność, sowie weitere Aktivitäten der Komitee. Im Rahmen des Treffens wird am 5. September eine Diskussionsveranstaltung stattfinden. „Ein Jahr Solidarität mit Solidarność – Zur Situation in Polen", unter diesem Titel soll die Diskussion mit Beiträgen von Vertretern verschiedener politischer Organisationen eingeleitet werden. Die Kommunistische Liga (KL), der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG), sowie das Sozialistische Büro (SB) unterstützen bisher die Veranstaltung. Sie findet statt, wie das bundesweite Treffen, im Haus der Jugend, Deutschherrenufer um 19.30 Uhr. (Das Plakat das hier abgebildet ist, wurde durch das Frankfurter Komitee herausgegeben. Das Original ist DIN A2 groß und zweifarbig. Zum Solidaritätspreis von 5 DM kann es über das Büro des KBW bezogen werden, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 147)

tagsüber genutzt worden sei.

Der wahre Grund für die „Mittelstreichung" ist ein von der Landesregierung erwartetes Loch im Landeshaushalt 1981 von 500 Mio. Mark. Die hessische Landesregierung läßt zur Zeit durch die ihr unterstellten Fachminister und Behörden die Ausgabenseite des Landeshaushaltes 1981 auf Sparmaßnahmen abklopfen. In diesem Sinne ist auch die „Mittelstreichung" für das Abendgymnasium Darmstadt zu sehen. Es gibt zur Zeit genügend Abiturienten für die Landesregierung. Aus diesem Grund will sie auch den Zweiten Bildungsweg abbauen. Der Abbau geschieht doppelt. Zum einen steigen die Zuwendungen nicht für den Zweiten Bildungsweg, trotz steigender Studierendenzahlen, und zum anderen braucht der Zweite Bildungsweg durch die bundesweite Einführung des Kurs-

Die „Mittelstreichung" für das Abendgymnasium konnte nach starkem Protest der Studierendenvertretung, der Personalvertretung und der Schulleitung des Abendgymnasiums Darmstadt für 1981 abgewiesen werden. Die GEW, der DGB und die Asten der Technischen Hochschule und der Fachhochschule unterstützen dabei den Protest gegen die Mittelstreichung. Die Angelegenheit hat aber einen Haken. Die Mittel, die 1981 ausgewiesen und freigegeben sind, umfassen nur den ersten Bauabschnitt (den Umbau des Altbaus)! Durch diesen Umbau entsteht kein zusätzlicher Schulsaal. Es wird raummäßig der Status quo erhalten. Der einzige Vorteil des Umbaus ist, daß die Verwaltung nun nach 27jähriger Trennung in die Schule integriert ist.

Der dringend benötigte Erweiterungsbau (naturwissenschaftlicher

jetzt auch zu Tage, daß vorgesehen ist, den Erweiterungsbau noch Jahre hinauszuschieben.

Die CDU hat bislang in Darmstadt als einzige öffentlich eine Aussage für eine Vergabe des 1. Platzes auf der Prioritätenliste gemacht. Dies fällt ihr zur Zeit auch nicht schwer, da sie in Darmstadt die Opposition stellt. Die Gründe zur Unterstützung des Abendgymnasiums bleiben auch deshalb aus reaktionärem Holz geschnitzt. „Die Förderung einer berufsbezogenen Weiterbildung auf dem Abendgymnasium stellt für sie den Hauptförderungsgrund dar." Die Studierendenvertretung des Abendgymnasiums Darmstadt wird weiterhin mit den Darmstädter Bildungsinstituten, die im Winter/Frühjahr gegen die Haushaltskürzungen der Landesregierung zusammenarbeiten, für den Erweiterungsbau kämpfen.

mitee herausgegeben. Das Original ist DIN A2 groß und zweifarbig. Zum Solidaritätspreis von 5 DM kann es über das Büro des KBW bezogen werden, 6000 Frankfurt, Mainzer Landstraße 147)

Beginn des TUWAT-Spektakels

wat.Westberlin. Die Vorbereitungen für das TUWAT-Spektakel sind zwar noch nicht ganz abgeschlossen, aber das Programm steht im wesentlichen und ist veröffentlicht. Im Begleittext beschreiben die Veranstalter die Situation der Westberliner Besetzerbewegung und die Bedeutung von TUWAT: „Von den wirklichen Schweinereien und den Zusammenhängen, wie zum Beispiel Aufrüstung – Knetekürzung im sozialen Bereich – Umweltzerstörung – Ausbeutung der Dritten Welt – kurz gesagt, von den ganz großen Schweinereien und deren Zusammenhängen reden wir eigentlich nur ganz selten ... TUWAT kann nun und soll eine Möglichkeit für uns alle sein, unsere mehr oder weniger festgefahrenen Strukturen aufzuknacken und somit hier in Westberlin und anderswo ein ganzes Stück weiterzukommen. Und ich glaube, davor haben die Oberschweine die größte Angst."

Für jeden Tag sind durchschnittlich zehn Veranstaltungen geplant, die Hälfte davon Kulturveranstaltungen. Thematische Schwerpunkte sind: Antimilitarismus, Internationales (Dritte Welt, westeuropäische Klassenkämpfe), Knast, Anti-AKW, Häuserkampf. Unter dem Stichpunkt Autonomie sind zahlreiche Veranstaltungen vorgesehen über ähnliche westeuropäische Bewegungen wie die Besetzerbewegung in Westberlin, insbesondere in Italien, in denen strategische Vorstellungen über die weitere Arbeit diskutiert werden sollen. Die TUWAT-Veranstalter rufen auf zur Beteiligung an der Anti-Kriegs-Demonstration am 1.9. Am 13.9. wird US-Außenminister Haig nach Westberlin kommen und eine Grundsatzrede halten. Dagegen ist für den 12.9. eine Veranstaltung über Antiamerikanismus geplant, konkrete Aktionen für den 13.9. sind noch nicht beschlossen. Vom KBW werden Veranstaltungen über die Perspektive der Friedensbewegung, über Polen und über Kampuchea durchgeführt.

Am ersten Tag, 25.8., sind ungefähr 500 Gäste aus Westdeutschland gekommen. Die Beteiligung wird am Wochenende erheblich größer werden. Über die besetzten Häuser werden 5000 Schlafplätze bereit gestellt.

Die Reaktionen des Senats sind deutlich ruhiger geworden. Die Hetzkampagne vor zwei Wochen hat nicht gezogen, inzwischen wird der TUWAT-Kongreß von fast allen fortschrittlichen Organisationen in Westberlin unterstützt. Vor zehn Tagen war es zu einem äußerst brutalen Polizeiüberfall auf ein Straßenfest in Kreuzberg gekommen, der jetzt bei der SPD heftige Proteste auslöste. Auf einer Diskussionsveranstaltung sah sich Innensenator Lummer gezwungen, verharmlosend von menschlichen Entgleisungen seitens der eingesetzten Beamten zu reden, was ihm nur Gelächter einbrachte. Bei weiteren Straßenfesten am vergangenen Wochenende hielt sich die Polizei fern, während Lummer in „Bild am Sonntag" erklärte, die Polizei habe alles im Griff und brauche vermutlich nicht eingesetzt zu werden.

Beschluß zur Unterschriftensammlung des DGB ab 1.9.

Die Mitglieder des KBW unterstützen im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in den Gewerkschaften die Unterschriftensammlung des DGB und tragen nach Kräften dazu bei, die Unterschriftensammlung zu einem Erfolg zu machen. Zwar ist die Unterschriftensammlung unter anderem deshalb in Gang gebracht worden, um, nachdem die Beteiligung von Gewerkschaftsorganisationen an der Demonstration vom 10.10. durch den DGB-Bundesvorstand untersagt worden ist, nicht mit leeren Händen und völlig passiv gegenüber den Kräften im DGB dazustehen, die die Gewerkschaften als Hauptkraft im Kampf gegen den drohenden Krieg mobilisieren wollen. Tatsächlich wird jedoch die Unterschriftensammlung, wenn sie als Teil der Aktivitäten gegen den drohenden Krieg geführt wird, die Mobilisierung für die Demonstration am 10.10. in Bonn fördern. Diesen Effekt streben wir auch bewußt an.

Der Nachteil des DGB-Aufrufes ist, daß er in seiner Argumentation trotz aller Kritik an den beiden Supermächten weitgehend der Blocklogik unterworfen bleibt und für die europäischen Völker keine selbständige Perspektive für den Kampf gegen die beiden Supermächte und ihre Militärblöcke aufweist, von denen der Krieg vorbereitet wird. Von daher kann auch jede Kritik an der Bundesregierung und ihrer Zustimmung zum NATO-Nachrüstungsbeschluß ausgespart werden, was zweifellos die Absicht ist. Im Effekt sind jedoch die Forderungen nach Verbot der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien, auf deren Durchsetzung der ganze Aufruf hinausläuft, doch gegen die beiden Supermächte gerichtet, die ihre Verwirklichung hauptsächlich treffen würde. Mit seiner Unterschriftensammlung versucht der DGB auch gegen den Krefelder Appell und die Bemühungen, den Kampf gegen den drohenden Krieg in einen einseitigen Kampf gegen den US-Imperialismus und die NATO zugunsten der SU und des Warschauer Paktes zu verdrehen, Position zu beziehen. Diese Absicht ist berechtigt.

Insgesamt ist jetzt eine Flut von Unterschriftensammlungen in Gang. Neben der Kampagne für den Krefelder Appell und der jetzt beginnenden Unterschriftensammlung des DGB laufen Unterschriftensammlungen unter den Appell der Russel Peace Foundation und den Aufruf für die Demonstration am 10.10. in Bonn. Daneben gibt es zahlreiche lokale Appelle und Unterschriftensammlungen. Bis zu einem gewissen Grad wird damit das Mittel der Unterschriftensammlung ad absurdum geführt. Das ist natürlich ein Nachteil. Andererseits wird dadurch deutlich, daß diese verschiedenen Unterschriftensammlungen nicht viel nützen, sondern daß es notwendig ist, die *Einheit der Aktion* jener Kräfte anzustreben, die jetzt durch die verschiedenen Unterschriftensammlungen in die Bewegung hineingezogen, aber auch gespalten werden. Die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Unterschriftensammlungen kann also auch gerade dazu dienen, die Punkte herauszudestillieren, die in der Zukunft eine Einheit des Handelns ermöglichen. Dabei wird es unsere Aufgabe sein, herauszuarbeiten, daß es in dem Kampf gegen den drohenden Krieg darauf ankommt, eine selbständige Perspektive der europäischen Völker zu entwickeln, so daß er die herrschenden Kräfteverhältnisse und die Vorherrschaft der beiden Supermächte über Europa erschüttert und damit auch die Kämpfe der Arbeiter für ihre sozialen Interessen erleichtert sowie das Bündnis mit der Dritten Welt als Hauptkraft gegen den drohenden Krieg ermöglicht. Diese selbständige Perspektive ist in der Forderung nach Blockfreiheit enthalten.

Insgesamt ist die Lage eher günstig, weil die Auseinandersetzung jetzt wegkommt von der Alternative für Krefelder Appell oder dagegen, wobei angeblich bloß die Unterstützung des Krefelder Appells einen zur Friedenskraft und Teil der Friedensbewegung macht, und umgekehrt die Initiatoren des Krefelder Appells jetzt in die Schwierigkeit kommen zu klären, wie sie zu dem Aufruf des DGB stehen, der die Aggressionen beider Supermächte immerhin beim Namen nennt. Wir sollten es der DKP und den mit ihr verbundenen Kräften nicht erleichtern, sich dieser Frage – Ablehnung jeder Aggression, ja oder nein? – zu entziehen. Auch von daher ist es nützlich, im Rahmen der Mitgliedschaft in den Gewerkschaften den Aufruf des DGB zu unterstützen, ohne seine Absicht zu fördern, die Gewerkschaftsbewegung aus der Bewegung gegen den drohenden Krieg, wie sie sich in dem Aufruf für die Bonner Demonstration äußert, herauszuhalten.

Ständiger Ausschuß des ZK des KBW

Veranstaltungen

Offenburg
„Wohin geht Polen?" Informations- und Diskussionsveranstaltung. Es sprechen: Gerd Koenen für die Initiative „Solidarität mit Solidarność", Frankfurt, und Otfried Wischnat, Freiburg, Parlamentarischer Berater der Landtagsgruppe der Grünen/Baden-Württemberg. Gastst. „Wienerwald"
Freitag, 4.9.1981, 20.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Kommunalwahlen in Niedersachsen:

In Hannover wird eine Alternative aufgebaut

ghe.Hannover. Am 27.9. sind in Niedersachsen Kommunalwahlen. Diese Kommunalwahlen sind die ersten Wahlen nach den Haushaltskürzungsbeschlüssen des Bundes, und die Auseinandersetzung darüber wird eine wichtige Rolle spielen. Die Bedingungen bei den Wahlen sind von Ort zu Ort verschieden. An einigen Orten ist es zur Bildung alternativer Listen gegen die bürgerlichen Parteien gekommen, an einigen Orten kandidieren die Grünen alleine gegen die bürgerlichen Parteien. Die DKP beteiligt sich, soweit wir das wissen, nicht an alternativen Listen, sondern kandidiert alleine.

In Hannover hat man, wenn es nach der SPD und CDU geht, am 27.9. die Alternative: Entweder „Es bleibt dabei: Hannover kann sich sehen lassen" (SPD-Slogan) oder „Hannover braucht den Wechsel. Wirtschaften wie ein sparsamer Hausvater" (CDU). Im Stadtrat von Hannover hat die SPD seit 1946 ununterbrochen die absolute Mehrheit. Die CDU will diese Mehrheit brechen und nach München und Frankfurt eine weitere Großstadt von überregionaler Bedeutung erobern. Dabei setzt die CDU bei der Verschuldung der Stadt an. Hannover hat die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Großstädte der Bundesrepublik. Bereits im vergangenen Jahr machte die von der Landesregierung eingesetzte Bezirksregierung als Kommunalaufsicht der Stadt für ihren Haushalt Auflagen und drohte, die Genehmigung weiterer Kreditaufnahme zu verweigern. Prompt mußte der Stadtrat spuren, und er hat gespurt: Die SPD-geführte Stadtverwaltung setzte zahlreiche Kürzungen und Gebührenerhöhungen bei Bädern, Volkshochschule, Rettungsdiensten, Zoo und beim städtischen Stellenplan durch. Diese Kürzungsbeschlüsse führten zu einem Bruch mit der Gewerkschaft ÖTV. Die ÖTV machte in Hannover zahlreiche Aktionen gegen die Kürzungsbeschlüsse, und vor allem dieser Widerstand zwang die SPD zu einigen, wenn auch kleineren, Zugeständnissen bei den Kürzungen.

Inzwischen hat sich die Lage weiterentwickelt. Die Bezirksregierung machte in diesem Jahr noch weitergehende Auflagen für den Haushalt, die soweit gingen, der Stadt im einzelnen vorzuschreiben, wo man sparen sollte. Die ersten Vorentwürfe der Stadtverwaltung über den Haushalt 1982 weisen eine Unterdeckung von 100 Mio. DM aus, und das in einer Lage, wo die Stadt die Zinsen für die Kredite 1982 und 1983 aus Rücklagen decken muß und 1984 dafür auch keine Rücklagen mehr hat.

Die SPD hat daraufhin ein drastisches Programm zur Wirtschaftsförderung beschlossen: Ein für Wohnen und Naherholung vorgesehenes Gebiet soll für 35 Mio. DM in ein Gewerbegelände umgewandelt werden; die Hanomag erhält von Stadt und Land eine 75 Mio. DM-Subvention für den Bau einer neuen Fabrik; es gibt Pläne zum Ausbau des Flughafens, des Hafens, des Mittellandkanals und zum Bau eines weiteren Kraftwerkes. Die Abhängigkeit der Kommunen von der Gewerbesteuer und ihr minimaler Anteil an Bundessteuern zeigt Wirkung: Die Stadt muß auf Teufel komm raus die Kapitalisten bedienen. Die SPD behauptet, auf diesem Wege könnten die in den 70er Jahren vor allem auf Pump gebauten sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kindergärten, Grünanlagen, Altenheime erhalten werden. Dabei sitzt die Verwaltung jetzt schon an drastischen Kürzungsbeschlüssen an genau diesen Punkten. CDU und FDP propagieren unverhohlen den Abbau sozialer Leistungen, die Privatisierung öffentlicher Dienste und die „Verantwortung der Familien und freien Verbände". Die CDU fordert darüberhinaus noch die Schließung unabhängiger Jugendzentren und des alternativen Freizeitzentrums „Pavillon". In diesem Punkt macht die FDP in liberal, aber es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß CDU und FDP bei einer Mehrheit im Stadtrat sich nicht zusammentun.

Die Dringlichkeit einer Alternative links von der SPD wird deshalb von vielen gesehen, und zwar nicht nur in der demokratischen Bewegung, sondern auch von Gewerkschaftern. In Hannover hat sich in dieser Lage eine Grüne Alternative Bürgerliste (GABL) gebildet. Sie wurde auf einer Konferenz für alternative Kommunalpolitik im Februar 1981 gegründet. Die Konferenz war von einer alternativen Stadtzeitung und dem Kreisverband Hannover der Grünen organisiert worden. Die Grünen hatten beschlossen, zur Kommunalwahl in Hannover die Aktionseinheit zu suchen. Auf der Konferenz wurden Arbeitsgruppen gebildet und es wurde in einem längeren Diskussionsprozeß ein Programm erstellt, das die Bereiche Umweltschutz, Verkehr, Energie, Wirtschaft, Haushalt, Wohnen, Frieden, Demokratie, Antifaschismus, Frauen, Knast, Schwule, Gesundheit, Schulen, Soziales umfaßt.

Das Programm ist eine Antwort auf den doppelten Angriff, der gegenwärtig sowohl auf soziale Errungenschaften der Lohnabhängigen als auch auf die Umwelt geführt wird. Es ist Ausdruck der Weiterentwicklung der demokratischen Bewegung, die sich ja zunächst vor allem an der Zerstörung der Natur entwickelt hat. Das Programm enthält auch eine gewisse Öffnung zu Positionen der Gewerkschaftsbewegung. Ecksteine des Programms sind die Ablehnung der Großprojekte Gewerbepark Kronsberg, Kanalausbau, Flughafenausbau, Kraftwerksbau, die Ablehnung der Tariferhöhungen bei Strom, Gas, Wasser für Haushalte und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie der Fahrrad- und Fußgängerzonen. Im Bereich Gesundheitswesen, Soziales haben direkt Forderungen der Gewerkschaft ÖTV Eingang gefunden: Es werden jegliche Kürzungen im sozialen Bereich abgelehnt. Im Punkt Haushalt hat sich die Position durchgesetzt, eine höheren Gemeindeanteil an den Steuern zu fordern und die Verschuldung zu bekämpfen. Die GABL unterstützt Hausbesetzungen und befürwortet die Enteignung der stillgelegten Sprengelfabrik. Die GABL hat sich ein Statut gegeben, das die Abgeordneten an das imperative Mandat der Vollversammlung der GABL bindet.

Die Grüne Alternative Bürgerliste (GABL) ist kein Organisationsbündnis, sondern umfaßt neben Mitgliedern verschiedener politischer Organisationen auch zahlreiche Mitglieder von Bürgerinitiativen, Kulturgruppen. Von den politischen Organisationen unterstützen die Grünen, der KB, der KBW, die Volksfront sowie Kräfte um die Zeitschrift „Moderne Zeiten" die GABL. Der BWK ist ausgestiegen. Die GABL umfaßt mit ihrer Zusammensetzung nicht die ganze Breite der demokratischen Bewegung und vor allem nicht der Gewerkschaftsbewegung, aber sie ist auch schon mehr als eine Anhäufung der linken und grünen „scene". Es wird viel darauf ankommen, daß die GABL in ihren programmatischen Positionen und den Formen ihrer Arbeit die Möglichkeit eröffnet, daß Betriebsräte, Gewerkschafter, aber auch Elternräte und andere Machtorgane der Lohnabhängigen die GABL nutzen können.

Die bürgerlichen Parteien messen diesen Kommunalwahlen ziemliche Bedeutung zu. Am 9.9. wird eigens Bundeskanzler Schmidt in Hannover auf einer Großkundgebung sprechen. Die CDU schickt ihre Landesregierung auf Reisen. Die DKP hat die Beteiligung an der GABL abgelehnt und versucht mit großem Aufwand, einen DKP-Kandidaten in den Rat zu kriegen. Gleichzeitig hat der niedersächsische Landeswahlleiter einen dreisten Angriff auf die GABL eingeleitet: Die GABL dürfe nicht die Namensbestandteile „alternativ" und „Liste" haben, da es schon die Alternative Liste in Berlin gebe und deren Name geschützt sei. Der Angriff ist so plump, daß sogar die „Neue Hannoversche Presse" meinte, daß dann wohl auch die CDU nicht kandidieren dürfe, da es in Bayern eine CSU gebe. Die AL in Berlin hat inzwischen erklärt, sie habe nichts gegen eine Verwendung ihres Namens in anderen Bundesländern. Die CDU fürchtet, daß durch die Kandidatur der GABL aus ihrem „Wechsel nach rechts" nichts wird. Die SPD fürchtet, daß sie durch eine GABL im Stadtrat offen vor die Alternative gestellt wird, mit der CDU oder FDP reaktionäre Beschlüsse durchzusetzen oder mit der GABL das zu verhindern. Das sind gute Gründe, die Grüne Alternative Bürgerliste in Hannover diesmal zu wählen.

Kostendämpfung – wieder nur Schröpfen der Versicherten

AOKs stimmen zu, der DGB ist dagegen

hev. Mit einer Gesamtersparnis von zwei Milliarden Mark rechnet das Arbeits- und Sozialministerium, wenn die Kostendämpfungspläne Ehrenbergs durchgesetzt werden können. Rund 900 Millionen werden die Versicherten berappen müssen, der Rest verteilt sich auf Zahntechniker, Krankenhäuser und Apotheken. Kernpunkte sind:

Die Selbstbeteiligung der Versicherten bei Arzneien, Verband- und Heilmitteln und Brillen sowie die Rezeptgebühr werden erhöht; der Zuschuß der Krankenkassen zu den zahntechnischen Leistungen soll auf höchstens 60% der Kosten begrenzt werden. Der Klinikaufenthalt, der von den Krankenkassen nach einer Entbindung gezahlt wird, soll nur noch 6 statt 10 Tage betragen. Sogenannte „Bagatellarzneimittel" werden die Kassen nicht mehr bezahlen müssen, und der Versichertenanteil bei Fahrtkosten zum

stärkere Selbstbeteiligung einen „denkbar ungeeigneten Weg zu mehr finanzieller Stabilität in der sozialen Krankenversicherung". Das Ganze sei nicht Kostendämpfung, sondern Kostenverlagerung. Die Ersatzkassen waren dagegen, weil ihre Sonderstellung angetastet wird und sie eine Einheitsversicherung befürchten. Diese Ängste teilen auch die Ärzte und – etwas rabiater noch – die Zahnärzte, die durch gesonderte Verträge mit den Ersatzkassen ganz gut profitierten. Die Pharma-Industrie, die nur noch einen engen Spielraum für Preiserhöhungen und Umsatzsteigerungen sieht, will diesen durch Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel wieder erweitern, und die Apotheker sehen 1000 Apotheken sterben.

Es ist klar, daß die Verbände, die am Geschäft mit der Krankheit verdienen, jedesmal ihr eigenes Süppchen kochen, um erstens selbst ungeschoren davon

Hohe Strafen wegen Protest gegen Rekrutenvereidigung

Landgericht Bremen verurteilt Teilnahme an „gewaltätiger Demonstration"

ora.Bremen. In dem am 19.8.1981 beendeten Prozeß gegen zwei Angeklagte wegen Teilnahme bei den Protesten und Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der NATO sind Strafen von 10 Monaten auf Bewährung und 15 Monate oh-

gegen diesen Angeklagten 10 Monate auf Bewährung verhängt.

Der andere zu 15 Monaten verurteilte Angeklagte hatte sich zu dem Anklagevorwurf des schweren Landfriedensbruches nicht geäußert, allerdings in einer längeren politischen Erklärung deutlich gegen Rekrutenvereidigung,

CDU/CSU getrost auf weitere Änderungsvorschläge zur Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen verzichten, die Gerichte machen das schon.

Den Inhalt der politischen Erklärung des Angeklagten und die Tatsache, daß er sich nicht von den Vorfällen vor

Rettungsdiensten, Zoo und beim städtischen Stellenplan durch. Diese Kürzungsbeschlüsse führten zu einem Bruch mit der Gewerkschaft ÖTV. Die ÖTV machte in Hannover zahlreiche Aktionen gegen die Kürzungsbeschlüsse, und vor allem dieser Widerstand zwang die SPD zu einigen, wenn auch kleineren, Zugeständnissen bei den Kürzungen.

Inzwischen hat sich die Lage weiterentwickelt. Die Bezirksregierung machte in diesem Jahr noch weitergehende Auflagen für den Haushalt, die soweit gingen, der Stadt im einzelnen

an drastischen Kürzungsbeschlüssen an genau diesen Punkten. CDU und FDP propagieren unverhohlen den Abbau sozialer Leistungen, die Privatisierung öffentlicher Dienste und die „Verantwortung der Familien und freien Verbände". Die CDU fordert darüberhinaus noch die Schließung unabhängiger Jugendzentren und des alternativen Freizeitzentrums „Pavillon". In diesem Punkt macht die FDP in liberal, aber es ist überhaupt nicht ausgeschlossen, daß CDU und FDP bei einer Mehrheit im Stadtrat sich nicht zusammentun.

zunächst vor allem an der Zerstörung der Natur entwickelt hat. Das Programm enthält auch eine gewisse Öffnung zu Positionen der Gewerkschaftsbewegung. Ecksteine des Programms sind die Ablehnung der Großprojekte Gewerbepark Kronsberg, Kanalausbau, Flughafenausbau, Kraftwerksbau, die Ablehnung der Tariferhöhungen bei Strom, Gas, Wasser für Haushalte und der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs wie der Fahrrad- und Fußgängerzonen. Im Bereich Gesundheitswesen, Soziales haben direkt Forderungen der Gewerkschaft ÖTV

Kostendämpfung – wieder nur Schröpfen der Versicherten

AOKs stimmen zu, der DGB ist dagegen

hev. Mit einer Gesamtersparnis von zwei Milliarden Mark rechnet das Arbeits- und Sozialministerium, wenn die Kostendämpfungspläne Ehrenbergs durchgesetzt werden können. Rund 900 Millionen werden die Versicherten berappen müssen, der Rest verteilt sich auf Zahntechniker, Krankenhäuser und Apotheken. Kernpunkte sind:

Die Selbstbeteiligung der Versicherten bei Arzneien, Verband- und Heilmitteln und Brillen sowie die Rezeptgebühr werden erhöht; der Zuschuß der Krankenkassen zu den zahntechnischen Leistungen soll auf höchstens 60% der Kosten begrenzt werden. Der Klinikaufenthalt, der von den Krankenkassen nach einer Entbindung gezahlt wird, soll nur noch 6 statt 10 Tage betragen. Sogenannte „Bagatellarzneimittel" werden die Kassen nicht mehr bezahlen müssen, und der Versichertenanteil bei Fahrtkosten zum Arzt oder Krankenhaus wird von 3,50 auf 5 Mark heraufgesetzt.

Überraschend ist es nicht, daß die Kosten der Krankenkassen gerade an diesen Punkten gedämpft werden sollen. Seit über einem Jahr haben da Ministerium und vor allem die Ortskrankenkassen die Ausgabenstruktur durchforstet und „Strukturreformen" angekündigt, zuletzt auf der Konzertierten Aktion im Frühjahr. Herausgekommen ist aber kaum mehr als der gemeine Griff in den Geldbeutel der Versicherten oder, wenn diese ihre Taschen nicht öffnen wollen und können, eine deutliche Verschlechterung der Leistungsqualität. Dies wird am sichtbarsten bei den zahntechnischen Leistungen. Bisher betrug der Eigenanteil 20%, was bei vielen Arbeiten auch schon Hunderte bis Tausende von Mark ausmachte. Jetzt ist der Eigenanteil mit 40% so hoch, daß gerade Rentner und kinderreiche Familien sich überlegen müssen, ob sie ihr Restgebiß erhalten können oder wieder zur alten Totalprothese greifen müssen, die nur ein paar 100 Mark kostet. Die Versicherten müssen zahlen, was eigentlich den Zahntechnikern und Zahnärzten zu nehmen wäre, die die eigentlichen Nutznießer an den weit überhöhten Gebühren für zahntechnische Leistungen sind.

Die einzigen, die nur geringe Vorbehalte gegen die Maßnahmen des Ministeriums haben, waren die Ortskrankenkassen. Sie nannten sie einen Schritt in die richtige Richtung, vermißten lediglich ein bißchen mehr Selbstverwaltung. Der DGB nannte die stärkere Selbstbeteiligung einen „denkbar ungeeigneten Weg zu mehr finanzieller Stabilität in der sozialen Krankenversicherung". Das Ganze sei nicht Kostendämpfung, sondern Kostenverlagerung. Die Ersatzkassen waren dagegen, weil ihre Sonderstellung angetastet wird und sie eine Einheitsversicherung befürchten. Diese Ängste teilen auch die Ärzte und – etwas rabiater noch – die Zahnärzte, die durch gesonderte Verträge mit den Ersatzkassen ganz gut profitierten. Die Pharma-Industrie, die nur noch einen engen Spielraum für Preiserhöhungen und Umsatzsteigerungen sieht, will diesen durch Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel wieder erweitern, und die Apotheker sehen 1000 Apotheken sterben.

Es ist klar, daß die Verbände, die am Geschäft mit der Krankheit verdienen, jedesmal ihr eigenes Süppchen kochen, um erstens selbst ungeschoren davon zu kommen und zweitens, um möglichst alle Belastungen auf die Versicherten abzuwälzen. Ihre Argumente sind sattsam bekannt und jeweils zutiefst egoistisch, ihre Scheinheiligkeit im angeblichen Gemeinwohlinteresse unerträglich. Viel wichtiger ist die Frage, warum die AOKs den Ehrenberg-Vorschlägen größtenteils zustimmen, der DGB sie aber ablehnt.

Zu vermuten wäre da doch eine weitgehende Identität. Zahlreiche Gewerkschafter sitzen in AOK-Gremien, die Verbindungen sind eng und lange historisch gewachsen. Man müßte bei den Sitzungen der Selbstverwaltungsgremien Mäuschen spielen können, um genau zu begreifen, wie die Sache gelaufen ist. Zu vermuten ist, daß die 50% Arbeitgeber die Verfechter der erweiterten Selbstbeteiligung für die Versicherten waren und einige Gewerkschafter und andere, aus den Sozialwahlen hervorgegangene Versichertenvertreter angesichts der bedrohlichen Finanzsituation der Kassen umgefallen sind und den vermeintlich sicheren und schnellen Weg der Kostenminderung favorisiert haben. Die Lektüre der Zeitschrift „Die Ortskrankenkasse", in der gründliche Strukturuntersuchungen des Gesundheitswesens veröffentlicht werden, legt die jetzt von den AOKs eingenommene Position *nicht* nahe. Dort geht es eher darum, Wege zu finden, wie der Pharma-Industrie, den Ärzten, Zahnärzten- und technikern und den Hilfsmittelherstellern beizukommen ist, damit diese die Versichertengelder nicht als Selbstbedienungsladen mißbrauchen.

Hohe Strafen wegen Protest gegen Rekrutenvereidigung

Landgericht Bremen verurteilt Teilnahme an „gewaltätiger Demonstration"

ora.Bremen. In dem am 19.8.1981 beendeten Prozeß gegen zwei Angeklagte wegen Teilnahme bei den Protesten und Aktionen gegen die Rekrutenvereidigung im Bremer Weserstadion aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der NATO sind Strafen von 10 Monaten auf Bewährung und 15 Monate ohne Bewährung verhängt worden. Wegen der „besonderen Bedeutung des Falles" war vor dem Landgericht angeklagt worden. Die Verurteilungen erfolgten, da Steine und Knüppel mitgeführt worden seien, wegen schweren Landfriedensbruches (Mindeststrafe 6 Monate).

Aus über einhundert Ermittlungsverfahren, die gegen Teilnehmer der Demonstration von 15000 Menschen gegen das Bremer Gelöbnis eingeleitet worden waren, sind, soweit bekannt, rund 20 Anklagen herausgekommen. In zwei Fällen ist vom Amtsgericht Bremen mangels Beweises freigesprochen worden. Ein Jugendlicher, dem allerdings auch noch eine Latte anderer Sachen vorgeworfen wurde, wurde zu 10 Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt, im übrigen wurde vor dem Jugendgericht eine Arbeitsauflage und zweimal Jugenddauerarrest verhängt. Das Jugendgericht versuchte in einem Fall die Vereinzelung des Angeklagten, indem es die zahlreich erschienene Öffentlichkeit kurzerhand aus erzieherischen Gründen ausschloß.

Mit dem jüngsten Urteil des Landgerichts Bremen treten die Absichten dieser Strafverfolgung deutlicher hervor. Einer der Angeklagten hätte sich in betrunkenem Zustand und in erheblichem Umfang an den vorgeworfenen Aktionen beteiligt. Er gab an, nur zufällig in die Auseinandersetzungen verwickelt worden zu sein. Auf Grundlage seines umfassenden Geständnisses, der Zubilligung verminderter Schuldfähigkeit und weil er sich von den Vorfällen distanziert habe, hat das Landgericht gegen diesen Angeklagten 10 Monate auf Bewährung verhängt.

Der andere zu 15 Monaten verurteilte Angeklagte hatte sich zu dem Anklagevorwurf des schweren Landfriedensbruches nicht geäußert, allerdings in einer längeren politischen Erklärung deutlich gegen Rekrutenvereidigung, NATO, Nachrüstung, Neutronenbombe und jeglichen Militarismus Stellung genommen und den Widerstand dagegen für gerechtfertigt erklärt. Die Verurteilung dieses Angeklagten beruhte ausschließlich auf umfangreichem Fotomaterial, das die Person, die das Gericht für den Angeklagten hielt, einmal in der Nähe eines umgestürzten Fahrzeuges, ein anderes Mal, mit Pflasterstein und Stock in der Hand, in unmittelbarer Nähe des zuvor gestürmten Westtores des Weserstadions zeigte. Auf keinem der reichlich vorhandenen Fotos war eine individuelle Gewalttätigkeit dieser Person zu erkennen. Also geschah folgendes: Zeigte ein Foto den Demonstranten in der Nähe „gewalttätiger Ausschreitungen", evtl. noch bewaffnet, besorgte man sich noch einen Polizeifotografen als Zeugen, der das von ihm fotografierte Geschehen allgemein beschrieb. Der Rest, die Zurechnung von Tatbeiträgen, Tathandlungen als angeblicher Mittäter beim Landfriedensbruch, war dann Sache der freien Beweisführung des Gerichts, und so wird dann flugs aus fotografisch festgehaltenem Moment ohne Tathandlung ein kompletter Handlungsablauf. Sinngemäß hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung, gleichgültig, ob der Angeklagte den mitgeführten Stein als Waffe eingesetzt habe, er habe sich schon strafbar gemacht, indem er sich unter eine gewalttätige Demonstrantengruppe begeben und sich dieser dadurch angeschlossen habe. Setzt sich diese Tendenz der Bestrafung wegen Anwesenheit in unmittelbarer Nähe „gewalttätiger Ausschreitungen" fort, kann die CDU/CSU getrost auf weitere Änderungsvorschläge zur Verschärfung des Landfriedensbruchparagrafen verzichten, die Gerichte machen das schon.

Den Inhalt der politischen Erklärung des Angeklagten und die Tatsache, daß er sich nicht von den Vorfällen vor dem Weserstadion distanziert habe, hat das Landgericht wesentlich strafschärfend berücksichtigt. In der mündlichen Urteilsbegründung hieß es, trotz möglicher günstiger individueller Sozialprognose des Angeklagten sei eine Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung in keinem Falle in Betracht gekommen, weil deren Vollstreckung zur Verteidigung der Rechtsordnung, also zur Abschreckung, unbedingt nötig sei. Deutlich ist, daß das Landgericht einerseits auf Spaltung zwischen reuigen Demonstranten und solchen, die keinen Anlaß sehen, sich zu distanzieren, gesetzt hat, andererseits bei letzteren voll auf Unterdrückung des Widerstandes durch zu vollstreckende Freiheitsstrafe gegangen ist.

Trotz strafschärfender Zurechnung des Inhaltes der politischen Erklärung hat das Gericht ausdrücklich betont, es habe sich zu keinem Zeitpunkt um ein politisches Verfahren gehandelt, es habe den von dem Angeklagten und der Verteidigung eingeführten politischen Hintergrund nicht berücksichtigt, es gehe allein um die nicht zulässige Form des Protestes, auf dessen Inhalt komme es nicht an. Bedenkt man, daß die Bewegung gegen den Krieg und die Kriegsvorbereitung seit dieser Rekrutenvereidigung noch einmal erheblich an Stärke und Wirkung zugenommen hat, daß der damalige Hauptprotagonist einer öffentlichen Rekrutenvereidigung, Koschnik, inzwischen versucht, sich an die Spitze bei der Ablehnung der Neutronenbombe zu stellen, wird sich solche Art Urteilsbegründung möglicherweise nicht mehr lange halten können.

Südafrika überfällt Angola

thf. Die südafrikanische Armee ist mit gepanzerten Fahrzeugen und mit Unterstützung der Luftwaffe tief nach Angola eingedrungen. Die Regierung Angolas ordnete die Generalmobilmachung an, und der Präsident dos Santos richtete ein Telegramm an den UNO-Generalsekretär Waldheim, in dem er ihn von der Aggression unterrichtete. Außerdem soll er dem UNO-Generalsekretär mitgeteilt haben, daß eine Lage eintreten könnte, in der Angola sich genötigt sehe, Hilfe befreundeter Staaten anzufordern. Die südafrikanische Regierung hat zu den Meldungen noch nicht Stellung genommen. Ein Sprecher der Streitkräfte gab die Standardauskunft, daß Verbände der Befreiungskräfte von Namibia, der SWAPO, bis nach Angola hinein verfolgt würden. Eine aus 32 Panzern und 82 weiteren Fahrzeugen bestehende Marschkolonne der südafrikanischen Eindringlinge ist 100 km tief in angolanischem Gebiet in Gefechte verwickelt worden. Eine solche Aggression in größerem Stil ist von Südafrika seit einiger Zeit vorbereitet worden. Etwa 45000 südafrikanische Soldaten und Söldner sind zu weiteren Aggressionen an der Grenze zu Angola aufmarschiert.

Anti-H-Block gewinnt Nachwahl in Nordirland

cof. Mit 31728 Stimmen hat der Anti-H-Block-Kandidat Owen Carron die Nachwahl zum britischen Unterhaus im nordirischen Bezirk Fermanagh/South Tyrone gewonnen und damit den Wahlsieg von Bobby Sands, durch dessen Tod im Hungerstreik die Nachwahl veranlaßt war, noch übertroffen. In diesem Ergebnis drückt sich die nahezu hundertprozentige Unterstützung des Kampfes der republikanischen Gefangenen durch die katholische Wählerschaft aus. Die gemäßigt-nationale Sozialdemokratische Arbeiterpartei Nordirlands hatte mehrheitlich entschieden, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, um ein Stimmensplitting zu vermeiden. M. Thatcher hat auf Carrons Gesprächsersuchen bis jetzt nicht reagiert. Carron will den Tod von 10 Hungerstreikenden und den Kampf der Maze-Gefangenen vor die UNO und die Europäische Menschenrechtskommission bringen.

Koalition in den Niederlanden vorerst gescheitert

rof. Die Bildung einer großen Koalition ist an dem schroffen Haushaltskurs der CDA gescheitert. Ohne bisherige Einigung der drei Parteien (CDA, PvdA und D'66) in allen belangvollen sozialökonomischen Punkten (Lohnpolitik u.a., stellte CDA die Zustimmung zu Haushaltseinsparungen von 4,5 Milliarden Gulden für 1982 als Bedingung. PvdA und D'66 wollten erst eine Regierung und dann den Haushalt besprechen. Mit 36 zu 12 Stimmen beschloß darauf die CDA-Kammerfraktion ein „Nein" zur Regierungsbildung. Parteichef van Agt konnte aufbrechende Widersprüche in seiner Fraktion nur durch Rücktrittsdrohungen übertünchen. Die Sprecher der niederländischen Kapitalistenverbände äußerten ihre Genugtuung über die Haltung der CDA. Der Vizevorsitzende des Gewerkschaftsbundes FNV sieht 1982 als verloren für den Kampf gegen die enormen sozialen Probleme und die Arbeitslosigkeit. Es sind gegenwärtig 400000 Arbeitslose gemeldet, und fast täglich werden Schließungen und Entlassungen bekannt. Ein neuer Formateur ist inzwischen eingesetzt, de Gaay Fortmann, CDA-Führungsmitglied und Ex-Innenminister unter PvdA-Chef den Uyl. Er soll erneut einen Kompromiß für eine große Koalition finden. Van Agt ist als Fraktionsvorsitzender und CDA-Unterhändler am Dienstag zurückgetreten. Er macht Platz für den ehemaligen Informateur Lübbers, der den vorliegenden Regierungsvorschlag mit ausgearbeitet hat. Die CDA-Fraktion hält daran fest, daß van Agt CDA-Premier-Kandidat für die Koalition bleibt.

den Wahlsieg von Bobby Sands, durch dessen Tod im Hungerstreik die Nachwahl veranlaßt war, noch übertroffen. In diesem Ergebnis drückt sich die nahezu hundertprozentige Unterstützung des Kampfes der republikanischen Gefangenen durch die katholische Wählerschaft aus. Die gemäßigt-nationale Sozialdemokratische Arbeiterpartei Nordirlands hatte mehrheitlich entschieden, keinen eigenen Kandidaten aufzustellen, um ein Stimmensplitting zu vermeiden. M. Thatcher hat auf Carrons Gesprächsersuchen bis jetzt nicht reagiert. Carron will den Tod von 10 Hungerstreikenden und den Kampf der Maze-Gefangenen vor die UNO und die Europäische Menschenrechtskommission bringen.
Koalition in den Niederlanden vorerst gescheitert
rof. Die Bildung einer großen Koalition ist an dem schroffen Haushaltskurs der CDA gescheitert. Ohne bisherige Einigung der drei Parteien (CDA, PvdA und D'66) in allen belangvollen sozialökonomischen Punkten (Lohnpolitik u.a., stellte CDA die Zustimmung zu Haushaltseinsparungen von 4,5 Milliarden Gulden für 1982 als Bedingung. PvdA und D'66 wollten erst eine Regierung und dann den Haushalt besprechen. Mit 36 zu 12 Stimmen beschloß darauf die CDA-Kammerfrak-

Vorschlag der PLO für einen Nahostfriedensplan

taz. Afif Safieh, ein Berater Jassir Arafats, hat am Montag einen Dreipunkteplan für eine Friedenslösung im Nahen Osten vorgelegt. Er sieht vor: Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, eine Interimsperiode unter Aufsicht der UNO zur Vorbereitung der staatlichen Souveränität, danach eine internationale Konferenz, den Vorsitz übt die UNO, an der alle Beteiligten teilnehmen und die alle noch anhängigen Fragen diskutieren soll. Safieh erklärte, daß „die Palästinenser die indirekten Opfer der Nazis" geworden seien, daß der Zionismus die Naziverbrechen an den Juden ausnutze, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die PLO weise alle Thesen von einer „Kollektivschuld der Juden" zurück. Allein die Existenz der antizionistischen Opposition widerlege diese These. Die PLO suche keine Rache, sondern wolle „die Dialektik der Unterdrückung" unterbrechen.

El Salvador: FMLN meldet „taktischen Rückzug"

cof. 10 Tage hatten die Truppen der Nationalen Befreiungsfront die Stadt Perquin im Norden von El Salvador besetzt. Nachdem 3000 Junta-Soldaten, die – unterstützt von 21 neu entsandten US-Militärberatern – verstärkt von Honduras aus operieren, die Grenze überschritten und mit Artillerie und Luftbombardements die Rückeroberung der Stadt eingeleitet hatten, sah sich die FMLN zum Rückzug gezwungen. In weiten Gebieten des Landes, selbst in der Hauptstadt San Salvador, verzeichnete der Befreiungskampf allerdings wachsende Erfolge in der Sabotage der Stromversorgung, der Telefonverbindung und der Unterbrechung der Verkehrswege, was die Beweglichkeit der Militärs beeinträchtigt. Strategisch wichtige Gebirgszüge werden von Befreiungstruppen kontrolliert. Die Aktionen sind besser geplant und koordiniert, als dies noch während der zurückgeschlagenen Januaroffensive der Fall war. Junta-Chef Duarte regte inzwischen eine gemeinsame Eingreiftruppe mit Einheiten aus Honduras und Guatemala an.

en, daß der Zionismus die Naziverbrechen an den Juden ausnutze, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die PLO weise alle Thesen von einer „Kollektivschuld der Juden" zurück. Allein die Existenz der antizionistischen Opposition widerlege diese These. Die PLO suche keine Rache, sondern wolle „die Dialektik der Unterdrückung" unterbrechen.
El Salvador: FMLN meldet „taktischen Rückzug"
cof. 10 Tage hatten die Truppen der Nationalen Befreiungsfront die Stadt Perquin im Norden von El Salvador besetzt. Nachdem 3000 Junta-Soldaten, die – unterstützt von 21 neu entsandten US-Militärberatern – verstärkt von Honduras aus operieren, die Grenze überschritten und mit Artillerie und Luftbombardements die Rückeroberung der Stadt eingeleitet hatten, sah sich die FMLN zum Rückzug gezwungen. In weiten Gebieten des Landes, selbst in der Hauptstadt San Salvador, verzeichnete der Befreiungskampf allerdings wachsende Erfolge in der Sabotage der Stromversorgung, der Telefonverbindung und der Unterbrechung der Verkehrswege, was die Beweglichkeit der Militärs beeinträchtigt. Strategisch wichtige Gebirgszüge werden von Befreiungstruppen kontrolliert. Die Aktionen sind besser ge-

Die Armee gegen einen der Ihren: Türkesch vor Gericht

Da der Terror staatlich organisiert wird, wird die MHP zunehmend überflüssiger

chm. Der Prozeß gegen die rechtsextremistische türkische Partei, MHP, Partei der nationalen Bewegung, hat begonnen. Angeklagt sind 600 Mitglieder, an ihrer Spitze „der Führer", wie er sich titulieren läßt, Alparslan Türkesch. Gegen Türkesch und 219 andere Mitglieder hat die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe beantragt. In der Anklageschrift heißt es u.a.: „Bewußt und systematisch bauten sie ein zentralisiertes System auf, schufen durch Gewalt und Terror unter den Massen ein Machtvakuum, gründeten Gruppen und Zellen von Terroristen auf dem Lande, im Bereich der politischen Verwaltung, der Justiz und der öffentlichen Verwaltung. Unter dem Vorwand, die Türkei von der kommunistischen Bedrohung retten zu wollen, trainierten sie, indoktrinierten sie, organisierten sie, bewaffneten sie ihre Mitglieder und bereiteten sie so bis zur Phase der direkten Aktion vor" (SZ, 17.8.81).

Das ist wahr – und es geschah mit Wissen und unter den Augen und Ohren der Armee und der Mehrheit der bürgerlichen Regierungen, zu denen auch Alparslan Türkesch gehörte (nur die Regierung Exevit, die von 1977 – 79 versuchte zu regieren, gegen die Allmacht von Armee und bürgerlich-konservativen bis offen reaktinären Kräften, macht da eine Ausnahme). Alparslan Türkesch, mit dessen Namen die MHP verknüpft ist, wurde 1917 in Nikosia in Zypern geboren. In den vierziger Jahren arbeitete er als Offizier der damals im Krieg neutralen Türkei eng mit den Nazis zusammen. In einem Geheimbericht des Chefs der Sicherheitspolizei an das Auwärtige Amt heißt es am 9.10.44, „daß es im Interesse des Reiches liege, mit pantürkistischen Gruppen Kontakte zu pflegen. Bislang bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen: Aparslan Türkesch, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung ..." (zit.n.Roth/Tyalan: Die Türkei. Republik unter Wölfen. Lamuv 1981, S.112). Der Panturanismus ist eine rassistische und chauvinistische Ideologie, die zur Wiederherstellung des großtürkischen Reiches in seiner breitesten Ausdehnung unter den Osmanen aufruft und den innerhalb seiner Grenzen lebenden Völker ein Leben in Sklaverei, ja wenn sie sich nicht fügen, die Vernichtung nach nationalsozialistischem Vorbild verheißt. In den 50er Jahren, der Zeit des kalten Krieges und der Integration der Türkei in das NATO-Bündnis, erhielt dieser großtürkische Chauvinismus und Rassismus eine antikommunistische Färbung. So schlossen sich mehrere panturanistische Organisationen im Jahre 1956 zu einer „Gesellschaft zur Bekämpfung des Kommunismus" zusammen. Der erste ihrer Überfälle fand 1964 statt gegen ein Theater in Istanbul, in dem Brechts Stück „Der Gute Mensch von Sezuan" uraufgeführt wurde. Zu der Zeit war Alparslan Türkesch Mitglied der türkischen Militärmission in Washington, vorher hatte er die Schule für Atom- und Nukleartechnik in der Bundesrepublik besucht. Eine Gruppe von 32 Offizieren, zu denen auch Türkesch gehört, stürzt die Regierung Menderes, hängt ihn auf und etabliert 1960 die erste Militärdiktatur in der Türkei nach dem 2. Weltkrieg. Türkesch wird zum Sekretär des neuen Republikspräsidenten General Gürsel. Im Laufe der Auseinandersetzungen innerhalb des „Komitees der nationalen Einheit", in denen es darum geht, ob die Armee eine offene Militärherrschaft etabliert oder sich wieder in die Kasernen zurückzieht, schlägt sich Türkesch auf die Seite der „Radikalen", die für die Militärdiktatur sind. Er wird auf einen diplomatischen Posten nach Neu Delhi abgeschoben. Von dort aus organisiert er Kontakte zu Talat Aydemir, der eine konspirative Gruppe in der Armee führt und zwei gescheiterte Putschversuche inszeniert. Türkesch beteiligt sich an dem zweiten, wird verhaftet, dann „mangels Beweisen" freigelassen.

Aus dem Militärdienst ausgeschieden, übernimmt er die sieche Republikanisch Nationale Bauernpartei, die er schließlich 1969 in MHP umtauft. Bei den Wahlen von 1975 bringt es die MHP nur auf drei Abgeordnete. Türkesch wird jedoch stellvertretender Ministerpräsident in der Koalitionsregierung Demirel/Erbakan, den Vorsitzenden der konservativen CHP und der rechten Islamischen Heilspartei. Das ist die Zeit, wo sich die MHP vollständig konsolidiert. Die „Kommandolager", paramilitärische Ausbildungszentren für Jugendliche, die vor allem in der Nähe der türkischen Großstädte aufgebaut werden, schießen wie faulige Pilze in feuchtem Boden. Der Ruf dieser „Grauen Wölfe" und ihr Aktionsradius weiten sich über die ganze Türkei aus und terrorisieren auch die im Ausland lebenden türkischen Arbeiter und Studenten (s. KVZ 22/81 über die Grauen Wölfe in der BRD). Die Regierung Demirel, die schließlich am 12. September 1980 von den Militärs gestürzt wurde, bescherte Türkesch und seiner Mordorganisation nach der kurzen Zeit der Verfolgung durch die sozialdemokratische Ecevit-Regierung eine neue Blüte.

50000 politische Gefangene gehen bis jetzt auf Konto der Militärdiktatur in knapp einem Jahr. Alle revolutionären Organisationen sind Opfer des Terrors der Armee. Berichte über die Folterung von Gefangenen, über den Tod von Gefangenen sind zahlreich. Über 60 Opfer soll die Folter bisher gefordert haben. Die Gewerkschaften, die bürgerlichen Politiker, die Intellektuellen, die nationalen Minderheiten werden unterdrückt im Namen der Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Dann, wenn der Staatsapparat selbst den Terror ausübt, fest im Griff einer Militärkaste, wird eine Organisation mit faschistischer Ideologie und Aufbaustruktur überflüssig. Dieser Gesetzmäßigkeit fällt Türkesch zum Opfer, er, der nach dem Militärputsch freiwillig in die Türkei zurückgekehrt ist, um seine Unterstützung für die Generäle zu demonstrieren. Ob allerdings das Todesurteil gegen ihn vollstreckt wird, ist eine andere Frage. Es gibt ein Gesetz in der Türkei, das die Hinrichtung von Menschen über 65 Jahren verbietet. Die Generäle scheren sich allerdings wenig um die Gesetze. Viel wichtiger ist, daß zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der General Necdet Urug Ende August aufrückt. Er löst Haydar Saltik ab. Urug ist für seine Sympatien für den Panturanismus und für Türkesch bekannt.

MHP verwendet in den Bildern die klotzige Technik faschistischer Diktaturen. Die drei Halbmonde sind ein Rückgriff auf die osmanische
macht von Armee und bürgerlich-konservativen bis offen reaktinären Kräften, macht da eine Ausnahme). Alparslan Türkesch, mit dessen Namen die MHP verknüpft ist, wurde 1917 in Nikosia in Zypern geboren. In den vierziger Jahren arbeitete er als Offizier der damals im Krieg neutralen Türkei eng mit den Nazis zusammen. In einem Geheimbericht des Chefs der Sicherheitspolizei an das Auwärtige Amt heißt es am 9.10.44, „daß es im Interesse des Reiches liege, mit pantürkistischen Gruppen Kontakte zu pflegen. Bislang bestanden aufgrund ihrer Haltung gute Verbindungen zu folgenden Personen: Aparslan Türkesch, Absolvent einer Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung ..." (zit.n.Roth/Tyalan: Die Türkei. Republik unter Wölfen. Lamuv 1981, S.112). Der Panturanismus ist eine rassistische und chauvinistische Ideologie, die zur Wiederherstellung des großtürkischen Reiches in seiner breitesten
innerhalb des „Komitees der nationalen Einheit", in denen es darum geht, ob die Armee eine offene Militärherrschaft etabliert oder sich wieder in die Kasernen zurückzieht, schlägt sich Türkesch auf die Seite der „Radikalen", die für die Militärdiktatur sind. Er wird auf einen diplomatischen Posten nach Neu Delhi abgeschoben. Von dort aus organisiert er Kontakte zu Talat Aydemir, der eine konspirative Gruppe in der Armee führt und zwei gescheiterte Putschversuche inszeniert. Türkesch beteiligt sich an dem zweiten, wird verhaftet, dann „mangels Beweisen" freigelassen.
Aus dem Militärdienst ausgeschieden, übernimmt er die sieche Republikanisch Nationale Bauernpartei, die er schließlich 1969 in MHP umtauft. Bei den Wahlen von 1975 bringt es die MHP nur auf drei Abgeordnete. Türkesch wird jedoch stellvertretender Ministerpräsident in der Koalitionsregierung Demirel/Erbakan, den Vorsitzen-
len, die nationalen Minderheiten werden unterdrückt im Namen der Wiederherstellung von Recht und Ordnung. Dann, wenn der Staatsapparat selbst den Terror ausübt, fest im Griff einer Militärkaste, wird eine Organisation mit faschistischer Ideologie und Aufbaustruktur überflüssig. Dieser Gesetzmäßigkeit fällt Türkesch zum Opfer, er, der nach dem Militärputsch freiwillig in die Türkei zurückgekehrt ist, um seine Unterstützung für die Generäle zu demonstrieren. Ob allerdings das Todesurteil gegen ihn vollstreckt wird, ist eine andere Frage. Es gibt ein Gesetz in der Türkei, das die Hinrichtung von Menschen über 65 Jahren verbietet. Die Generäle scheren sich allerdings wenig um die Gesetze. Viel wichtiger ist, daß zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates der General Necdet Urug Ende August aufrückt. Er löst Haydar Saltik ab. Urug ist für seine Sympatien für den Panturanismus und für Türkesch bekannt.



MHP verwendet in den Bildern die klotzige Technik faschistischer Diktaturen. Die drei Halbmonde sind ein Rückgriff auf die osmanische Fahne, wobei zugleich der islamische Charakter durch Übernahme des religiösen Symbols betont wird.

Kriegsspiel vor Libyens Küste

C.F. Ein Western-Held unterscheidet sich von einem Erdnußfarmer unter anderem dadurch, daß er sich nicht einschüchtern läßt und im rechten Augenblick schießt – und trifft. Die Reagan-Administration fand an dieser Methode zur „Neutralisierung" des „internationalen Terroristenchefs" Gaddafi, dem unberechenbaren Gegner am Tor zum Nahen Osten, jedenfalls mehr Gefallen als an dem umständlichen Plan des CIA. Verunglimpfung des Obersten beim libyschen Volk, Aufbau einer Gegenregierung oppositioneller Emigranten, dann Angriff durch paramilitärische Einheiten und „Sturz" des Führers – davon hatten die Abgeordneten abgeraten: zu teuer und „zu blöd".

Also wird ein Kriegsspiel („war game") inszeniert. Auf Anweisung von Präsident Reagan ordnet Verteidigungsminister Weinberger ein Manöver der US-Mittelmeerflotte mit Schwerpunkt auf „Raketenschießen" im Golf von Syrte an, den Gaddafi seit 8 Jahren als libysches Hoheitsgewässer proklamiert.

Wie Libyen reagiert, wenn die 6. US-Flotte demonstrieren will, „was internationale Gewässer sind", das konnte man sich nach mindestens zwei – fehlgeschlagenen – Angriffen auf amerikanische Flugzeuge in den letzten Jahren leicht ausmalen. Hatten die amerikanischen Piloten früher Anweisung, der offenen Konfrontation auszuweichen oder den Gegner abzudrängen und die von Libyen „künstlich" gezogene Linie nicht zu überqueren, so stand letzte Woche fest: Es wird zurückgeschossen. Damit die Botschaft auch weltweit verstanden werde, teilte die US-Marine mit, sie beanspruche 3200 Quadratmeilen für ihre „Routineübungen", und dem Wall Street Journal vom 14. Juli zufolge hat die Regierung die Ölkonzerne schon mehrmals aufgefordert, ihre Spezialisten aus Libyen abzuziehen, „ob da nun irgendein Coup vorbereitet wird oder nicht", soll ein US-Beamter als letzte Warnung an die Firmen ausgesprochen haben. Gaddafi – wohl Schlimmeres befürchtend – nutzte die Manöverzeit zu einer Auslandsreise und schloß, während seine Luftwaffe das von den USA geplante Szenarium in Gang setzte, mit Südjemen und Äthiopien einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit ab – ganz nach dem Geschmack der Sowjetunion, die darin einen Beitrag zur Sicherheit und Stabilisierung dieser Region erblickt.

Nachdem das Pentagon inzwischen das Manöver samt „Zwischenfall" für abgeschlossen erklärt hat, allerdings mit dem Hinweis, im nächsten Jahr am gleichen Ort Militärübungen veranstalten zu wollen, beharrt Gaddafi darauf, den Golf von Syrte „bis zum letzten Mann zu verteidigen", selbst wenn dies Krieg mit den USA „oder einen dritten Weltkrieg" bedeute – und erinnert an Libyens „Verbündete in der Welt".

Nun haben zwar Syrien und die PLO ihre Unterstützung gegen die militärische Eskalation der USA zugesagt, und mit Ausnahme von Marokko und Ägypten verurteilten die Staaten der OAU, die arabischen Länder, der Iran und die Sowjetunion die Aggressivität des amerikanischen Imperialismus – und sicher hofft die SU auf ihre Chance, jetzt den bislang verweigerten Militärstützpunkt auf libyschem Territorium errichten zu dürfen. Andererseits ist auf eine gemeinsame *Aktion* der Blockfreien nicht ohne weiteres zu rechnen. Völkerrechtlich ist der Anspruch Gaddafis auf eine 200 Seemeilen breite Hoheitszone und die militärische Abschottung des Golfs von Syrte umstritten. Der Vertreter Maltas, das wie auch Kreta von einer solchen Zone erfaßt würde, erinnerte an den Streit mit Libyen über die Schürfrechte von Ölvorkommen. Auch nach dem Kompromißvorschlag der gegenwärtig in Genf tagenden UN-Seerechtskonferenz sollen die Hoheitsgewässer von 3 auf nur 12 Meilen ausgedehnt werden, woran sich eine „Wirtschaftszone" von 200 Meilen anschließt, in der freie Schiff- und Luftfahrt aller Staaten gewährleistet ist. Ein Verbot militärischer Übungen in diesen Gebieten haben vor allem die Supermächte zu verhindern gewußt. Der Golf von Syrte fällt aufgrund seiner Ausdehnung auch kaum unter die Definition enger, geschlossener Golfe, wo allein die Linie zwischen den Eingangspunkten als nationale Hoheitsgrenze akzeptiert wird.

Die Mehrheit der Blockfreien wird sich auch mit der Warnung Gaddafis vor der Gefahr amerikanischer Stützpunkte auf fremden Territorien und der Forderung, daß die 6. US-Flotte aus dem Mittelmeer verschwinden soll, nicht einfach zufriedengeben. Denn wenn die Sowjetunion meint, dieser Zwischenfall zeige „erneut die Größe der Bedrohung, die von einer dauernden Präsenz der amerikanischen See- und Luftstreitkräfte in Territorien und Gewässern ausgeht, die anderen Ländern gehören und Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten entfernt sind", drängt sich rasch die Frage auf, woher die Sowjetunion die Berechtigung *ihrer* Mittelmeereskadra ableitet.

Folgerichtig verbinden die tunesischen Zeitungen ihre Kritik an der US-Aktion mit der Forderung, daß das Mittelmeer frei von Militärmanövern des Ostens *wie* des Westens bleiben müsse, und der Rat der „Arabischen Parlamentarischen Union" verlangt den Abzug fremder Flotten aus dem Mittelmeer und dem arabischen Golf. Auf tatkräftige Hilfe durch die arabischen und afrikanischen Staaten wird Gaddafi vorerst jedenfalls nicht setzen können. Denn zu lang ist die Latte seiner unter dem Banner des Islam z.B. gegen den Sudan, Ägypten, Tunesien, Tschad, Niger, Marokko und Uganda gerichteten Putschversuche, militärischen Einmischungsmanöver und Annexionsabsichten.

Wird der Ausnahme- zum Dauerzustand?

Die albanische Haltung verschärft die inneren Widersprüche Jugoslawiens im Kossovo

Von Thomas Frank

Vier Monate nach den schweren Unruhen hat sich das öffentliche Leben im Kossovo immer noch nicht wieder normalisiert. Erst im Juli demonstrierten erneut Menschen der albanischen Minderheit, ebenfalls im Juli wird das Auftauchen von Flugblättern, werden Parolenmalereien und Boykottaktionen von Studenten der albanischen Minderheit in Mazedonien vermeldet. Kossovo ist immer noch gesperrt für Journalisten und Touristen; die während und nach den Unruhen in das Gebiet verlegten Truppen scheinen noch nicht wieder abgezogen zu sein, auch eine Aufhebung der abendlichen Ausgangssperre ist noch nicht mitgeteilt worden. Über 120 Urteile gegen Beteiligte an den Unruhen sind inzwischen ausgesprochen worden, sie reichen bis zu 15 Jahren Gefängnis. Wenngleich sie in vielen Fällen wegen Delikten im Zusammenhang mit den Unruhen stehen, scheint die Höhe unangemessen, natürlich erst recht in den Fällen, in denen es um die reine Verurteilung von politischen Meinungs- und Willensbekundungen geht. Nacheinander sind im Kossovo jetzt der Parteichef, der Verwaltungschef, der Parlamentspräsident und der Verlagsdirektor und der Chefredakteur der größten albanischsprachigen Zeitung zurückgetreten. 365 Lehrkräfte an der Universität Pristina (Hauptstadt des Kossovo) sind ihrer Ämter enthoben worden, die Folge wird sein, daß an der Universität 19% Studenten weniger als im Vorjahr immatrikuliert werden können. Auch aus Betrieben werden Entlassungen gemeldet. Partei, Gewerkschaften und andere Organisationen werden ebenfalls gesäubert. Dabei scheint der Bund der Kommunisten Jugoslawiens Schwierigkeiten zu haben, den Funktionärskader unter Wahrung des Nationalproporzes neu zu besetzen, obwohl er im Kossovo 90000 Mitglieder hat, von denen an die 70% albanischer Volkszugehörigkeit sind. Aufgefüllt wird der Funktionärskörper mit Funktionären, die nach den Unruhen Ende der 60er Jahre ihre Posten verloren hatten. Die Absicht, die der Bund der Kommunisten Jugoslawiens mit seinem Vorgehen verbindet, ist eine ,,Differenzierung'' der politischen Kräfte. Diese Differenzierung soll zusammen mit der geplanten, gegenüber dem Landesdurchschnitt um 60% schnelleren Entwicklung des Kossovo die Situation bereinigen.

Das Vorgehen steht in seiner Schärfe durchaus in Kontrast zu anderen Nachrichten aus Jugoslawien: eben erst hat die ehemalige Wissenschaftlergruppe um die Zeitschrift ,,Praxis'',

365 Lehrkräfte an der Universität Pristina (Hauptstadt des Kossovo) sind ihrer Ämter enthoben worden, die Folge wird sein, daß an der Universität 19% Studenten weniger als im Vorjahr immatrikuliert werden können. Auch aus Betrieben werden Entlassungen gemeldet. Partei, Gewerkschaften und andere Organisationen werden ebenfalls gesäubert. Dabei scheint der Bund der Kommunisten Jugoslawiens Schwierigkeiten zu haben, den Funktionärskader unter Wahrung des Nationalproporzes neu zu besetzen, obwohl er im Kossovo 90000 Mitglieder hat, von denen an die 70% albanischer Volkszugehörigkeit sind. Aufgefüllt wird der Funktionärskörper mit Funktionären, die nach den Unruhen Ende der 60er Jahre ihre Posten verloren hatten. Die Absicht, die der Bund der Kommunisten Jugoslawiens mit seinem Vorgehen verbindet, ist eine ,,Differenzierung'' der politischen Kräfte. Diese Differenzierung soll zusammen mit der geplanten, gegenüber dem Landesdurchschnitt um 60% schnelleren Entwicklung des Kossovo die Situation bereinigen.

Das Vorgehen steht in seiner Schärfe durchaus in Kontrast zu anderen Nachrichten aus Jugoslawien: eben erst hat die ehemalige Wissenschaftlergruppe um die Zeitschrift ,,Praxis'',
die 1975 verboten worden war, weiter Arbeitsmöglichkeiten erhalten; die gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme werden freimütig und bis in die Parteizeitung hinein kontrovers diskutiert; über die Ereignisse im Kossovo gibt es nach der anfänglichen Informationssperre inzwischen eine Flut von Berichten und Diskussionen.

Tatsächlich reagieren die jugoslawischen Staatsorgane in allen Fällen des ,,Nationalismus'' mit unvergleichlicher Härte. Der Bestand Jugoslawiens hängt von einem Auskommen aller in ihm lebenden Völker ab. Dabei gibt es aber massive Interessen außerhalb Jugoslawiens, jeden Widerspruch zwischen diesen Völkern zu nutzen, um die staatliche Einheit Jugoslawiens zu schwächen. Ohne Beachtung des russischen Dranges nach außen wird die jugoslawische Politik in dieser Frage deshalb kaum verständlich.

Die Politik der Differenzierung will die Elemente isolieren, die unter der Forderung, die autonome Provinz in eine Republik umzuwandeln, den Anschluß des Kossovo an Albanien betreiben. Diese Kräfte sollen mit Unterstützung, wenn nicht unter Leitung, aus Albanien operieren. Innerhalb Albaniens werden politische Differenzen vermutet, die nach dem Abtreten der jetzigen Führungsgarnitur zu einer Anlehnung an die Sowjetunion führen könnten. So konstruiert die Verschwörungstheorie klingen mag, ihre Konsequenzen decken sich mit denen der offiziellen albanischen Politik.

Ohne Zweifel war der Sporn des Aufstandes die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit des Kossovo gegenüber anderen Teilen Jugoslawiens, ohne Zweifel hat der Kossovo aber auch in den letzten 10 Jahren einen beispiellosen kulturellen Aufschwung genommen. Die Universität in Pristina ist heute die drittgrößte Jugoslawiens. (In dieser Kombination kann eine besondere Triebkraft des Aufbegehrens liegen.) Genauso zweifellos verfolgt die albanische Regierung aber auch eine Politik, die nicht gerade auf gute Nachbarschaft abzielt. Zwar sind die Wirtschaftsbeziehungen in den 70er Jahren zwischen beiden Ländern verstärkt worden, so daß Jugoslawien heute zu den größten Außenhandelspartnern Albaniens gehört, und hat es auch einen gewissen kulturellen Austausch gegeben – die Bemühungen dazu waren aber immer recht einseitig. Auf jugoslawische Initiative hin ist ein Schienenbauprojekt entstanden, das Albanien an das europäische Schienennetz anbindet, nachdem ihm vorher schon die Nutzung der Transitwege ohne die Auflagen, die anderen Ländern gemacht werden, gestattet worden war. (Nach den April-Unruhen wollten die Republiken Kroatien und Slowenien dieses Projekt stornieren, da es keinen erwiesenen Nutzen für Jugoslawien bringe, aber da hat man sich inzwischen eines Besseren besonnen.) Der Kulturaustausch konzentrierte sich im wesentlichen auf albanische kulturelle Darbietungen, Bücher, Filme usw. für die Bewohner des Kossovo, die albanischen Grenzen sind für Jugoslawen nur problemlos zu passieren, sofern sie aus dem Kossovo kommen, d.h. Albanien behandelte den Kossovo faktisch als Republik.

Auch wenn die albanische Regierung keine ausdrücklichen Ansprüche auf den Kossovo erhebt, ist das doch die zwingende Folgerung ihrer Aussagen zu diesem Problem. In den Stellungnahmen zu den Kossovo-Unruhen spricht das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens davon, daß das albanische Volk eine nationale Gesamtheit darstelle wie Deutschland oder Korea, die ebenfalls unter Teilung litten. Die Konsequenz, das Recht auf Wiedervereinigung, wird zwar nicht gezogen, dafür macht sich die albanische Seite aber ziemlich unverblümt zum Sprecher ,,unseres Volkes'' gegenüber den jugoslawischen Behörden. Auf dieser Linie liegt auch das offizielle Untersuchungsergebnis des Anschlages auf die jugoslawische Botschaft in Tirana im Mai. Mit der völlig lächerlichen Begründung, um die Botschaft sei eine zwei Meter hohe Mauer und das Gebäude sei bewacht, wurde quasi unterstellt, die Jugoslawen hätten die Explosion selbst verursacht. Die instinktlose Balkanpolitik Albaniens trägt ebenfalls nicht zur Vertrauensbildung bei. Nachdem Mitte der 70er Jahre Enver Hoxha sich in einigen Reden auf Angriffe auf die Sozialimperialisten konzentriert und die Solidarität der Balkanvölker dagegen gesetzt hatte, freilich ohne daß dies praktische Konsequenzen gehabt hätte, ist er nach dem Bruch mit China zu den ungezielten Rundumschlägen zurückgekehrt. Der Verteidigungsminister und andere Befürworter einer engeren Zusammenarbeit auf dem Balkan waren schon vor dem 7. Parteitag 1976 erschossen worden, spätestens seit 1978 tönt E. Hoxha wieder, daß die Politik Jugoslawiens kriegsgefährlich für Europa sei, ein Militärbündnis Albaniens mit Jugoslawien und Rumänien könne nur den imperialistischen Interessen Chinas gegen die Sowjetunion dienen u.ä.

Auch in Bulgarien werden im öffentlichen Bewußtsein Gebietsansprüche an Jugoslawien wach gehalten. Für Bulgarien gibt es kein mazedonisches Volk, das sich für die jugoslawische Föderation entschieden hat, sondern nur eine Gegend des Namens, in der verschiedene Volksgruppen leben. Aus dieser Argumentation können leicht Ansprüche hergeleitet werden, natürlich erst recht, wenn die Gebiete der albanischen Minderheit, die jetzt auch von der Unruhe erfaßt sind, von Mazedonien abgespalten werden. Die Albaner in Mazedonien sollen jetzt Rechte bekommen, die im Kossovo schon existieren, wie: Unterricht auf albanisch, Verwendung der albanischen Fahne u.ä. Schritte in dieser Richtung sind sicher positiv, allerdings gibt es auch Stimmen, diese Rechte im Kossovo abzubauen. Die Albaner sind neben den Ungarn (die allerdings längst nicht mehr so für sich isoliert sind) die einzige größere nichtslawische Völkerschaft in Jugoslawien. Von Sprache, Sitten und Gebräuchen her gibt es da einige Unterschiede. Familie und Sippe spielen im gesellschaftlichen Leben der Albaner noch eine größere Rolle. Die Unterdrückung ihres Aufstandes kann auch zu einem Zusammenschmieden der alten Clans geführt haben. Das könnte die Gräben für längere Zeit unpassierbar gemacht haben.



Links: Pristina, Hauptstadt der Autonomen Provinz Kossovo. Sie ist die ärmste Gegend Jugoslawiens. 1,2 Mio. Albaner, 240000 Serben, 40000 Montenigriner und 120000 Angehörige anderer Volksgruppen leben hier.

Die Dritte Welt unterstützen – aber wie?

Viele Fragen, keine allgemeine Antwort

mat. Im August fand unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Nairobi eine Tagung statt, die Grundlagen schaffen sollte für eine bessere Nutzung traditioneller und erneuerbarer Energiequellen in der 3. Welt. Welche Probleme sich den Ländern der 3. Welt bei ihrer Energieversorgung stellen, hatten wir vor einiger Zeit (KVZ 16/81) beschrieben: Traditionelle Energiequellen, vor allem Feuerholz und Hilfsaggregate aller Art zur Wasserförderung, sind in der Landwirt-

bessere Bedingungen für die Massen umsetzt, hängt von der Situation eines jeden Landes ab. Deshalb ist es auch nicht möglich, auf allgemeine Fragen allgemeine Antworten zu geben.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat mit zahlreichen Beispielen gezeigt, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit in der 3. Welt nur dort zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen kann, wo er fortgeführt wird als Kampf um soziale Revolution. In den meisten Ländern der 3. Welt ist ei-

nur, wenn die Preise anderswo verfielen. 1973 mußte die Fabrik geschlossen werden.

Um die Wasserversorgung zu verbessern, förderte die Regierung die Einführung von Dieselpumpen. Wartung und Reparatur wurden von der staatlichen Werkstatt kostenlos durchgeführt. Da mit den neuen Pumpen Wasser praktisch aus jeder Tiefe gefördert werden konnte, stand es jetzt ganzjährig zur Verfügung. Reichere Bauern begannen mit kontinuierlicher Bewäs-

löst, indem sie statt der staatlich geförderten elektrischen Dieselpumpen benutzen, die von einem Brunnen zum anderen transportiert werden können. Arme Bauern müssen sich die Pumpen von den reichen Bauern mieten, und da die Bewässerungsperiode sehr kurz ist, stehen die Pumpen ihnen oft erst zur Verfügung, wenn der Erfolg der Aussaat schon zweifelhaft ist. Das Ergebnis ist eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen armen und reichen Bauern.

Was zeigen diese Beispiele? Sind die Bemühungen der 3. Welt um die Entwicklung eigener Energiequellen wirkungslos? Zweifellos nicht. Wenn es gelingt, durch Wind-, Sonnen- oder

die Bewohner des Kossovo, die albanischen Grenzen sind für Jugoslawen nur problemlos zu passieren, sofern sie aus dem Kossovo kommen, d.h. Albanien behandelte den Kossovo faktisch als Republik.

Auch wenn die albanische Regierung keine ausdrücklichen Ansprüche auf den Kossovo erhebt, ist das doch die zwingende Folgerung ihrer Aussagen zu diesem Problem. In den Stellungnahmen zu den Kossovo-Unruhen spricht das Zentralorgan der Partei der



Links: Pristina, Hauptstadt der Autonomen Provinz Kossovo. Sie ist die ärmste Gegend Jugoslawiens. 1,2 Mio. Albaner, 240000 Serben, 40000 Montenigriner und 120000 Angehörige anderer Volksgruppen leben hier.

Die Dritte Welt unterstützen – aber wie?

Viele Fragen, keine allgemeine Antwort

mat. Im August fand unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in Nairobi eine Tagung statt, die Grundlagen schaffen sollte für eine bessere Nutzung traditioneller und erneuerbarer Energiequellen in der 3. Welt. Welche Probleme sich den Ländern der 3. Welt bei ihrer Energieversorgung stellen, hatten wir vor einiger Zeit (KVZ 16/81) beschrieben: Traditionelle Energiequellen, vor allem Feuerholz und Hilfsaggregate aller Art zur Wasserförderung, sind in der Landwirtschaft – und Bauern bilden die Masse der Bevölkerung in der 3. Welt – nach wie vor am bedeutendsten. In einem weiteren Artikel (KVZ 27/81) hatten wir die Rolle der Weltbankkredite beim Ausbau dieser Energieformen untersucht. Dazu sind in einem Leserbrief (KVZ 29/81) mehrere Fragen aufgeworfen worden: ,,Welche Vorstellungen besitzen diese Länder über Aufbau und Entwicklung ihres Landes? Welche Auseinandersetzungen gibt es bei diesen einzelnen Projekten zwischen Weltbank und den Ländern der Dritten Welt? Wie kann man dabei diese Länder unterstützen?'' In diesem Artikel soll versucht werden, an zwei Beispielen auf diese und ähnliche Fragen einzugehen.

Für die Länder der 3. Welt besteht der Hauptwiderspruch auch in der Energiefrage gegenwärtig zwischen ihnen und den imperialistischen Ländern. Während sie dringend auf Energieformen angewiesen sind, die ohne großen technischen Aufwand leicht dezentral einsetzbar sind, geht die Entwicklung in den imperialistischen Ländern im wesentlichen in Richtung auf Energieverbundnetze mit Großanlagen. Die Konferenz in Nairobi ist Ausdruck dieses Widerspruchs, indem sie auf Druck der 3. Welt das Augenmerk auf Wind, Wasserkraft, bessere Nutzung des Heizwerts traditioneller Materialien und Sonnenenergie lenkt. Die erzwungene Neuausrichtung der Fragestellung zeigt die fortschrittliche Rolle, die die 3. Welt spielt. Gleichzeitig muß man aber auch sehen, daß eine Neuausrichtung nicht automatisch zu sozialem Fortschritt führt. Sie schafft eine Voraussetzung für sozialen Fortschritt. Ob sie sich in der 3. Welt in bessere Bedingungen für die Massen umsetzt, hängt von der Situation eines jeden Landes ab. Deshalb ist es auch nicht möglich, auf allgemeine Fragen allgemeine Antworten zu geben.

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat mit zahlreichen Beispielen gezeigt, daß der Kampf um nationale Unabhängigkeit in der 3. Welt nur dort zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen kann, wo er fortgeführt wird als Kampf um soziale Revolution. In den meisten Ländern der 3. Welt ist eine solche Situation nicht eingetreten. Die Führung liegt dort in den Händen der jungen Bourgeoisie, die sich von der Abhängigkeit vom Imperialismus befreien will, zu dauerhaftem Bündnis mit den Volksmassen aber nicht in der Lage ist, weil ihre eigenen Interessen dem immer wieder entgegenstehen. Wie sich das auf die Entwicklung dieser Länder auswirkt, muß am Einzelfall untersucht werden.

Oasenwirtschaft in Mauretanien

Atar ist eine Oasenstadt in der Sahara, eine Tagesreise im Jeep von der Hauptstadt Nouakchott und 100 km von der Bahnlinie entfernt, die das Phosphat aus den Bergwerken in Zerouate an die Küste transportiert. 1965 gab es etwa 400000 Dattelpalmen in Atar; zwischen ihnen wird jährlich einmal Gemüse geerntet. Ihre Existenz verdankt die Oase der Tatsache, daß der Grundwasserspiegel sich dort bis auf 4 Meter der Oberfläche nähert. Für die Wurzeln der Palmen ist das ausreichend, und das Wasser für den Gemüseanbau wurde über Jahrhunderte mit Schöpfbrunnen gehoben, die einige Meter tief reichen.

Die Regierung hat die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu einem Schwerpunkt ihrer Politik erklärt. 1965 wurde mit ihrer Hilfe eine Fabrik für die Verarbeitung der Datteln errichtet. Genossenschaften sollten die Anlieferung der Datteln zu festen Preisen gewährleisten. Doch die Preise für Datteln auf dem Weltmarkt sind ständig großen Schwankungen unterworfen, und die Bauern verkauften ihre Datteln an den, der die besten Preise zahlte. An die Fabrik verkauften sie nur, wenn die Preise anderswo verfielen. 1973 mußte die Fabrik geschlossen werden.

Um die Wasserversorgung zu verbessern, förderte die Regierung die Einführung von Dieselpumpen. Wartung und Reparatur wurden von der staatlichen Werkstatt kostenlos durchgeführt. Da mit den neuen Pumpen Wasser praktisch aus jeder Tiefe gefördert werden konnte, stand es jetzt ganzjährig zur Verfügung. Reichere Bauern begannen mit kontinuierlicher Bewässerung und führten neben der Dattel- und Gemüseernte eine dritte Ernte von Melonen und Sorghum ein. Die Folgen zeigten sich nach einigen Jahren. Der Grundwasserspiegel sank auf 20 m und ist damit selbst für die Palmen zu tief, so daß die Plantagen jetzt maschinell bewässert werden müssen. Für die armen Bauern, die sich keine Dieselpumpen leisten können, ist Wasser unerreichbar geworden, etwa die Hälfte der Palmen ist heute tot.

Kleinfelderbewässerung in Indien

Verbesserung der Wasserversorgung ist auch ein wesentlicher Bestandteil des Landwirtschaftsprogramms der indischen Regierung. In der Provinz Bihar sind zwischen 1965 und 1978 etwa 5000 mit staatlichen Krediten geförderte Brunnen gebaut worden. Das von der Regierung eingeführte Modell besteht aus Stahlrohren mit 10–15 cm Durchmesser, einem Kupferfilter und einer elektrischen Pumpe. Um die Kreditkosten zu sparen, begannen die Bauern aber bald mit dem Bau eigener Brunnenkonstruktionen. Statt der Stahlrohre verwendeten sie in Streifen gespaltete Bambusstäbe, die um eiserne Ringe gelegt und mit Kokosfaser umwickelt wurden. Kupferfilter wurden durch Netzwerk aus Eisendraht ersetzt. Im Prinzip ermöglichen die Bambusbrunnen, von denen es 1978 bereits über 50000 gab, auch armen Bauern, einen Brunnen anzulegen. 45 m Hub sind aber nur mit Motorpumpe zu bewältigen. Der Grundbesitz in Bihar ist extrem zersplittert, und ein Brunnen bewässert immer nur ein einziges Feld. Die Bauern, die sich eine Motorpumpe leisten können, haben das Problem gelöst, indem sie statt der staatlich geförderten elektrischen Dieselpumpen benutzen, die von einem Brunnen zum anderen transportiert werden können. Arme Bauern müssen sich die Pumpen von den reichen Bauern mieten, und da die Bewässerungsperiode sehr kurz ist, stehen die Pumpen ihnen oft erst zur Verfügung, wenn der Erfolg der Aussaat schon zweifelhaft ist. Das Ergebnis ist eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen armen und reichen Bauern.

Was zeigen diese Beispiele? Sind die Bemühungen der 3. Welt um die Entwicklung eigener Energiequellen wirkungslos? Zweifellos nicht. Wenn es gelingt, durch Wind-, Sonnen- oder andere Energie unabhängig von Energielieferungen imperialistischer Konzerne zu werden, sind die Voraussetzungen für wirtschaftliche Erfolge der 3. Welt verbessert. Ob die Erfolge eintreten, hängt von anderen, inneren und äußeren Faktoren ab. Soziale Veränderungen in den Ländern selbst, vor allem eine Landreform in Verbindung mit einem Genossenschaftswesen, das die armen Bauern stützt und von ihnen kontrolliert wird, sind dafür unumgänglich. Die Kommunisten und die arbeitenden Klassen in den imperialistischen Ländern können darauf nur mittelbar Einfluß nehmen, am wirkungsvollsten vielleicht durch Beispiele von Erfolgen im Kampf um soziale Veränderungen im eigenen Land. Auf die äußeren Bedingungen, die die Länder der 3. Welt vorfinden, können sie aber direkt einwirken, indem sie die Forderungen der Regierungen der 3. Welt gegen ihre eigenen Regierungen vertreten. Wenn es zum Beispiel endlich gelingt, die von der 3. Welt geforderte Neue Weltwirtschaftsordnung Wirklichkeit werden zu lassen, dann wären die heute bei vielen Produkten der 3. Welt bestehenden extremen Preisschwankungen stark gedämpft, und die Genossenschaft in Atar hätte nicht mehr die Schwierigkeiten, die sie vor 1973 hatte. Die Ersetzung des Dieselöls in Bihar durch Wind- oder Sonnenenergie zu erschwinglichen Bedingungen würde zwar die Eigentumsverhältnisse nicht ändern, die Abhängigkeit der armen Bauern von den reichen könnte aber vielleicht geringer sein. Trotz aller Mißerfolge staatlicher Entwicklungsprogramme der 3. Welt im Einzelfall bleibt es richtig, ihre Forderungen zu unterstützen.



Unter dem Druck der Sowjetarmee

Zur Geschichte der ,,dual basing"-Strategie. Teil II

Von Dieter Wismann

Die jährlichen REFORGER-Manöver seit 1969 bieten ein halbes Jahrzehnt lang keinen Anlaß für gesteigerte Aufmerksamkeit: Der US-Imperialismus demonstriert betont routinemäßig seine Fähigkeit, die 1. mech.InfDivision, die er auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges aus der BRD abgezogen hatte, in die BRD zurückzuschaffen: regelmäßig zwischen 10 und 12000 Mann. In der Manöverberichterstattung ist häufig mehr die Rede von ,,Gewöhnung an europäische Verhältnisse", Sichkennenlernen von Deutschen und Amerikanern und dergleichen als vom militärischen Zweck. Die Phase der Entspannungspolitik hinterläßt ihre Spuren. Gestützt auf die bahnbrechenden technologischen Entwicklungen im Großflugzeugbau von 1969 scheint auf Jahrzehnte hinaus das Problem der schnellen Verlegung von Reserven in die BRD hinreichen gelöst. Der Lufttransport einer Divisionsmannschaft in die BRD dauert bis 1968 noch 13 Tage. Mit der ab 1969 an die Truppe ausgelieferten C-5A Galaxy und der C-141 war es möglich geworden, die Transportzeit auf 5 Tage zu drücken. Doch zunächst langsam, dann aber Schlag auf Schlag ändert sich das Bild während der 2. Hälfte der 70er Jahre.

Im Jahre 1976 wird erstmals nicht mehr die 1.InfDiv, sondern eine andere Einheit verlegt. 1978 sind es 13000 GIs. Die Zerstörung der Rheinbrücken wird simuliert; US-Pioniere bauen Behelfsbrücken, um das schwere Gerät auf der Straße nach Osten schaffen zu können. Ein Jahr später, zum ersten Mal seit 1973 wieder als Winterübung – jetzt mit über 14000 Mann. 60000 t an Ausrüstung werden in Amsterdam und Antwerpen per Schiff angelandet, statt der 37000 t ein Jahr zuvor. 1980 schließlich 16000 Mann, darunter zum ersten Mal Nationalgarde. Ein Infanteriebataillon wird über Luxemburg eingeflogen, um von dort unter Bedingungen chemischer Kriegsführung mit Kampfzonentransportern an die Front gebracht zu werden. Improvisation wird geübt, indem Rheinkähne für den Transport schweren Geräts eingesetzt werden. 1981 sollen sogar 17000 US-Soldaten eingeflogen werden.

REFORGER hat in ein paar Jahren seinen Charakter grundlegend geändert. Selbst von ,,Rückkehr" von ehemals abgezogenen Divisionen kann kaum mehr die Rede sein. Verbände betreten bei den Manövern deutschen Boden, die noch nie hier waren. War anfangs die politische Demonstration das Wesentliche, so ist REFORGER heute eine militärisch realitätsnahe Übung des BIG LIFT aller US-Divisionen, die als Reserve für Westeuropa bestimmt sind – unter kriegsmäßigen Bedingungen und mit der Stoppuhr in der Hand. Dabei ist diese Entwicklung noch gar nicht einmal der spektakulärste Ausdruck rasch anwachsender militärischer Kraftanstrengungen des US-Imperialismus. Was war geschehen? Hat der US-Imperialismus nach Indochina wieder Tritt gefaßt für eine strategische Offensive?

Die NATO-Führung spricht von einer militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa und von der Notwendigkeit zur eigenen ,,Nach"-Rüstung. Zu keinem Zeitpunkt haben die US-Imperialisten zu einer anderen ,,Begründung" gegriffen, wenn es um ihre Aufrüstung ging. Warum sollte man ihnen das ausgerechnet jetzt abnehmen? Weil die offizielle Einschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse durch die NATO recht genau den Tatsachen entspricht. Detaillierte Analysen, für die hier nicht der Platz ist, lassen m.E. keine andere Schlußfolgerung zu. Erstmalig seit etwa Mitte der 70er Jahre haben sowjetische Pläne der militärischen Eroberung Westeuropas ernsthafte Aussichten auf Erfolg. In einer beispiellosen Rüstungsanstrengung hat sich die Sowjetunion in den Jahren des Indochinakrieges und der Entspannungspolitik das erforderliche militärische Potential dafür geschaffen. Der in der Kennedy-Ära erreichte Vorsprung der USA in

uhr in der Hand. Dabei ist diese Entwicklung noch gar nicht einmal der spektakulärste Ausdruck rasch anwachsender militärischer Kraftanstrengungen des US-Imperialismus. Was war geschehen? Hat der US-Imperialismus nach Indochina wieder Tritt gefaßt für eine strategische Offensive?

Die NATO-Führung spricht von einer militärischen Überlegenheit des Warschauer Paktes in Mitteleuropa und von der Notwendigkeit zur eigenen ,,Nach"-Rüstung. Zu keinem Zeitpunkt haben die US-Imperialisten zu einer anderen ,,Begründung" gegriffen, wenn es um ihre Aufrüstung ging. Warum sollte man ihnen das ausgerechnet jetzt abnehmen? Weil die offizielle Einschätzung der militärischen Kräfteverhältnisse durch die NATO recht genau den Tatsachen entspricht. Detaillierte Analysen, für die hier nicht der Platz ist, lassen m.E. keine andere Schlußfolgerung zu. Erstmalig seit etwa Mitte der 70er Jahre haben sowjetische Pläne der militärischen Eroberung Westeuropas ernsthafte Aussichten auf Erfolg. In einer beispiellosen Rüstungsanstrengung hat sich die Sowjetunion in den Jahren des Indochinakrieges und der Entspannungspolitik das erforderliche militärische Potential dafür geschaffen. Der in der Kennedy-Ära erreichte Vorsprung der USA in
der Kernwaffen- und Raketenrüstung wird zum Ende der 60er Jahre eingeebnet und bis heute durch eine Pattsituation bei den globalstrategischen Waffensystemen abgelöst. Eine deutliche quantitative konventionelle Unterlegenheit der NATO-Streitkräfte in Europa existiert bereits seit den Tagen der Demobilisierung der US-Streitkräfte 1947. Dieser Sachverhalt wurde weder vom Warschauer Pakt noch von der NATO jemals in Zweifel gezogen; weder während der Phase der Entspannungspolitik, als er von der NATO-Führung eher verharmlost wurde, noch heute, wo er eher dramatisiert wird. Die NATO-Führung ging dabei aus von der eigenen qualitativen *Überlegenheit*, die eine quantitative *Unterlegenheit* von selbst 1:3 immer noch kompensiere, der mangelnden Fähigkeit der sowjetischen Streitkräfte zur Führung eines langdauernden Auszehrungskrieges und der eigenen Überlegenheit bei dieser Art Kriegsführung aufgrund der beträchtlich größeren materiellen und personellen Ressourcen der Allianz – können diese erst einmal mobilisiert werden. Die NATO in der Vorneverteidigung also allemal kampfkräftig genug, um im hinhaltenden Kampf genügend Zeit zu schinden zur Heranführung der Reserven aus den USA. Gelingt das nicht, bleibt die Drohung mit den Kernwaffen.

Einige Entwicklungen auf sowjetischer Seite, deren militärische Bedeutung sich mit Panzer- und Raketenzählerei nicht hinreichend ausloten läßt, sind dabei, diese Konstellation aus den Angeln zu heben. Die Sowjets haben vor allem qualitativ weitgehend aufgeholt. Das Heranschaffen von Reserven in kürzester Zeit ist in großem Maßstabe möglich. Zu entscheiden, wer bei

Die jährlichen REFORGER-Manöver seit 1969 bieten ein halbes Jahrzehnt lang keinen Anlaß für gesteigerte Aufmerksamkeit: Der US-Imperialismus demonstriert betont routinemäßig seine Fähigkeit, die 1. mech.InfDivision, die er auf dem Höhepunkt des Vietnamkrieges aus der BRD abgezogen hatte, in die BRD zurückzuschaffen: regelmäßig zwischen 10 und 12000 Mann. In der Manöverberichterstattung ist häufig mehr die Rede von ,,Gewöhnung an europäische Verhältnisse", Sichkennenlernen von Deutschen und Amerikanern und dergleichen als vom militärischen Zweck. Die Phase der Entspannungspolitik hinterläßt ihre Spuren. Gestützt auf die bahnbrechenden technologischen Entwicklungen im Großflugzeugbau von 1969 scheint auf Jahrzehnte hinaus das Problem der schnellen Verlegung von Reserven in die BRD hinreichen gelöst. Der Lufttransport einer Divisionsmannschaft in die BRD dauert bis 1968 noch 13 Tage. Mit der ab 1969 an die Truppe ausgelieferten C-5A Galaxy und der C-141 war es möglich geworden, die Transportzeit auf 5 Tage zu drücken. Doch zunächst langsam, dann aber Schlag auf Schlag ändert sich das Bild während der 2. Hälfte der 70er Jahre.

den Landstreitkräften qualitativ die Nase vorn hat, ist am Schreibtisch praktisch unmöglich geworden. (1) Ein wesentliches Kalkül der NATO-Strategie, nämlich mit einiger Sicherheit in den ersten Kriegstagen die vermutlich kriegsentscheidende Luftherrschaft zu gewinnen, ist mehr als fragwürdig geworden. Der rasch schwindende qualitative Rückstand der sowjetischen Luftwaffe ist begleitet von einer deutlichen Überzahl an Kampfflugzeugen. (2) Die Umstellung der Luftverteidi-

den Landstreitkräften qualitativ die Nase vorn hat, ist am Schreibtisch praktisch unmöglich geworden. (1) Ein wesentliches Kalkül der NATO-Strategie, nämlich mit einiger Sicherheit in den ersten Kriegstagen die vermutlich kriegsentscheidende Luftherrschaft zu gewinnen, ist mehr als fragwürdig geworden. Der rasch schwindende qualitative Rückstand der sowjetischen Luftwaffe ist begleitet von einer deutlichen Überzahl an Kampfflugzeugen. (2) Die Umstellung der Luftverteidi-
gung auf hochmobile Fla-Waffensysteme der Bodentruppen setzt zudem das Gros der Abfangjäger für offensive Aufgaben frei. Die Fähigkeit zur Führung eines Blitzkrieges ist aufgrund einer in der NATO nicht erreichten Mobilisierungszeit von nur etwa einem halben Tag bei den sowjetischen Streitkräften in der DDR erheblich gewachsen. Die CSSR-Invasion zeigt zudem, wie die WP-Streitkräfte aus einem Manöver heraus gewissermaßen aus dem Stand angreifen können. Gravierender jedoch ist die Aussicht, daß auch ein Scheitern eines sowjetischen Blitzkrieges mit einiger Sicherheit nicht mehr gleichbedeutend mit einer sowjetischen Kriegsniederlage ist, da insbesondere die logistischen Verbesserungen der letzten Jahre einen längeren Atem ermöglichen.

Diese Entwicklung läßt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die ganze kunstvolle Konstruktion der NATO-Strategie zusehends in sich zusammenklappen: Aufgrund des jahrelang recht stabilen nuklearstrategischen Patts zwischen den beiden Supermächten hat die US-Drohung mit dem großen Kernwaffenschlag beträchtlich an Wirkung eingebüßt. Die konventionelle sowjetische Überlegenheit zwingt – nach der abartigen Logik der NATO-Strategie – die militärische Führung zum Einsatz atomarer Gefechtsfeldwaffen voraussichtlich sogar in den allerersten Kriegstagen. Dabei kommt der Einsatz dieser Waffe einer Verzweiflungstat gleich, da nicht ausgemacht ist, ob die Schädigung des Kriegsgegners überhaupt größer sein wird als die Schädigung der eigenen Kräfte. Viel spricht sogar dafür, daß ihr Einsatz direkt den Zusammenbruch der ,,Verteidigung" Westdeutschlands vor allem aufgrund

des Zusammenbruchs des Hinterlandes herbeiführt. Das erreichte Ausmaß an konventioneller Unterlegenheit entlarvt gleichsam die taktische Nuklearstreitmacht der NATO als wesentlich politische, als Abschreckungswaffe, die ihre Abschreckungskraft in dem Maße einbüßt, in dem sich die Schlagkraft der NATO auf diese Waffe reduziert.

Der militärische Handlungsspielraum der NATO-Führung droht trotz ihrer Kommandogewalt über die nach

des Zusammenbruchs des Hinterlandes herbeiführt. Das erreichte Ausmaß an konventioneller Unterlegenheit entlarvt gleichsam die taktische Nuklearstreitmacht der NATO als wesentlich politische, als Abschreckungswaffe, die ihre Abschreckungskraft in dem Maße einbüßt, in dem sich die Schlagkraft der NATO auf diese Waffe reduziert.

Der militärische Handlungsspielraum der NATO-Führung droht trotz ihrer Kommandogewalt über die nach
wie vor größte und modernste Militärstreitmacht des Westens gegen Null zu gehen.

Eine neue Strategie steht noch nicht in der Bresche; aber deren Elemente, die anhand der US-Initiativen heute schon auszumachen sind, lassen zwei Tendenzen erkennen:

1. Die Komponente der Abschreckung tritt zurück hinter konkrete Maßnahmen zur Herstellung einer tatsächlichen Kriegsfähigkeit der NATO-Verbände.

2. Das Grundkonzept der NATO-Strategie bleibt dabei unangetastet, wodurch die Krise dieser Strategie nur kurzfristig abgeschwächt, aber verlängert wird.

Dafür sprechen folgende Indizien: Die Entwicklung neuer chemischer Waffen und der Neutronengefechtsfeldwaffe durch die USA soll erstmals auf dem Gefechtsfeld Mitteleuropa militärisch wirklich einsetzbare Massenvernichtungswaffen bereitstellen. Die durch Pershing 2 und Cruise Missiles wieder aussichtsreiche Eindringfähigkeit der amerikanischen Nuklearstreitmacht in der Tiefe des sowjetischen Hinterlandes und ihre Treffgenauigkeit sollen die Bekämpfung etwa der sowjetischen Aufmarschgebiete, der Raketenstellungen im westlichen Rußland und der Befehlszentren zu einer militärisch machbaren Aufgabe unterhalb der Schwelle des allgemeinen Nuklearkrieges machen. An Umfang und Bedeutung deutlich größer ist die konventionelle Aufrüstung der US-Streitkräfte. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird die Mannschaftsstärke der US-Truppen Jahr für Jahr wieder erhöht. 1978 bereits 234000, 1980 gar 244000, nur noch rund 20000 weniger als 1964, kurz vor dem Aufbau der Bodentruppen in Vietnam. Die Struktur und Waffentechnologie der Army, die seit dem Indochinakrieg keine grundlegende Veränderung erfahren hat, wird für den Kampf verbundener Waffen auf dem Gefechtsfeld Mitteleuropa ausgerichtet und ausgerüstet. (3)

Man muß das Rüstungsprogramm der US-Imperialisten schon als Ganzes, ja, bis ins Detail untersuchen, um ihm auf die Spur zu kommen. Denn die dramatischen Bestandteile, die zu Recht breite Empörung hervorrufen, wie etwa die Neutronen-,,Bombe" und die Pershing-Raketen, bieten, isoliert betrachtet, allzuviel Spielraum für allerlei Mißdeutungen der Absichten und Möglichkeiten des US-Imperialismus. Moralische Entrüstung beispielsweise entzündet sich nicht so leicht an solchen Maßnahmen wie der Auffüllung der Ersatzteil- und Munitionsdepots und der Vergrößerung der Lazarettkapazitäten u.ä., obgleich bei nüchterner Untersuchung gerade diese Maßnahmen mehr über das ganze Programm verraten als die Neutronen-,,Bombe". Alle Bestandteile der Nachrüstung finden ihren gemeinsamen Nenner in der Absicht, die vorhandenen Mängel und Defizite der US-Streitkräfte zu beseitigen, die zutage treten, wenn nicht bloß die Abschreckungspotenz gegenüber dem Gegner, sondern die tatsächliche Kriegsbereitschaft als Elle angelegt wird.

Die Wirksamkeit der daraufhin bereits ergriffenen Maßnahmen kann hier nicht erörtert werden. Festzuhalten wäre aber, daß sie aus der Lage spürbarer Unterlegenheit, als Reaktion auf die Entfaltung der sowjetischen Militärmacht ergriffen wurden, woran auch die Tatsache vorerst nichts ändert, daß die US-Imperialisten damit in einigen Punkten wiederum militärische Vorteile erzielen konnten, wie z.B. in der Technik der Mittelstreckenraketen, wo, wenn man so will, ,,Nach"-Rüstung zugleich ,,Vor"-Rüstung ist.

Trotz der Verstärkung der US-Truppen in der BRD und der zahlreichen Bemühungen zur Lösung der Personalprobleme der Streitkräfte prägt die Methode der Kompensation militärischer Unterlegenheit durch mehr oder verbesserte Waffentechnologie auch das Rüstungsprogramm der frühen 80er Jahre. In der Tat sind die Probleme, die etwa der Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA im Wege stehen, nicht ursächlich militärischer Natur und auch wenig durch das Pentagon beeinflußbar. Da die US-Imperialisten offenbar keine gründliche Revision der NATO-Strategie verfolgen – was wohl auch nur auf Druck der Völker Westeuropas möglich wäre – müssen sie bei anhaltendem Mangel an ,,Menschenmaterial" für ihre Version der ,,Verteidigung" Europas nach

reits ergriffenen Maßnahmen kann hier nicht erörtert werden. Festzuhalten wäre aber, daß sie aus der Lage spürbarer Unterlegenheit, als Reaktion auf die Entfaltung der sowjetischen Militärmacht ergriffen wurden, woran auch die Tatsache vorerst nichts ändert, daß die US-Imperialisten damit in einigen Punkten wiederum militärische Vorteile erzielen konnten, wie z.B. in der Technik der Mittelstreckenraketen, wo, wenn man so will, ,,Nach"-Rüstung zugleich ,,Vor"-Rüstung ist.

Trotz der Verstärkung der US-Truppen in der BRD und der zahlreichen Bemühungen zur Lösung der Personalprobleme der Streitkräfte prägt die Methode der Kompensation militärischer Unterlegenheit durch mehr oder verbesserte Waffentechnologie auch das Rüstungsprogramm der frühen 80er Jahre. In der Tat sind die Probleme, die etwa der Wiedereinführung der Wehrpflicht in den USA im Wege stehen, nicht ursächlich militärischer Natur und auch wenig durch das Pentagon beeinflußbar. Da die US-Imperialisten offenbar keine gründliche Revision der NATO-Strategie verfolgen – was wohl auch nur auf Druck der Völker Westeuropas möglich wäre – müssen sie bei anhaltendem Mangel an ,,Menschenmaterial" für ihre Version der ,,Verteidigung" Europas nach
wie vor das ,,dual basing" als ein Kernstück der NATO-Strategie beibehalten: Vorauseinlagerung von schwerem Kriegsgerät in der BRD und schnelle Verlagerung dorthin im Kriegsfall.

Die gleiche Entwickung, die die REFORGER-Operation zu einer Dauernotlösung macht, treibt zugleich die Aufgaben für die Logistik in solche Größenordnungen, daß die US-Kriegsmaschine zum ersten Mal seit dem 2. Weltkrieg auch technologisch an ihre Grenzen stößt:

Der erste Schritt zur Aufstockung der US-Streitmacht in Westeuropa wurde mit der ständigen Verlegung der ,,Brigade 75" (3.Brig.d.2.PzDiv in Garlstedt bei Bremen) und der ,,Brigade 76" (4.Brig.d.4.mech.InfDiv in Wiesbaden-Erbenheim) in die BRD gemacht. Sie sind die Vorauskommandos, die Truppenkerne, um die herum im Kriegsfall die zwei Divisionen des 3. US-Korps aufgefüllt werden sollen. Auch ihr schweres Gerät ist bereits in der BRD eingelagert. Dieses Projekt ,,Two plus Ten" unterscheidet sich vom REFORGER-Projekt vor allem dadurch, daß die Verbände des 3. Korps hier noch nie stationiert waren. Im Umfang wird dieses Projekt noch in den Schatten gestellt durch die jüngst beschlossene Vorauseinlagerung des Geräts von 3 weiteren Divisionen, die 1985 abgeschlossen sein soll. Damit wären im Kriegsfall nicht mehr rund 15000 (REFORGER) und auch nicht mehr zwischen 55 und 65000 (inkl. ,,Two plus Ten"), sondern (nach eigener Schätzung) insgesamt über 110000 US-Soldaten innerhalb weniger Tage über den Atlantik zu verfrachten – nicht eingerechnet die für Europa ausersehene ,,strategische Reserve" von 3 bis 5 Divisionen und nicht eingerechnet die Nationalgarde.

Hinzu kommt, daß die Entwicklung der Waffentechnologie in den letzten beiden Jahrzehnten das Gefechtsfeld und das Kriegsgeschehen erheblich verändert haben. Der Krieg, der seit dem 2. Weltkrieg noch am ehesten Vergleichsmaßstäbe für einen Krieg in Mitteleuropa hergibt, der Jom Kippur-Krieg 1973, versetzte die Militärs geradezu in Erstaunen. Die israelische Luftwaffe verlor in den ersten 72 Stunden am Suezkanal 25% ihrer Maschinen. Und innerhalb der ersten 2 Wochen war die Hälfte der schweren Waffen der ersten Staffeln der Heere außer Gefecht gesetzt. Mit solchen Zahlen war nie zuvor gerechnet worden. Anhand dieser Erfahrungen werden in US-Studien tägliche Verlustraten bei US-Kampfpanzern in Mitteleuropa von 5 bis 20% hochgerechnet. Weiter wird von der Annahme ausgegangen, daß eine einzige US-Division in einem Monat 36000 t an Treibstoff, 14000 t an Munition und 26000 t an anderen militärischen Gütern verbraucht. Im Indochinakrieg verflog die US-Air-Force im gleichen Zeitraum über 500000 t Flugkraftstoff. Mit einem vielfach so großen Einsatz insbesondere in den ersten Kriegswochen rechnen die Militärs in Europa. Angesichts der wackeligen Kalkulationsgrundlagen geben konkrete Zahlen nicht viel mehr her als die Dimension dessen, was die Logistik über den Atlantik zu schaffen hätte – aber immerhin: runde 20 Mio. t an Versorgungsgütern, Kampftruppen usw., die Hälfte davon aus den USA. Der Welt größtes Transportflugzeug schafft gerade 100 t.

Diese Lawine an Anforderungen an den strategischen Luft- und Seetransport der USA kann trotz größter Anstrengungen auf diesem Gebiet nur noch zu einem Bruchteil bewältigt werden. In diese schwache Flanke der NATO stößt die sowjetische Militärmacht mit einer Offensive, die von einigen NATO-Militärs als die größte militärische Kräfteverschiebung seit dem 2. Weltkrieg bezeichnet wird – mit der Flottenrüstung der Sowjetmarine. Diesen beiden Entwicklungen, die REFORGER und ,,dual basing" in die Krise bringen, soll im letzten Teil dieser Artikelserie nachgegangen werden.

(1) Das Gros der Standardausrüstung an Kampffahrzeugen der sowjetischen Armee wurde in der Mitte und in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Dienst gestellt und war seinerzeit meist konkurrenzlos: z.B. der Panzerkampfwagen T-72; der erste echte Schützenpanzer überhaupt, der BMP-1, und der zumindest bis zur Einführung des westdeutschen ,,Gepard" beste Flakpanzer ZSU-23-4. Wenn dieser waffentechnologische Vorsprung heute von seiten der NATO hier und da eingeholt wurde, dann nur in einem Ausmaß, das kein echtes Gegenge-

t an Versorgungsgütern, Kampftruppen usw., die Hälfte davon aus den USA. Der Welt größtes Transportflugzeug schafft gerade 100 t.

Diese Lawine an Anforderungen an den strategischen Luft- und Seetransport der USA kann trotz größter Anstrengungen auf diesem Gebiet nur noch zu einem Bruchteil bewältigt werden. In diese schwache Flanke der NATO stößt die sowjetische Militärmacht mit einer Offensive, die von einigen NATO-Militärs als die größte militärische Kräfteverschiebung seit dem 2. Weltkrieg bezeichnet wird – mit der Flottenrüstung der Sowjetmarine. Diesen beiden Entwicklungen, die REFORGER und ,,dual basing" in die Krise bringen, soll im letzten Teil dieser Artikelserie nachgegangen werden.

(1) Das Gros der Standardausrüstung an Kampffahrzeugen der sowjetischen Armee wurde in der Mitte und in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Dienst gestellt und war seinerzeit meist konkurrenzlos: z.B. der Panzerkampfwagen T-72; der erste echte Schützenpanzer überhaupt, der BMP-1, und der zumindest bis zur Einführung des westdeutschen ,,Gepard" beste Flakpanzer ZSU-23-4. Wenn dieser waffentechnologische Vorsprung heute von seiten der NATO hier und da eingeholt wurde, dann nur in einem Ausmaß, das kein echtes Gegenge-
wicht mehr bildet zur Anzahl, in der diese sowjetischen Waffen in den 70er Jahren dann produziert werden. Die allerjüngste Entwicklung, der Kampfpanzerbau, markiert etwa durch den westdeutschen ,,Leopard II" und den sowjetischen T-80, wird von Fachleuten meist als technologisches Kopf-an-Kopf-Rennen eingeschätzt.

(2) Die bislang deutlichste und durchgängige Schwäche der taktischen Kampfflugzeuge der sowjetischen Luftwaffe, die geringe Zuladung an Waffen, wurde bis zu den jüngsten Flugzeuggenerationen schrittweise verringert. Der sowjetischen MIG 23 ,,Flogger" etwa wird eine den NATO-Typen ebenbürtige elektronische Abwehr- und Kampfausrüstung bescheinigt – sieht man von der nagelneuen amerikanischen F-15 ab. Diese ist aber die reichlich späte amerikanische Antwort auf die MIG 25 ,,Foxbat", die ca. 1970 an die Luftwaffe ausgeliefert wurde und damals als der beste Abfangjäger der Welt taxiert wurde und deshalb beträchtliche Aufregung in den NATO-Stäben verursachte. Mit der nächsten sowjetischen Kampfflugzeuggeneration wird allgemein zur Mitte der 80er Jahre gerechnet.

(3) Unbestreitbar schlägt sich in einer ganzen Reihe von Punkten die technologische Potenz der USA auch in der US-Army nieder. So sind die USA offenbar in der Entwicklung von Präzisionslenkwaffen, die voraussichtlich das Gefechtsfeld der nächsten Zukunft umkrempeln werden, führend. Das Rückgrat einer modernen Armee, die Panzerwaffe, Schützenpanzer, hochmobile Feldflugabwehr usw., war in der US-Army aber teilweise hochgradig veraltet oder schlecht ausgerüstet und wird erst in diesen Tagen von Grund auf umgerüstet. Dabei erhält sie mit Ausrüstung u.a. durch einen regulären Kampfschützenpanzer als letzte der großen Militärmächte der Welt ein Waffensytem, das den Einsatz der Infantrie im Verbund mit der Panzerwaffe gestattet – eine Kampftaktik, die in der sowjetischen Armee bereits vor Jahrzehnten eingeführt wurde.

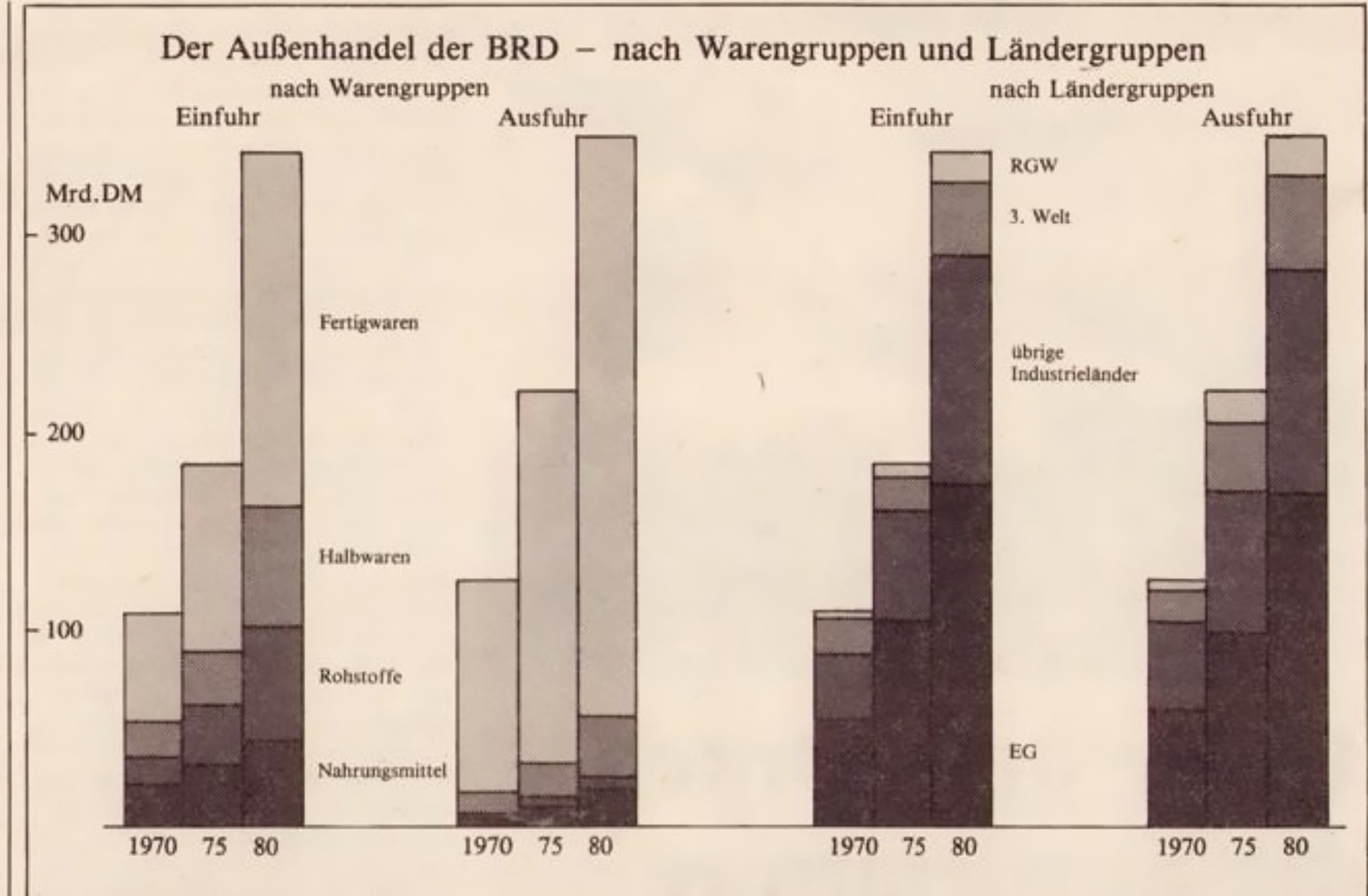
OPEC-Konferenz gescheitert – Verstärkter Kampf um Ölmarkt

vol. Die von Nigeria einberufene Konferenz der OPEC, um sich auf einen einheitlichen Preis und Mengenabsprachen zu einigen, ist gescheitert. Unmittelbar verantwortlich für das Scheitern soll die Haltung Venezuelas gewesen sein, einen Preis von 34 Dollar auf keinen Fall zu akzeptieren.

Nach der Konferenz ist die Lage für die Mehrzahl der OPEC-Länder schwieriger denn je. Es herrscht eine tägliche Überproduktion von Öl von ca. 3 Mio. barrel (Faß = 159 l). Auch der Beschluß Saudi-Arabiens, seine Produktion um 1 Mio. barrel/Tag zu senken, wird daran wenig ändern, eher wird sich die Überproduktion aufgrund der Konjunkturentwicklung verschärfen.

In erster Linie für Nigeria, Libyen, den Iran und Irak wird diese Überproduktion hart treffen: Nigeria verkauft statt 2 Mio. barrel nur noch 700000 pro Tag, Libyen statt 1,4 Mio. ca. 450000, die Zahlen vom Iran und Irak sind nicht bekannt. Die Haushaltsplanungen dieser Länder sind mit dieser Entwicklung vollständig fehlgeschlagen, der Verschuldungsgrad und die Erpreßbarkeit werden rapide anwachsen.

Die Ölkonzerne sind der Hauptgewinner in dieser Lage. Sie überlegen sich, um den Konkurrenzdruck noch zu erhöhen, weniger langfristige Lieferverträge mit den OPEC-Staaten abzuschließen und statt dessen am Spot-Markt einzukaufen. Dies würde die Unsicherheit in den OPEC-Staaten zusätzlich verstärken und eine Politik zur Enwicklung der Länder zusätzlich gefährden. Algerien und Libyen versuchen deshalb langfristige Tauschverträge – Öl gegen bestimmte Industrieerzeugnisse – abzuschließen: Algerien mit Japan, Libyen mit Indien. Die Bereitschaft der Industriestaaten zu solchen Verträgen ist sehr gering, schon gibt es Gerüchte, daß selbst der Preis Saudi-Arabiens mit 32 Dollar noch zu hoch sei.



Der Bosch Konzern hat eine 25% Beteiligung an Telefonbau und Normalzeit, die zum AEG-Konzern gehört, bekanntgegeben. ITT, die über Standard Elektrik Lorenz (SEL) sich diesen profitablen Teil des kaputtgehenden AEG-Konzerns aneignen wollte, wurde aus dem Feld geschlagen. Manager dieses stückweisen Verkaufs ist die Dresdner Bank, die die AEG in den Händen hat.

Auf der Energiekonferenz in Nairobi haben sich die Industrieländer durchgesetzt. Konsequenz sind eine Reihe von unbestimmten Absichtserklärungen, die Einrichtung eines Interimausschusses der UN, der das Problem weiter verfolgen soll. Zusätzliche Mittel zur Finanzierung für die Länder der 3. Welt und ein eigener Fonds dafür konnten nicht gegen die USA und die UdSSR durchgesetzt werden.

Die Zahl der Konkurse in der BRD ist um 20% gestiegen. Im ersten Halbjahr gingen 5335 Unternehmen in Konkurs, führend die Bauindustrie mit knapp 900 Unternehmen.

Rückblick der Woche

Die Konzentrations- und Zentralisationswelle auf dem Weltmarkt rollt. Das Kartellamt in der BRD hat den faktischen Aufkauf der Kaufhof AG durch die Schweizer Metro gestatten müssen, da die Verträge das Kartellgesetz unterlaufen haben. Der Groß- und Einzelhandel befürchtet jetzt eine Serie von Bankrotten, weil die Macht dieser Verbindung sowohl als Aufkäufer wie Verkäufer alles im Handel in der BRD in den Schatten stellt.

Die Deutsche Babcock hat zusammen mit einem französisch-deutschen Konsortium einen 700 Mio. Dollar Auftrag aus Südafrika erhalten. Es soll ein Kraftwerk für Südafrika gebaut werden.

Polens Eintritt in den IWF wird offensichtlich von den westlichen Industriestaaten zu einer Bedingung für weitere Kredite gemacht. Führend hierbei ist momentan die BRD als größter Schuldner. Der IWF soll aufgrund der Bitte westlicher Länder jetzt an den Umschuldungsverhandlungen als „Beobachter" teilnehmen. Die „großzügige Wirtschaftshilfe" der UdSSR für Polen entpuppt sich bei näherer Analyse als reine Finanzierung des eigenen Exports nach Polen. Dieser ist gegenüber dem Vorjahr um 20% gestiegen, während die Exporte Polens in die UdSSR um 15% gesunken sind.

„Beschäftigungsprogramm" nimmt Formen an

vol. In den Beratungen zwischen dem Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsminister in dieser Woche soll ein Programm zur Beförderung des Profits als „Beschäftigungsprogramm" aus der Taufe gehoben werden. Neben der schon bekannten Erhöhung der degressiven Abschreibung, die steuersparend bei den Kapitalisten wirkt, sollen folgende, z.T. schon seit längerer Zeit beschlossene Maßnahmen als ein solches Programm gefeiert werden: das Stahlprogramm zur Subventionierung der Umrüstung der Krupp und Hoesch Konzerne, ein Programm zur Beförderung des Einsatzes der Mikroelektronik, ein Energiesparprogramm, ein Abwasser- und Lärmschutzprogramm. Insbesondere das Programm zur Beförderung der Anwendung von Mikroelektronik wirft ein nettes Licht auf die Beschäftigungswirkung dieser Planungen, nämlich Beschleunigung der Freisetzung der Arbeiter. Lambsdorffs neuester Vorschlag ist die Erhöhung der Abschreibungen von 3,5 auf 5 bis 6% bei Betriebsgebäuden und Wohnhäusern. Dies hätte eine neue Welle von Mietpreissteigerungen zur Folge, weil aufgrund höherer Abschreibungen die Kostenmiete steigt.

UNCTAD-Bericht: Wirtschaftliche Entwicklung der 3. Welt

vol. Positiv hat sich in den letzten Jahrzehnten die Zusammenarbeit zwischen den Ländern der 3. Welt entwickelt. Der Anteil von industriell produzierten Fertigwaren am Handel zwischen der 3. Welt ist von 27% 1960 auf 51% Ende der 70er Jahre gestiegen. Allerdings besteht die Gefahr laut UNCTAD, daß das Wachstum der Entwicklungsländer nicht die erforderliche Höhe erreicht, um Arbeitslosigkeit auf großer Stufenleiter in den Ländern der 3. Welt zu verhindern. Es müßte eine Wachstumsrate von über 6% erreicht werden, tatsächlich liegt sie aber jetzt bei 4,2%. Hauptursache laut UNCTAD ist die Knappheit an Kapital, die sich zunehmend verschärft.

Stahlindustrie: Steigende Preise, Aktienkurse und Fusionsgerüchte
Stahlpaket der Bundesregierung / IGM konzeptionslos / Von Bernd Schwingboth
Vor Urlaubsantritt Mitte Juli war es in Bonn zu dem vom Vorstand der IG Metall angestrebten Gespräch „aller Beteiligten" über die Lage in der Stahlindustrie gekommen: Dr. Spethmann, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Dr. Köhler,
plante Preiserhöhung auf den 1.11. (außer Betonstahl) verschoben.
Ende Juli schnürte dann die Bundesregierung ihr „Stahlpaket" auf:
– vierjähriges Stahlforschungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 600 Mio. DM, wobei in der Regel die Zuschüsse bei höchstens 50% der Inve-
Stahlindustrie beschäftigte Arbeiter und (wahrscheinlich auch) Angestellte bei Sicherung des Reallohns von 90% mit 55 Jahren in Rente gehen können, was aus EG- und Bundesmitteln finanziert wird. Das wurde verständlicherweise von der IGM begrüßt und fand bei Hoesch und Krupp ein positives
erklärte die Deutsche Bank gegenüber Hoesch, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen keine weiteren Kredite geben werde und erklärte die Krupp GmbH, die Holding-Mutter der Krupp Stahl AG, daß es keine Verlustübernahme mehr geben werde. Damit wurden die Umstrukturierungspläne erzwungen. Mit den staatlichen Subventionsauflagen wird jetzt nachgefaßt. Unterdessen geht beim Hoeschkonzern der Ausverkauf weiter: Mitte Juli wurden 49% oder 83,5% Beteiligung der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke AG in Dornap bei Wülfrath verkauft, deren Aktienkapital sich auf 63 Mio.
senen Strukturprogramme für Dortmund und Bochum erneut über den Haufen geworfen, werden bald schon neue Pläne über „unvermeidliche" Belegschaftsverringerungen auf den Tisch kommen, und speziell für Dortmund nimmt das Ende als Stahlstandort erneut konkrete Formen an, denn integrierte Hüttenwerke heutigen Typs mit einer Jahreskapazität von unter 4 Mio. Tonnen gelten als unrentabel ...
Das Vorgehen des Vorstandes der IGM, speziell von Rudi Judith, der verantwortlich im Stahlsektor arbeitet, scheint mir kritikwürdig. Als Kriterien für die Stahlsanierung hatte die IGM
Markt einzukaufen. Dies würde die Unsicherheit in den OPEC-Staaten zusätzlich verstärken und eine Politik zur Enwicklung der Länder zusätzlich gefährden. Algerien und Libyen versuchen deshalb langfristige Tauschverträge – Öl gegen bestimmte Industrieerzeugnisse – abzuschließen: Algerien mit Japan, Libyen mit Indien. Die Bereitschaft der Industriestaaten zu solchen Verträgen ist sehr gering, schon gibt es Gerüchte, daß selbst der Preis Saudi-Arabiens mit 32 Dollar noch zu hoch sei.
Händen hat.
Auf der Energiekonferenz in Nairobi haben sich die Industrieländer durchgesetzt. Konsequenz sind eine Reihe von unbestimmten Absichtserklärungen, die Einrichtung eines Interimausschusses der UN, der das Problem weiter verfolgen soll. Zusätzliche Mittel zur Finanzierung für die Länder der 3. Welt und ein eigener Fonds dafür konnten nicht gegen die USA und die UdSSR durchgesetzt werden.
Die Konzentrations- und Zentralisationswelle auf dem Weltmarkt rollt. Das Kartellamt in der BRD hat den faktischen Aufkauf der Kaufhof AG durch die Schweizer Metro gestatten müssen, da die Verträge das Kartellgesetz unterlaufen haben. Der Groß- und Einzelhandel befürchtet jetzt eine Serie von Bankrotten, weil die Macht dieser Verbindung sowohl als Aufkäufer wie Verkäufer alles im Handel in der BRD in den Schatten stellt.
Kredite gemacht. Führend hierbei ist momentan die BRD als größter Schuldner. Der IWF soll aufgrund der Bitte westlicher Länder jetzt an den Umschuldungsverhandlungen als „Beobachter" teilnehmen. Die „großzügige Wirtschaftshilfe" der UdSSR für Polen entpuppt sich bei näherer Analyse als reine Finanzierung des eigenen Exports nach Polen. Dieser ist gegenüber dem Vorjahr um 20% gestiegen, während die Exporte Polens in die UdSSR um 15% gesunken sind.
schen der 3. Welt ist von 27% 1960 auf 51% Ende der 70er Jahre gestiegen. Allerdings besteht die Gefahr laut UNCTAD, daß das Wachstum der Entwicklungsländer nicht die erforderliche Höhe erreicht, um Arbeitslosigkeit auf großer Stufenleiter in den Ländern der 3. Welt zu verhindern. Es müßte eine Wachstumsrate von über 6% erreicht werden, tatsächlich liegt sie aber jetzt bei 4,2%. Hauptursache laut UNCTAD ist die Knappheit an Kapital, die sich zunehmend verschärft.

Stahlindustrie: Steigende Preise, Aktienkurse und Fusionsgerüchte

Stahlpaket der Bundesregierung / IGM konzeptionslos / Von Bernd Schwingboth

Vor Urlaubsantritt Mitte Juli war es in Bonn zu dem vom Vorstand der IG Metall angestrebten Gespräch „aller Beteiligten" über die Lage in der Stahlindustrie gekommen: Dr. Spethmann, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl und Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG, Dr. Köhler, Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung, sowie die Staatssekretäre Würzen (Wirtschaftsministerium), Schulmann (Finanzministerium) und Anke Fuchs (Sozialministerium) berieten mit Rudi Judith vom Vorstand der IG Metall die Lage.

Entgegen üblichen Gepflogenheiten und Erwartungen wurde über die Ergebnisse Stillschweigen gewahrt. Die Gerüchte blieben vage.

Dennoch lieferte die Stahlindustrie Markt und Börse reichlich Stoff: Die von Eurofer zum 1. Juli beschlossene Preiserhöhung für praktisch alle Walzstahlfertigerzeugnisse fand tatsächlich statt. Vor allem die IG Metall hatte die Durchsetzung von Preiserhöhungen verlangt, denn sie verurteilte die nichtkostendeckenden Stahlpreise als Kampfmittel einiger Stahlkonzerne: „Bewußt werden Verluste in Kauf genommen in der Hoffnung bzw. im Wissen, daß beim anderen die Verluste größer sind und somit irgendwann das finanzielle Aus kommen wird." (Judith, in IG Metall 15/81)

Für den 1. Oktober und den 1. Januar 1982 waren innerhalb Eurofer weitere Preiserhöhungen, zunächst im Oktober um durchschnittlich 50 bis 60 DM je Tonne, vereinbart worden. Die Tatsache der gestiegenen Stahlpreise und weiterer Preissteigerungsabsichten sowie die Gerüchte um den Umfang staatlicher Subventionen brachten den Kursen der Stahlaktien eine unerwartete Sommer-Hausse: Im Schnitt um 20% stiegen die Kurse gegenüber dem Jahrestiefststand im Frühjahr. Wahrscheinlich vor allem auf Druck von Thyssen wird jetzt die für den 1.10. geplante Preiserhöhung auf den 1.11. (außer Betonstahl) verschoben.

Ende Juli schnürte dann die Bundesregierung ihr „Stahlpaket" auf:

– vierjähriges Stahlforschungsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 600 Mio. DM, wobei in der Regel die Zuschüsse bei höchstens 50% der Investitionen liegen sollen.

– verbesserte Sozialmaßnahmen im Gesamtvolumen von 280 Mio. DM für den gleichen Zeitraum.

– Investitionszulagen für Ersatzarbeitsplätze an Stahlstandorten in Höhe von 8,75%

– Investitionszulagen für Umstrukturierungen im Stahlbereich in Höhe von 10%, wobei hier „betriebsübergreifende" Investitions- und Produktionsplanung verlangt wird.

Das Gesamtvolumen dieses Stahlpakets wird auf rund 1,8 Mrd. DM bis knapp 2 Mrd. DM geschätzt, je nach dem Umfang der tatsächlichen Investitionen und der entsprechenden Beihilfen.

Die Reaktionen waren wie gesagt äußerst unterschiedlich: Im gesamt-kapitalistischen Interesse polemisierte die FAZ gegen den „Unfug mit Subventionen", erklärte der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl am nächsten Tag: „zu spät und zu wenig", während Spethmann wiederum zwei Wochen später der Bundesregierung bescheinigte, sie sei „auf dem rechten Weg". Von seiten des Vorstandes der IGM kamen wohlwollende Kommentare. Von seiten des Vorstandes der Korf-Stahl AG wurde schließlich diese Woche eine Analyse verbreitet, wonach unter Berücksichtigung der Kürzungen der Kokskohlebeihilfe für die Jahre 1981/82 unter dem Strich nichts mehr von einem „Stahlprogramm" bliebe.

Woher diese unterschiedlichen Reaktionen:

– die Verbesserungen bei den Sozialmaßnahmen führen dazu, daß in der Stahlindustrie beschäftigte Arbeiter und (wahrscheinlich auch) Angestellte bei Sicherung des Reallohns von 90% mit 55 Jahren in Rente gehen können, was aus EG- und Bundesmitteln finanziert wird. Das wurde verständlicherweise von der IGM begrüßt und fand bei Hoesch und Krupp ein positives Echo, insofern damit die dort beschlossenen Sozialpläne mit Belegschaftsverringerungen von 8000 bzw. 5000 Beschäftigten in den Bereich der Realisierbarkeit kommen.

– Der Streitpunkt liegt bei den Investitionszulagen, wo Hoesch und Krupp wie auch andere „gezielte, unternehmensspezifische" Zuschüsse erwartet hatten und stattdessen jetzt Investitionszulagen für Umstrukturierungen daran gebunden werden, daß „betriebsübergreifende Planungen" vorliegen, damit aber werden insbesondere Hoesch und Krupp, die im Raum des mittleren und östlichen Ruhrgebietes die weitestgehenden Umstrukturierungspläne haben, zur Kooperation gezwungen.

Kaum war das Stahlprogramm analysiert und hatten Bundesregierung und Landesregierung NRW noch mal bekräftigt, daß es ihnen auf betriebsübergreifende Kooperation ankommt, schossen die Fusionsgerüchte ins Kraut: Die alte Kleeblatt-Lösung (Klöckner, Salzgitter, Hoesch und Krupp) wurde belebt oder die Dreier-Lösung (Klöckner/Salzgitter, Hoesch/Krupp und Thyssen) oder auch „nur" eine Fusion Hoesch und Krupp geisterten durch die Presse. Zweierlei scheint mir erstmal sicher zu sein: erstens wird es zu einer wachsenden Kooperation zwischen Hoesch und Krupp kommen und zweitens wird diese gegenwärtig vom Bankkapital erzwungen. Im Frühjahr, als Hoesch und die Krupp Stahl AG ihre katastrophalen Geschäftsberichte für das vergangene Jahr veröffentlichten und bekannt war, daß beide im laufenden Geschäftsjahr enorme Verluste machten, erklärte die Deutsche Bank gegenüber Hoesch, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen keine weiteren Kredite geben werde und erklärte die Krupp GmbH, die Holding-Mutter der Krupp Stahl AG, daß es keine Verlustübernahme mehr geben werde. Damit wurden die Umstrukturierungspläne erzwungen. Mit den staatlichen Subventionsauflagen wird jetzt nachgefaßt. Unterdessen geht beim Hoeschkonzern der Ausverkauf weiter: Mitte Juli wurden 49% oder 83,5% Beteiligung der Rheinisch-Westfälischen Kalkwerke AG in Dornap bei Wülfrath verkauft, deren Aktienkapital sich auf 63 Mio. DM beläuft. Und daß Hoesch seine 50prozentige Beteiligung bei Orenstein und Koppel „seit Monaten händeringend zum Verkauf" biete, während der Aktienkurs stetig fällt – unterstützt durch gezielte, düstere Unternehmensanalysen in der Fachpresse – konnte bisher kein noch so lautes Hoesch-Dementi widerlegen.

Von den verschiedenen Hoesch-Krupp-Kooperationsmodellen, die zur Zeit im Gespräch sind, ist das jüngste, wahrscheinlichste und unvernünftigste folgendes:

– erstens werden auf unterer Ebene verschiedene gemeinsame Betriebsführungsgesellschaften eingerichtet ähnlich der schon bestehenden 50:50 Tochter Vacmetall,

– zweitens wird nur in Dortmund und nicht mehr wie geplant auch in Bochum eine Durchlaufglühe gebaut und im Tausch dafür werden jährlich rund 1 Mio. t Stahl von Rheinhausen (Duisburg) nach Dortmund geliefert und die geplante Rohstahlkapazität in Dortmund noch mal von rund 4 auf dann 3 Mio. jato gesenkt.

Dieses letzte Modell ist deshalb wahrscheinlich, weil der NRW-Wirtschaftsminister schon ausdrücklich erklärte, daß zwei Durchlaufglühen (Stückkosten 250 Mio. DM) nicht subventioniert werden, der Hoogovenskonzern aber ausdrücklich auf Rohstahllieferungen nach Dortmund zwecks Auslastung der eigenen Anlagen bestanden hat. Unvernünftig ist das ökonomisch, weil dann jährlich eine Mio. t Vormaterial quer durchs Ruhrgebiet von Duisburg nach Dortmund gefahren wird. Vor allem aber werden bei diesem Modell die beschlossenen Strukturprogramme für Dortmund und Bochum erneut über den Haufen geworfen, werden bald schon neue Pläne über „unvermeidliche" Belegschaftsverringerungen auf den Tisch kommen, und speziell für Dortmund nimmt das Ende als Stahlstandort erneut konkrete Formen an, denn integrierte Hüttenwerke heutigen Typs mit einer Jahreskapazität von unter 4 Mio. Tonnen gelten als unrentabel ...

Das Vorgehen des Vorstandes der IGM, speziell von Rudi Judith, der verantwortlich im Stahlsektor arbeitet, scheint mir kritikwürdig. Als Kriterien für die Stahlsanierung hatte die IGM gefordert:

– keine Entlassungen und verbesserte Sozialpläne,
dort sind Erfolge erkennbar.

– Subventionen mit Beschäftigungsgarantien,
nichts zu sehen davon im „Stahlpaket".

– Arbeitszeitverkürzung,
außer früherer Sozialplanverrentung nichts.

– Ausbau der Mitbestimmung,
nichts erkennbar.

– europäische Koordination,
nichts erkennbar.

Zum offensiven Kampf für Erhalt und Ausbau der (Montan-)Mitbestimmung hat Rudi Judith kürzlich einen ziemlich hilflosen Aufruf (Interview in der Zeitschrift „Das Mitbestimmungsgespräch") veröffentlicht. Aber man kann solche Rechte nur verteidigen und erweitern im Kampf für faßbare soziale und politische Interessen der Arbeiterklasse und nicht als inhaltsleere Hülse. Schon vor einigen Wochen hatten verschiedene Belegschaftsversammlungen u.a. bei Klöckner in Bremen und bei den Hüttenwerken in Dortmund eine außerordentliche bundesweite Stahlkonferenz gefordert, um ein wirksames und einheitliches Konzept gegen die Sanierungspläne der Stahlkapitalisten auszuarbeiten. Das ist dringlicher geworden und unvermeidlich ist, daß die IG Metall und die entsprechenden Betriebsräte Einfluß nehmen auf die Umstrukturierungen, damit so ein Unsinn wie die geplante Hoesch-Krupp-Kooperation verhindert wird. Und dafür braucht man dann auch mehr Rechte als die Montanmitbestimmung.

Wohnungspolitik in Westberlin

Dreifach gespaltener Wohnungsmarkt / Luxusmodernisierung und Kahlschlagsanierung / Die Wohnungspolitik der CDU

wat. Westberlin. Ein schönes Erbe haben 30 Jahre sozialdemokratischer Wohnungspolitik hinterlassen. Die gesellschaftliche Aufgabe, ausreichend Wohnraum zur Verfügung zu stellen und zu erhalten, ist aus den Fugen geraten. 80% der Miete sind Zinskosten, und die zunehmende Verlagerung der Finanzierung des Wohnungsbaus auf Bankkredite hat zu einer Explosion der Kostenmiete von 3,30 DM/m² 1968 über 12 DM/m² 1972 auf 23 DM/m² geführt. Davon muß der Mieter derzeit 5,40 DM/m² tragen, der Rest wird vom Staat subventioniert. Das ergibt in Westberlin jährlich staatliche Zinssubventionen von einer knappen Milliarde DM. Da gleichzeitig verhindert werden konnte, daß in Westberlin der Weiße Kreis eingeführt wird, hat diese Entwicklung im geförderten Wohnungsbau den Wohnmarkt dreifach gespalten: den etwa 430000 Sozialwohnungen mit einer Meite von 5,40 DM/m² stehen 510000 Altbauwohnungen gegenüber, wo die Mieten um die 2,80 DM/m² liegen und es entwickelt sich langsam ein freier Wohnungsmarkt, wo Mieten zwischen 8 und 12 DM/m² gezahlt werden müssen. Von den im Jahre 1980 für Neubau vorgesehenen 7000 Sozialwohnungen konnten gerade Bewilligungen für 3000 Sozialwohnungen vergeben werden, da sich nicht mehr Bauherren fanden, die selbst zu der Kostenmiete von 23 DM/m² bauen wollten. Große Geldgeber wie die Lebensversicherungen haben sich vom Wohnungsbau zurückgezogen. Weder hat der Staat das Geld, auf Dauer die Subventionen zahlen zu können, noch findet sich das private Kapital, das im Wohnungsbau eine lohnende Anlage sieht. Auf der anderen Seite sind aufgrund der gestiegenen Mieten jetzt schon 11,5% der Westberliner auf Wohngeld angewiesen.

Verschärfend kommt die Frage der Instandsetzung und Modernisierung hinzu. In Westberlin mit dem hohen Anteil an Altbauten stellt sie sich besonders dringlich. Vom SPD-Senat waren systematisch Luxusmodernisierung und Kahlschlagsanierung gefördert worden. Das entsprach den Interessen der Hausbesitzer, weil bei einer kostspieligen Modernisierung auch notwendige Instandsetzungsarbeiten (die bis zu 40% der gesamten Kosten ausmachen dürfen, in Verbindung mit Denkmalschutz sogar bis 60%) vom Staat mitgefördert werden, die andernfalls die Hausbesitzer hätten allein tragen müssen. Nach dieser Logik besteht das Interesse darin, Häuser aufzukaufen, nicht instandzuhalten, zu entmieten, verrotten zu lassen, abzureißen und neu zu bauen. So ist es zum Leerstand von annähernd 1000 Häusern in Westberlin gekommen, von denen jetzt 164 besetzt sind. Nach den Subventionsgewinnen können sich die Sanierungsträger weitere Gewinne durch Verdoppelung bis Verdreifachung der Miete oder Umwandlung der Wohnung in Eigentumswohnung versprechen. Schon aus finanziellen Gründen kann nach dieser Methode die dringend notwendige Instandsetzung nicht erfolgen. Allein die Sanierung der östlichen Hälfte Kreuzbergs (Kreuzberg SO 36) würde gemäß den Programmen des SPD-Senats 1 Milliarde DM verschlingen.

1973–1977 wurden in den meisten Sanierungsgebieten Mieterinitiativen gegründet, die gegen eine Sanierung kämpfen, die durch Mieterhöhung und Vertreibung der früheren Mieter durchgeführt wird. Von den Mieterinitiativen ging der Kampf gegen die Einführung des Weißen Kreises in Westberlin aus, hierfür konnte im Laufe des letzten Jahres auch der Berliner Mieterverein, die größte Mieterorganisation, gewonnen werden. Der Mieterverein hat inzwischen 20000 Mitglieder, es gibt über 150 Mietergemeinschaften, in denen jeweils über 10 Mitglieder in einem Wohnkomplex zusammengeschlossen sind. Ebenfalls wurde von Mieterinitiativen in Kreuzberg 1979 nach langer Vorbereitung und Öffentlichkeitsarbeit die Instandbesetzungsbewegung begonnen, auf die sich im Moment die wohnungspolitischen Kämpfe konzentrieren. Zur Unterstützung dieser Bewegung konnte ebenfalls der Mieterverein gewonnen werden, der jetzt eine zentrale Rolle zur Organisierung der Patenschaften für besetzte Häuser spielt. Allmählich dringt die Diskussion über die Wohnungspolitik tief in die Gewerkschaften ein, die sozialdemokratische Position gerät ins Wanken. Verschiedene sozialdemokratische Wohnungspolitiker mußten auf öffentlichen Veranstaltungen eingestehen, daß ihre Politik in der Weise nicht mehr fortgeführt werden kann. Dennoch ist es nicht mehr vor den Wahlen gelungen, eine breite Einigung über eine Änderung der Wohnungspolitik zu erzielen.

Wohnungspolitik der CDU

Erst einmal regiert die CDU, und von ihr wird die Vorlage einer Konzeption verlangt. Schon im Wahlkampf hatte sie als oberstes Ziel „Wiederherstellung des Rechtsfriedens" gefordert und gedacht, sie könnte durch zügige Räumung der besetzten Häuser die gesamte Mieterbewegung einschüchtern und ihre reaktionäre Konzeption durchsetzen. Damit ist sie gescheitert, seit fast 2 Monaten hat es keine Räumung mehr gegeben, und mit jedem weiteren Tag wird es für sie schwieriger, Räumungen durchzuführen. So sieht sich die CDU in der verzweifelten Lage, sich einerseits mit der Mieterbewegung verständigen zu müssen und andererseits die Wohnungsfrage im Interesse des Kapitals zu lösen. Dadurch ist die Lage so gespannt wie noch nie. Weizsäcker hat über Altbischof Scharf erklären lassen, es würde nirgends ohne vorherige Verhandlungen geräumt, was jedoch ein Senatssprecher weder bestätigen noch dementieren wollte. Innensenator Lummer teilte mit, es würden Räumungstermine vor Räumungen bekanntgegeben werden. Die CDU windet und wendet sich. Bausenator Rastemborski wollte auf einer Veranstaltung am 21.8. in Kreuzberg zwar die Räumungsdrohung nicht zurückziehen, betonte aber, im Grunde habe er nur bezwecken wollen, auf die Notwendigkeit von Verhandlungen hinzuweisen, und wenn die erfolgreich verliefen, erübrige sich halt eine Räumung. Nach wie vor ist die Neue Heimat aber Verhandlungen ausgewichen und hat ihre Pläne immer noch nicht vorgestellt.

Die CDU hat keineswegs ihre Pläne aufgegeben. Das Programm lautet in etwa: Da die staatlichen Gelder beschränkt sind, muß die Förderung des sozialen Wohnungsbaus eingeschränkt werden. Das geht nur, wenn die Baugesellschaften den Wohnbau weniger auf Kredit finanzieren und dadurch die Zinskosten senken. Also müssen sie ihr Geld woanders hernehmen. Dazu sollen insbesondere ältere Sozialwohnungen und Altbauwohnungen aus ihrem Besitz verkauft werden (Umwandlung), wobei der Verkauf von 3–4 Wohnungen das Geld für den Neubau einer Wohnung liefern würde. Außerdem werde hierdurch das Problem der Fehlbelegung des sozialen Wohnungsbau beseitigt, daß zahlreiche Wohnungen von besserverdienenden Leuten belegt werden, die sich die staatliche Förderung erschleichen. Das Problem der Instandsetzung und Modernisierung könne nur gelöst werden, indem die Mietpreisbindung entfalle (Einführung des Weißen Kreises) und daher die Besitzer von Altbauwohnungen ohne so große staatliche Hilfe wie bisher instandsetzen können. Dadurch würden staatliche Gelder freiwerden, um in sozialen Härtefällen mit Wohngeld einspringen zu können.

Auf den ersten Blick scheint diese Konzeption in sich schlüssig zu sein. Vom Mieterverein wird zurecht darauf hingewiesen, daß die Anhebung der Altbaumieten nur dazu dienen soll, um nachfolgend auch die Sozialmieten erhöhen zu können, weil die CDU eine umfassende Einführung marktwirtschaftlicher Methoden im Wohnungsbau beabsichtigt. Im Grunde will die CDU alle Mieten auf das Niveau des freien Wohnungsmarkts heben, und das muß verhindert werden.

Auch die Umwandlungen bedeuten näher besehen nichts als gewaltige Mieterhöhungen. In Westberlin hat das Beispiel des Corbusier-Hauses gewisse Bekanntheit, das 500 Sozialwohnungen umfaßt. Dies ist von der Firma Bendzko Immobilien für 15 Mio. DM gekauft worden, weitere 9 Mio. DM mußte sie an ausstehenden Subventionsgeldern dem Staat zurückzahlen. Der errechnete Verkaufserlös auf Basis der inserierten Preise beträgt dagegen 50 Mio. DM. Aufgrund ihres 10jährigen Kündigungsschutzes haben die Mieter dieses Hauses bisher die Umwandlung verhindert. Die größten Kosten entstehen dem Wohungskäufer bei Umwandlung dadurch, daß er sich dabei die Zinskosten aufhalst. Denn die großen Beträge zur Finanzierung des Kaufs können nur durch Konsumentenkredite o.ä. aufgebracht werden, und gerade bei den gegenwärtigen hohen Zinsen ist es keine Seltenheit, daß selbst besserverdienende Wohnungskäufer über 30% ihres Einkommens für die Bezahlung des Wohnungskaufs ausgeben müssen. Weiter hat die Umwandlung den Effekt, daß gerade relativ billige Wohnungen im Altbau und älteren Sozialbau dem Mietmarkt entzogen werden, der dadurch noch enger wird, was die Preise hochdrückt. Auf einem Seminar Westberliner Urbanistik-Institute im Frühjahr 1980 hat sich daher sogar der Verbandsdirektor der Berliner Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften (die im Besitz von etwa 40% der Westberliner Mietwohnungen sind) gegen die Umwandlungen ausgesprochen. Von den Westberliner Gemeinnützigen hat sich nur die Neue Heimat entschieden für Umwandlungen eingesetzt, sie ist bei den aktuell räumungsbedrohten Häusern auch bislang die einzige, die mit dem CDU-Senat konform geht.

Gegen das Wohngeld als drittem Eckpfeiler der Konzeption der CDU wird selbst von Sozialdemokraten und Liberalen eingewandt, daß hiermit vorprogrammiert ist, daß das ganze Konzept der Sanierung des Staatshaushalts scheitern wird (in ganz ähnlicher Weise, wie es in größerem Rahmen die Thatcher-Regierung in Großbritannien vorführt). Außerdem bringt das Wohngeld mehr bürokratische Gängelung und ist daher als Lösung abzulehnen.

Letztlich bleibt der CDU nur noch das Argument, daß die SPD ja auch mit ihrer Wohnungspolitik gescheitert sei. Dies Argument wird in dem Maß hinfällig, wie von der Mieterbewegung eine alternative Wohnungsbaupolitik vorgeschlagen wird. Die Hauptelemente dieser Gegenkonzeption sind: Keine Mieterhöhung; die Hausbesitzer sind zu Instandsetzungen verpflichtet; Rückkehr zur direkten Förderung des Wohnungsbaus, um Kredite und Zinskosten zu umgehen; mehr Kontrollrechte für Mieterzusammenschlüsse bei der Sanierung; Förderung selbstverwalteter Sanierungsträger, wofür die Instandbesetzer ein Vorbild sein können; Wegfall von etwa 90% der Mietkosten durch Enteignung von Grund und Boden und der Banken; Kommunalisierung des Wohnungsbau.



Es geht auch anders: zum Beispiel Instandbesetzung
nia. Zu den Häusern, die Bausenator Rastemborski als demnächst zu räumen genannt hat, gehören die Knobelsdorffstraße 40 und 42 im Charlottenburger Sanierungsgebiet Klausenerplatz. Wie die meisten gehören sie der Neuen Heimat (NH). Die beiden Häuser gehören zu den letzten, die in Westberlin nach §17, II. Wohnungsbauförderungsgesetz modernisiert werden sollen. Das bedeutet: Finanzierung aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, mit entsprechend hohen Mieten; durchgreifende Modernisierung mit Einbau von Zentralheizun-
Architekten ein alternatives Konzept entwickelt, das sie inzwischen auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Das Konzept beweist übrigens, daß Instandsetzung nicht bedeutet, den Wohnstandard des vorigen Jahrhunderts konservieren zu wollen. In dem Haus gibt es zwei Läden; in dem einen ist inzwischen ein Kiez-Café eröffnet worden, in dem zur Zeit fast jeden Abend Veranstaltungen stattfinden, und das sich zu einem Kommunikationszentrum für den Stadtteil entwickeln soll. In dem zweiten Laden soll
mehr Bauherren fanden, die selbst zu der Kostenmiete von 23 DM/m² bauen wollten. Große Geldgeber wie die Lebensversicherungen haben sich vom Wohnungsbau zurückgezogen. Weder hat der Staat das Geld, auf Dauer die Subventionen zahlen zu können, noch findet sich das private Kapital, das im Wohnungsbau eine lohnende Anlage sieht. Auf der anderen Seite sind aufgrund der gestiegenen Mieten jetzt schon 11,5% der Westberliner auf Wohngeld angewiesen.
Verschärfend kommt die Frage der Instandsetzung und Modernisierung hinzu. In Westberlin mit dem hohen Anteil an Altbauten stellt sie sich besonders dringlich. Vom SPD-Senat waren systematisch Luxusmodernisierung und Kahlschlagsanierung gefördert worden. Das entsprach den Interessen der Hausbesitzer, weil bei einer kostspieligen Modernisierung auch notwendige Instandsetzungsarbeiten (die bis zu 40% der gesamten Kosten ausmachen dürfen, in Verbindung mit Denkmalschutz sogar bis 60%) vom Staat mitgefördert werden, die andernfalls die Hausbesitzer hätten allein tragen müssen. Nach dieser Logik besteht das Interesse darin, Häuser aufzukaufen, nicht instandzuhalten, zu entmie-
teresse des Kapitals zu lösen. Dadurch ist die Lage so gespannt wie noch nie. Weizsäcker hat über Altbischof Scharf erklären lassen, es würde nirgends ohne vorherige Verhandlungen geräumt, was jedoch ein Senatssprecher weder bestätigen noch dementieren wollte. Innensenator Lummer teilte mit, es würden Räumungstermine vor Räu-
legt werden, die sich die staatliche Förderung erschleichen. Das Problem der Instandsetzung und Modernisierung könne nur gelöst werden, indem die Mietpreisbindung entfalle (Einführung des Weißen Kreises) und daher die Besitzer von Altbauwohnungen ohne so große staatliche Hilfe wie bisher instandsetzen können. Dadurch würden
daß selbst besserverdienende Wohnungskäufer über 30% ihres Einkommens für die Bezahlung des Wohnungskaufs ausgeben müssen. Weiter hat die Umwandlung den Effekt, daß gerade relativ billige Wohnungen im Altbau und älteren Sozialbau dem Mietmarkt entzogen werden, der dadurch noch enger wird, was die Preise
kosten zu umgehen; mehr Kontrollrechte für Mieterzusammenschlüsse bei der Sanierung; Förderung selbstverwalteter Sanierungsträger, wofür die Instandbesetzer ein Vorbild sein können; Wegfall von etwa 90% der Mietkosten durch Enteignung von Grund und Boden und der Banken; Kommunalisierung des Wohnungsbau.

Es geht auch anders: zum Beispiel Instandbesetzung



nia. Zu den Häusern, die Bausenator Rastemborski als demnächst zu räumen genannt hat, gehören die Knobelsdorffstraße 40 und 42 im Charlottenburger Sanierungsgebiet Klausenerplatz. Wie die meisten gehören sie der Neuen Heimat (NH).

Die beiden Häuser gehören zu den letzten, die in Westberlin nach § 17, II. Wohnungsbauförderungsgesetz modernisiert werden sollen. Das bedeutet: Finanzierung aus Mitteln des sozialen Wohnungsbaus, mit entsprechend hohen Mieten; durchgreifende Modernisierung mit Einbau von Zentralheizungen, wodurch sich die Kaltmiete fast verdoppelt; je höher der Modernisierungsaufwand, desto mehr zuvor unterlassene Instandsetzung bekommt der Eigentümer subventioniert; preisrechtlich gelten die Häuser hinterher als Neubau, was in Westberlin heißt, daß sie nicht mehr der Mietpreisbindung unterliegen.

Die Kostenmiete für die geplanten Wohnungen liegt bei 20,77 DM/m² und wird auf 4,25 DM kalt heruntersubventioniert. Es gibt eine zusätzliche Förderung aus einem Programm für kinderreiche Familien, nachdem die Miete um eine weitere Mark subventioniert wird – dies gilt aber nur für Familien mit mindestens fünf Kindern; selbst die größte der geplanten Wohnungen ist für die eigentlich aber noch zu klein. Trotzdem sind die „kinderreichen Familien", denen die Besetzer angeblich den billigen Wohnraum wegnehmen, das Hauptargument von Senat und NH für die geplante Räumung.

Wohnungen, die zu diesen Bedingungen saniert werden, kann die NH in Wirklichkeit immer schwerer an Kiezbewohner vermieten: Seit Beginn der Sanierung sind über ein Drittel der Bewohner vertrieben worden; in den modernisierten Wohnungen ist die Belegung im Durchschnitt um fast eine Person höher als in den Altbauwohnungen.

Die Besetzer in der Knobelsdorffstraße sind dort nicht nur deshalb eingezogen, weil sie ein Dach überm Kopf brauchten; ihnen geht es auch um eine Veränderung der Wohnungspolitik, um den Erhalt von billigen Wohnungen. Die Besetzer der Knobelsdorffstraße haben mit Unterstützung von Architekten ein alternatives Konzept entwickelt, das sie inzwischen auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt haben. Das Konzept beweist übrigens, daß Instandsetzung nicht bedeutet, den Wohnstandard des vorigen Jahrhunderts konservieren zu wollen.

In dem Haus gibt es zwei Läden; in dem einen ist inzwischen ein Kiez-Café eröffnet worden, in dem zur Zeit fast jeden Abend Veranstaltungen stattfinden, und das sich zu einem Kommunikationszentrum für den Stadtteil entwickeln soll. In dem zweiten Laden soll ein Frauentreff mit Kinderbetreuung und Sozialberatung eingerichtet werden; der Hof und die Läden sollen Spielmöglichkeiten für die deutschen und türkischen Nachbarskinder bieten. Von ihrer beruflichen Ausbildung her sind zwei Besetzerinnen in der Lage, diesen Anspruch zu verwirklichen.

Aus den zwei kleinen Wohnungen in jeder Etage soll eine werden, die von 5–6 Personen bewohnt wird. Dabei sollen in jeder Etage eine Küche, 1 Bad (bisher nur Podesttoiletten), 1 Gemeinschaftsraum, 1 Arbeitsraum mit zwei oder drei Schreibtischen und Bibliothek und 1 Raum pro Person entstehen. Die Ofenheizung soll bleiben.

In dem Hof sollen ein Abenteuer spielplatz und Freizeitmöglichkeiten für Erwachsene entstehen: langfristig sollen auch Keller und Dach ausgebaut und für handwerkliche Tätigkeiten genutzt werden.

Hinsichtlich des Wohnstandards gibt es gegenüber der Planung der NH nur zwei bedeutsame Unterschiede: zum einen, daß es keine Zentralheizung geben wird; und zum anderen, daß pro Etage statt je zwei nur ein Bad und eine Küche geplant sind, und ein Teil der Bewohner nur übers Treppenhaus dahingelangt. Gegenüber dieser – nach bürgerlichen Wohnvorstellungen – Verringerung des Standards, gibt es aber den Vorteil, daß die Bewohner ihr Leben gemeinsam gestalten können, die Reproduktion kollektiv organisiert werden kann.

Und alles zusammen ist obendrein nur halb so teuer wie die Planung der Neuen Heimat! Die Besetzer haben – anhand der durchschnittlichen Baupreise vom Herbst 1980 – eine Kostenrechnung erstellt, und sind dabei auf die Hälfte des der NH bewilligten Betrages gekommen, nämlich auf insgesamt 758000 DM. Dabei sind lediglich ein Drittel – 263000 DM Modernisierungkosten. 385000 DM müssen für Instandsetzungsarbeiten ausgegeben werden, weil die NH in den letzten Jahren nichts mehr repariert hatte. 40000 DM kostet allein die Beseitigung der Schäden, die direkt durch den Leerstand entstanden sind: Ersatz fehlender Türbeschläge, Reparatur zerschlagener Fensterscheiben und zerstörter Öfen. 110000 DM sind für Schönheitsreparaturen angesetzt. Bei dieser Kostenrechnung wird davon ausgegangen, daß die Arbeiten von Handwerkern gemacht werden; durch Selbsthilfemaßnahmen werden sie sich noch weiter verringern.

Die Besetzer haben Senat und NH aufgefordert, sich mit ihnen über ihr Konzept auseinanderzusetzen; die einzige konkrete Äußerung Rastemborskis dazu war, daß er durchaus gewillt ist, Raum für Selbsthilfeprojekte zu schaffen – aber nicht in diesen beiden Häusern. NH und Bausenator haben den Besetzern Umsetzwohnungen im Kiez angeboten. Aber dann würde die geplante Sanierung in den beiden Häusern durchgezogen. Und außerdem sind die angebotenen Wohnungen z.T. besetzt, noch bewohnt; bzw. sollen in einigen Jahren abgerissen werden. Indiskutabel also für die Besetzer.

Die NH hat inzwischen Strafanträge gestellt; es hat mehrfach die Drohung polizeilicher Räumung gegeben, falls die Besetzer nicht freiwillig auszögen. Das letzte Ultimatum des Bausenators lief am 20.8. ab; bis heute (25.8.) sind die Häuser immer noch besetzt.

Gerade diese beiden Häuser nämlich haben eine breite öffentliche Unterstützung erfahren: nicht nur Solidaritätserklärungen gewerkschaftlicher Gremien, mehrere Betriebsgruppen der ÖTV haben auch die Patenschaft für die Häuser übernommen und übernachten dort, genau wie ein Abgeordneter der Alternativen Liste. Der Landesvorsitzende der ÖTV, Hackbarth, hat inzwischen die NH in einem Brief aufgefordert, die Strafanträge zurückzunehmen und nicht zu räumen. Ähnlich der Vorsitzende der HBV. Der Druck auf die NH ist inzwischen so groß, daß sie sich genötigt sah, für diesen Montag in Köln eine Sondersitzung des Aufsichtsrats zum Thema Knobelsdorffstraße 40/42 einzuberufen. Die Fraktion der Alternativen Liste hat mit Unterstützung der SPD für den 3. September eine Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg durchgesetzt, um die Planungsänderung für die beiden Häuser und ihre Sicherung für die jetzigen Bewohner zu erreichen.

Auf einer Veranstaltung in Kreuzberg am vergangenen Freitag hat Rastemborski erklärt, er werde die vorliegenden § 17-Bewilligungen noch einmal überprüfen. Gegenüber dem Vermittlerkreis hatte er Anfang der Woche noch vertreten, daß keine einmal erteilte Bewilligung zurückgenommen werden könne.

Wenn auch die Gefahr der Räumung der beiden Häuser noch nie so akut war wie jetzt, so wird es doch für Rastemborski mit jedem Tag politisch unhaltbarer, sie durchzuführen.



Niederlande. Unterstützt durch demonstrierende Bauarbeiter, überreichte ein Gewerkschaftsvertreter des FNV 20000 Protestunterschriften an den Sozialen Versicherungsrat gegen die „130-Tage-Regelung". Diese Regelung ist zum 1. April in Kraft getreten und besagt, daß ein Arbeitsloser nachweisen muß, mindestens 130 Tage gearbeitet zu haben, und zwar in dem Jahr vor der Arbeitslosigkeit. Erst dann bekommt er Arbeitslosenzahlungen. Vorher waren 65 Tage ausreichend. Besonders die Bauarbeitergewerkschaft bekämpft diese Regelung heftig. Der zuständige Staatssekretär versprach eine Untersuchung durch den Sozialen Versicherungsrat bis zum 7. September.

Mit den Fluglotsen will Reagan die Gewerkschaftsbewegung in die Knie zwingen

lup. „Es geht längst nicht mehr einfach um die Forderungen für einen neuen Tarifvertrag", erklärte einer der Streikposten der PATCO, der Gewerkschaft der amerikanischen Fluglotsen. „Die Frage ist inzwischen die, ob der Präsident der Vereinigten Staaten einfach, wenn er will, eine Gewerkschaft in Stücke schlagen kann."

Drei Hauptforderungen hat der Streik der Fluglotsen: Senkung der Arbeitszeit auf 32 Stunden, Möglichkeit der Verrentung nach 20 Jahren bei einer Rente von 75%, Lohnerhöhungen von 10000 $ im Jahr (der gegenwärtige Lohn beträgt 33000 $). Während die PATCO bei der Lohnforderung Kompromißbereitschaft angekündigt hat, hält sie an den beiden anderen Forderungen fest. Daß die Durchsetzung der anderen Forderungen zwingend ist, das belegen sogar die amtlichen Statistiken der Regierung. 90% der Fluglotsen müssen gegenwärtig aus medizinischen Gründen vorzeitig in Rente gehen – bei einer Rente von 40% des Lohns. Die Zahl der Blutdruckkrankheiten, Magenleiden etc. ist 200–300% höher als im Durchschnitt. Für diese Forderungen kämpft die PATCO seit nunmehr über 10 Jahren, durch Langsamarbeiten und andere Aktionen. 1980 löste Robert Poli den früheren Präsidenten John Leyden ab, dem unter anderem vorgeworfen worden war, vor dem Mittel des Streiks zurückzuschrecken. Aber während die Fluglotsengewerkschaft auf der einen Seite vor militanten Kampfmaßnahmen nicht zurückschreckt, so bildet sie auch politisch den Schwanz der Bourgeoisie – eine Kombination, die wohl typisch für die Schwäche der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung ist. Während des Präsidentschaftswahlkampfes hatte die PATCO zur Wahl Ronald Reagans aufgerufen, nachdem dieser ihnen schriftlich zugesichert hatte, die Durchsetzung der genannten Forderungen zu erleichtern.
Die andere Seite ist, daß die Möglichkeiten, die praktische Unterstützung anderer Gewerkschaften des AFL-CIO zu gewinnen, wohl überschätzt worden waren.

Die amerikanische Pilotengewerkschaft, die zwei Drittel der zivilen Piloten organisiert, und die Gewerkschaft der Flugmechaniker verzichteten darauf, ihre Mitglieder dazu aufzurufen, die Streikpostenketten der Fluglotsen nicht zu überschreiten. Und die Pilotengewerkschaft verzichtete überdies darauf, die Erklärung abzugeben, der Flugverkehr sei unsicher, was zumindest indirekt die Position der Regierung unterstützte, die Sicherheit des Flugverkehrs werde durch den Fluglotsenstreik nicht bedroht. Der kanadische und der portugiesische Fluglotsenverband haben nach dem Rausschmiß der amerikanischen Fluglotsen zeitweilig deren Streik durch Nichtabfertigung von in die USA fliegenden Maschinen unterstützt. Der internationale Fluglotsenverband hat aber keine weitergehende Erklärung abgegeben als die, zwischen Reagan und den amerikanischen Fluglotsen vermitteln zu wollen. Auch der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO ist in seiner Unterstützung nicht darüber hinaus gegangen.

Die zu befürchtende Niederlage der Fluglotsen trifft die amerikanische Gewerkschaftsbewegung – die von ihren rechtlichen Positionen ohnehin wesentlich schlechter dasteht als die westeuropäischen Gewerkschaften – in einem Zustand der Schwäche. Der Organisationsgrad der amerikanischen Lohnabhängigen ist seit 1952 von 34% auf 23% zurückgegangen. Die zu der Anerkennung ihrer Tariffähigkeit notwendige Abstimmung in den Betrieben verlieren die amerikanischen Gewerkschaften inzwischen zur Hälfte. Die Mittel und Wege, um die Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben zu zerschlagen, bilden eine eigene Disziplin in der Managerausbildung in den USA.

Auswirkungen wird eine Niederlage der Fluglotsen zunächst vor allem auf die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben: auf die Postarbeiter, die erst vor kurzem einen von der Regierung vorgelegten Tarifvertrag abgelehnt haben, insgesamt auf die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Kampfmaßnahmen gegen die Streichung von 300000 Arbeitsplätzen planen. Es gibt wohl zwei Dinge, die die Position der amerikanischen Regierung gegenüber dem Fluglotsenstreik erschüttern können. Das eine ist ein allgemeiner Streik der AFL-CIO, der unwahrscheinlich ist. Das andere ist eine Flugzeugkatastrophe, deren Wahrscheinlichkeit täglich zunimmt, aber auch das ist keine herbeizuwünschende Perspektive.



denten John Leyden ab, dem unter anderem vorgeworfen worden war, vor dem Mittel des Streiks zurückzuschrecken. Aber während die Fluglotsengewerkschaft auf der einen Seite vor militanten Kampfmaßnahmen nicht zurückschreckt, so bildet sie auch

schinen unterstützt. Der internationale Fluglotsenverband hat aber keine weitergehende Erklärung abgegeben als die, zwischen Reagan und den amerikanischen Fluglotsen vermitteln zu wollen. Auch der amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO ist in

erschüttern können. Das eine ist ein allgemeiner Streik der AFL-CIO, der unwahrscheinlich ist. Das andere ist eine Flugzeugkatastrophe, deren Wahrscheinlichkeit täglich zunimmt, aber auch das ist keine herbeizuwünschende Perspektive.

FORD-Prozeß am 1. Oktober

rof. Die Berufung der FORD-Direktion Niederlande gegen das Verbot, die Niederlassung in Amsterdam zum 30. September zu schließen, wird am 1. Oktober verhandelt. Ebenso ein Antrag des Gewerkschaftsbundes FNV auf eine Untersuchung der Schließung. FORD hat dem FNV und dem Betriebsrat ein Konzept der Jahresbilanz 1980 übergeben müssen. Das Ministerium für ökonomische Angelegenheiten hat zugesagt, an Gesprächen zwischen FORD und dem FNV teilzunehmen, wenn FORD-Amsterdam nicht geschlossen wird. Für den Fall, daß FORD Erfolg hat, fordert der FNV-Distriktsekretär Henk Vos, daß die Schließung keinesfalls 1981 durchgeführt werden darf. Für diesen Fall hat er Aktionen angekündigt, um der Schließung erneut zuvorzukommen. Am Donnerstag dieser Woche fand ein Gespräch zwischen FORD und dem FNV unter einem neutralen Vorsitzenden statt, um die Möglichkeiten, FORD nicht zu schließen, zu erörtern.

Tarifstreit der britischen Eisenbahner beendet

kvz. Der für den 31. August angesagte Streik der britischen Eisenbahner findet nicht statt. Die Eisenbahner werden außer den 8% Lohnerhöhung von April an auch die geforderten weiteren 3%, allerdings erst im Januar rückwirkend von August an bekommen. Dafür wollen die Gewerkschaften Zugeständnisse zu Produktivitätssteigerungen machen. Der Vorstand der British Railways will Personal und Überstun-
den u.a. dadurch einsparen, daß die

trag des Gewerkschaftsbundes FNV auf eine Untersuchung der Schließung. FORD hat dem FNV und dem Betriebsrat ein Konzept der Jahresbilanz 1980 übergeben müssen. Das Ministerium für ökonomische Angelegenheiten hat zugesagt, an Gesprächen zwischen FORD und dem FNV teilzunehmen, wenn FORD-Amsterdam nicht geschlossen wird. Für den Fall, daß FORD Erfolg hat, fordert der FNV-Distriktsekretär Henk Vos, daß die Schließung keinesfalls 1981 durchgeführt werden darf. Für diesen Fall hat er Aktionen angekündigt, um der Schließung erneut zuvorzukommen. Am Donnerstag dieser Woche fand ein Gespräch zwischen FORD und dem FNV unter einem neutralen Vorsitzenden statt, um die Möglichkeiten, FORD nicht zu schließen, zu erörtern.

Tarifstreit der britischen Eisenbahner beendet

kvz. Der für den 31. August angesagte Streik der britischen Eisenbahner findet nicht statt. Die Eisenbahner werden außer den 8% Lohnerhöhung von April an auch die geforderten weiteren 3%, allerdings erst im Januar rückwirkend von August an bekommen. Dafür wollen die Gewerkschaften Zugeständnisse zu Produktivitätssteigerungen machen. Der Vorstand der British Railways will Personal und Überstunden u.a. dadurch einsparen, daß die
Kontrolleure am Zugang zum Zuge zurückgezogen und Fahrkarten im Zug verkauft werden, daß Dienstpläne mit weniger Überschneidungen eingeführt werden und nach zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen der „zweite Mann" auf den Fahrständen vieler Lokomotiven sowie die Zugbegleiter auf Güterzügen entfallen.

Erleichterung für Schichtarbeiter durch Betriebsvereinbarung

mfl. Die Betriebsvereinbarung bei Daimler-Benz gilt rückwirkend ab 1.1.81. Vereinbart wurde: Beschäftigte im Drei-Schichtbetrieb können ab dem 35. Lebensjahr und 10 Jahren Drei-Schichtarbeit oder ab dem 45. Lebensjahr und 5 Jahren Drei-Schichtarbeit auf Kosten des Betriebs an einer Vorsorgekur teilnehmen. Im Zwei-Schichtbetrieb ist eine einmalige Kur ab dem 50. Lebensjahr und 20 Jahren Zwei-Schichtarbeit möglich. Die Dauer beträgt 21 bzw. 15 Tage. Im Drei-Schichtbetrieb werden hierfür 10 Tage und im Zwei-Schichtbetrieb 5 Tage zur Verfügung gestellt und bezahlt, der Rest wird auf den Tarifurlaub angerechnet. Beschäftigte im Drei-Schichtbetrieb können ab dem 55. Lebensjahr im Rahmen der betrieblichen Möglichkeiten in Normal- oder Zwei-Schichtarbeit wechseln. Mit 60 Jahren und 10 Jahren Drei-Schichtarbeit können sie für 36 Monate ihre Arbeitszeit um 50% reduzieren und erhalten 6 Monate ihre bisherigen Bruttolöhne, dann 10 Monate lang um 2% monatlich sinkende Löhne und 20 Monate lang 80% des Restbetrages. Mit 61 Jahren und 10 Jahren Dreischichtarbeit oder mit 62 Jahren nach 20 Jahren Zwei-Schichtarbeit kann man sich mit reduzierten Bezügen für 24 bzw. 12 Monate ganz von der Arbeit freistellen lassen.

ÖTV gegen Krankenpflege-Ausbildung nach BAföG

kvz. Die ÖTV hat entschiedenen Widerstand gegen den vom Kultusministerium in München vorgelegten Gesetzentwurf über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, der u.a. vorsieht, daß das Kultusministerium eigenständig und unkontrolliert für jede Krankenpflegeschule Schulordnungen erlassen kann, angekündigt. Nach Aussage der ÖTV verlören die Auszubildenden Ausbildungsvergütungen, tarifrechtliche Regelungen, Sozialversicherungspflicht, das Wahl- und Vertretungsrecht einer Jugendvertretung und die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bestimmungen des Jugendarbeitsschtuzgesetzes und des Kündigungsschutzgesetztes würden nicht mehr oder nur noch mit Einschränkungen gelten.

Chilenische Junta verhängt Streikverbot

mfl. In 35 öffentlichen chilenischen Betrieben hat die Junta Streiks verboten. Betroffen sind vor allem strategische Sicherheitsbereiche wie Kupferminen, Elektrizitätswerke, Trinkwasserversorgung, die Luftfahrtgesellschaft, das Fernmeldewesen und die staatliche Munitionsfabrik. Insgesamt arbeiten 70000 Menschen in diesen Bereichen.
Zwei Vorstandsmitglieder des Gewerk-

ÖTV gegen Krankenpflege-Ausbildung nach BAföG

kvz. Die ÖTV hat entschiedenen Widerstand gegen den vom Kultusministerium in München vorgelegten Gesetzentwurf über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, der u.a. vorsieht, daß das Kultusministerium eigenständig und unkontrolliert für jede Krankenpflegeschule Schulordnungen erlassen kann, angekündigt. Nach Aussage der ÖTV verlören die Auszubildenden Ausbildungsvergütungen, tarifrechtliche Regelungen, Sozialversicherungspflicht, das Wahl- und Vertretungsrecht einer Jugendvertretung und die Möglichkeit, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Bestimmungen des Jugendarbeitsschtuzgesetzes und des Kündigungsschutzgesetztes würden nicht mehr oder nur noch mit Einschränkungen gelten.

Chilenische Junta verhängt Streikverbot

mfl. In 35 öffentlichen chilenischen Betrieben hat die Junta Streiks verboten. Betroffen sind vor allem strategische Sicherheitsbereiche wie Kupferminen, Elektrizitätswerke, Trinkwasserversorgung, die Luftfahrtgesellschaft, das Fernmeldewesen und die staatliche Munitionsfabrik. Insgesamt arbeiten 70000 Menschen in diesen Bereichen. Zwei Vorstandsmitglieder des Gewerk-
schaftsverbandes „Coordinadora Nacional Sindical" wird die Zugehörigkeit zu dem als „Tarnorganisation der Kommunistischen Partei" bezeichneten Gewerkschaftsverband vorgeworfen, und sie sind zu 541 Tagen Haft verurteilt worden.

Kurzmeldungen:

Der Generalstreik in Sierra Leone (Westafrika) ist abgebrochen worden und die Gewerkschaftsführer haben sich bereit erklärt, über ihre Forderungen weiter zu verhandeln. Ihre erste Forderung hat der Präsident mit der Anordnung, den Preis für Reis um 55% auf sein früheres Niveau zu senken, erfüllt. Gefordert werden auch die Senkung anderer Grundnahrungsmittel, billigere Schulbücher für die Kinder, Abbau der Arbeitslosigkeit, verstärkter Wohnungsbau und bessere Krankenversorgung.

Für die Fischindustrie Cuxhaven wurde eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 5,2% ab dem 1.8.81 vereinbart. Dafür wurde die Laufzeit des alten Vertrages um einen Monat verlängert. Bei den Arbeitern macht das Erhöhungen zwischen 34 Pf. und 60 Pf. pro Stunde aus, bei den Angestellten monatlich zwischen 61 DM und 155 DM.

Rotterdam. Der Streik auf dem panamesischen Schiff „sea victory" für eine Heuer nach ITF-Tarif dauert bereits vier Wochen. Per Gerichtsverfügung wollen die Eigner die ITF (Internationale Transportarbeiter Föderation) zwingen, den Streik zu beenden.



„Die Männer von Boel kämpfen für die Rechte von jedermann"

rof. „Es ist die Gewerkschaftsmacht, die sie brechen wollen", sagt ein Arbeiter. „Schau, wenn Saverys mit den anderen Bossen von FABRIMETAL zusammenkommt und er seine Maßregeln vorstellt, dann erwarten sie, daß er ein Vorbild gibt. Wenn Saverys hier gewinnen kann, dann bedeutet das einen schweren Schlag für die Arbeiter in allen Metallbetrieben hier, die sich daran aufrichten, was wir auf Boel erzwingen. Dieser Streik ist ein Test von FABRIMETAL." „Es ist auch gegen die Gewerkschaft gerichtet", sagt ein anderer Arbeiter, „denn gerade diese 128 wurden ausgesucht, ein Teil des harten Gewerkschaftskerns wird angegriffen."

Der Streik der Schiffbauer auf Boel dauert jetzt 21 Wochen. Am 13. April verkündete die Geschäftsleitung 128 Entlassungen. Dies war der Anlaß zum Streik. Doch es geht um sehr viel mehr. Der Besitzer und Direktor der Schiffswerft Boel, nahe Antwerpen in Belgien, Saverys, ist Vorsitzender des belgischen Metallkapitalistenverbandes FABRIMETAL. Die Metallkapitalisten sind die Vorreiter der belgischen Kapitalistenklasse und Saverys ist ihr Anführer.

Im Januar veröffentlichte die Direktion, daß die Lohnkosten um 10% gesenkt werden müßten. Die Entlassung von 200 Arbeitern und 50 Angestellten wurde bekanntgegeben. Der Betrieb sollte seine Zahlungen an die Kasse für frühzeitige Verrentung stoppen.

Die Arbeiter lehnen dies Sparprogramm entschieden ab. Boel ist neben Cockerill in Hoboken die größte Schiffbauwerft in Belgien. Die beiden großen Werften verfügen über ca. zwei Drittel aller Arbeitsplätze im Schiffbau. Seit 1977 hat Saverys bereits über 500 Arbeitsplätze vernichtet, jetzt arbeiten ca. 2000 Arbeiter.

Als erste Maßnahme beschloß die Versammlung der Arbeiter, das Werk jeden Freitag zu bestreiken. Resultat war die Verringerung der Entlassungen auf 128 Arbeiter. „Den Kampf, den wir jetzt führen, führen wir für die Zukunft des Betriebes und um zu verhindern, daß in einem oder zwei Jahren 2000 Menschen vor dem Tor stehen. Ob wir unseren Streik nun für 250 oder 128 führen, bleibt dasselbe." Der Gewerkschaftsbund macht folgende Rechnung gegen Saverys auf. Aus dem Krisenprogramm der belgischen Regierung hat die Boelgruppe für die letzten drei Schiffe, die sie auf der Boelwerft bauen ließen, langfristige Kredite über 75% der Auftragssumme erhalten, zu 5% Jahreszinsen. Die Regierung selber muß das Geld aufnehmen zu 12 oder 13% Zinsen. Und das Geld holt sich die Regierung von den Arbeitern zurück. Mit den drohenden Entlassungen will sich Boel noch mehr Gelder erpressen. Die Schiffbauer sind gut organisiert und haben lange Kampftraditionen. Die Verbindung zwischen den Arbeitern und den Gewerkschaftssprechern ist gut. Der Streik wird durch ein Komitee von ca. 50 Mann geleitet, die sich täglich treffen und in Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund die täglichen Probleme lösen. Informationsabende in anderen Betrieben werden organisiert. Aus ganz Belgien kommt Solidarität und finanzielle Unterstützung.

Die Streikenden verfügen über eine eigene lokale Radiostation zur Gegeninformation, als Gewicht gegen die Propaganda der Geschäftsleitung. Ein Arbeiter: „Es ist doch wichtig in dieser Zeit, wo die Menschen Angst haben vor der Krise und vor Arbeitslosigkeit, daß sie wissen, die Männer von Boel kämpfen für die Rechte von jedermann."

Eigenes Ressort Wehrpflichtige beim DGB eingerichtet

Modellversuch des DGB / Flugblatt des „Arbeitskreis Wehrpflichtige"

cas./acm. Nach dem Beschluß des DGB-Bundesvorstandes zur Bundeswehr und in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr „für den Frieden", hat jetzt der DGB ab 1.8.1981 einen Modellversuch im Bezirk Nordmark gestartet, der von Bedeutung ist. Es wurde ein eigenes Ressort Wehrpflichtige beim DGB eingerichtet und im Bezirk Nordmark ein „Sachgebietssekretär für Wehrpflichtige" benannt. Man kann nur hoffen, daß dieses Modell, das erstmal für zwölf Monate laufen soll, auch in den anderen Bezirken Schule macht und auch verlängert wird. Gerade durch die Aktivitäten des „Arbeitskreises Wehrpflichtiger im DGB" in Hamburg hat die Gewerkschaftsjugend den DGB auf Hunderttausende von Wehrpflichtigen aufmerksam gemacht, denn es ist bislang einer der wenigen existenten Arbeitskreise der Gewerkschaftsjugend für Wehrpflichtige.

Nach der Kampagne des „Arbeitskreises" (über die wir in der KVZ in Auszügen aus einer Studie des Arbeitskreises über Dienstzeitbelastung und Fahrtzeiten berichtet haben) ist es jetzt Kollegen in einer Einheit gelungen, eine Verkürzung des Dienstes am Freitag zu erreichen. So findet jetzt freitags nur noch Stuben- und Revierreinigen statt, danach ist Dienstschluß. Dieser liegt jetzt zumeist zwischen 10 und 11 Uhr, spätestens jedoch um 12 Uhr. Eine besonders gute Regelung, wenn man bedenkt, daß in anderen Einheiten teilweise erst um 17 Uhr Schluß ist und die Rheinländer dann oftmals erst am Sonnabend zu Hause sind. Auch im Hinblick auf „Überstunden" ist diese Regelung ein Fortschritt, wenn man sich die folgenden Zahlen aus „Truppenpraxis" 5/79 anschaut:

Dienst/Wo.:	40 – 50 h	50 – 60 h	über 60 h
Wehrpfl.:	36848	127458	73049
Zeit- und Berufss.:	69705	106073	56530

Das jüngste Flugblatt des „Arbeitskreises Wehrpflichtige" in Hamburg möchten wir an dieser Stelle dokumentieren, denn es zeigt, wie der „Arbeitskreis" offensiv die Interessen der Wehrpflichtigen verficht.

Flugblatt der IGM, Verwaltungsstelle Hamburg

Bundeswehr – Kein Thema für die Gewerkschaftsjugend?

Das Gegenteil ist richtig, ein wichtiges Thema sogar. Denn die meisten (männlichen) Jugendlichen sind durch den Wehrdienst direkt betroffen. „Bloß nicht auffallen, dann kommst du am besten durch." Das ist wohl der häufigste Ratschlag, den man zum Thema Bundeswehr zu hören bekommt. Und leider ist das auch der schlechteste Ratschlag. „Nicht auffallen" bedeutet nämlich: „sich alles gefallen lassen."

Im Betrieb ist es für jeden Gewerkschafter selbstverständlich, für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung usw. einzutreten. Das muß in der Bundeswehr genauso selbstverständlich werden.

Nun wird man um Übungen bei Nacht oder im Regen wohl nicht herumkommen. Und daß das MG schwer zu tragen ist, läßt sich wohl kaum ändern. Erhebliche Verbesserungen können und müssen aber in folgenden Bereichen erreicht werden:

Dienstzeitbelastung

Der allergrößte Teil der Wehrpflichtigen (genau 85%) hat mehr als 50 Stunden Dienst pro Woche. Ein großer Teil dieser Soldaten (genau 30% aller Wehrpflichtigen) hat sogar regelmäßig mehr als 60 Stunden Dienst pro Woche. Die Folgen: Freundschaften und Ehen gehen reihenweise zu Bruch, der Alkohol spielt eine unrühmliche Rolle.

Heimatferne Stationierung

In vielen Hamburger Bundeswehreinheiten kommt die Hälfte der Wehrpflichtigen aus dem Rheinland. Die kommen manchmal wochenlang nicht nach Hause. Die Folgen: siehe oben.

Wehrsold

Wenn man den Wehrsold, „Buschgeld" usw. zusammenrechnet, dann kommt der normale Wehrpflichtige auf nicht 'mal DM 1 die Stunde.
Kein großer Trost: Unterkunft und Verpflegung sind frei.
Beispielsweise für die Bahnfahrt ins Stadtzentrum und die Kinokarte reicht der Tagessold schon nicht aus.

Kriegsdienstverweigerung?

Manchmal hört man den Einwand: „Wem die Bundeswehr nicht gefällt, der kann ja den Kriegsdienst verweigern." Aber sind die Bedingungen für die Zivildienstleistenden so viel besser? Sicher nicht. Die Bedingungen sind ziemlich ähnlich. Zivildienstleistende und Wehrpflichtige sollten sich gemeinsam für Verbesserungen einsetzen.

Kriegsdienstverweigerung ist ein wichtiges Grundrecht. Man darf aber nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß 200000 Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind. Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern sind darunter. Die gewerkschaftliche Arbeit darf nicht vor dem Kasernentor enden!

Kontrolle der Bundeswehr

Ein weiterer Gesichtspunkt soll genannt werden: Gewalt abzulehnen ist eine achtenswerte Einstellung. Aber die Bundeswehr existiert. Und sie ist eine enorme Zusammenballung von Macht und Zerstörungskraft. Gerade die Wehrpflichtigen sind aber ein Element der Kontrolle. Tausende von Gewerkschaftern, von kritischen Wehrpflichtigen stellen eine Art Öffentlichkeit in der Bundeswehr her. Bei gefährlichen Entwicklungen innerhalb der Armee werden sie sofort Alarm schlagen. Für diesen großen Apparat Bundeswehr kann es gar nicht genug Kontrolle geben. Schließlich gab es schon mehr als einmal gewerkschaftsfeindliche Töne aus Bundeswehrkreisen.

mfl. „Die seit Beginn der Tarifbewegung 1981 erneut verstärkte und nicht enden wollende Diffamierung des öffentlichen Dienstes läßt vermuten, daß die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als bevorzugte Opfer der Sparpolitik ausgesucht sind. In der Diffamierungskampagne ist häufig von Beamtenprivilegien die Rede. Dabei geht es jedoch vielfach um Regelungen, die entweder nicht allein Beamte oder überhaupt keine Beamte betreffen. Die Angriffe gelten also dem öffentlichen Dienst insgesamt. Sie müssen im solidarischen Handeln gemeinsam von Arbeitern, Angestellten und Beamten abgewehrt werden ..." (ÖTV-Magazin).

Gegenwehr der Beamten

Gegen die Sparvorschläge für den öffentlichen Dienst

Die Gewerkschaften laufen Sturm gegen die geplanten Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst. Alle betroffenen Gewerkschaften sowie auch der Beamtenbund mit dem Argument: Die Sparvorhaben sind sozial nicht ausgewogen. Die Last wird nicht auf allen Schultern gleichmäßig verteilt, sondern die Beamten sollen Sonderopfer bringen. Unter den Beamten trifft es gerade die unteren und mittleren Gehaltsgruppen am stärksten. Allein die Streichung des Verheiratetenanteils am Ortszuschlag, wenn die Frau bzw. der Mann auch arbeitet, macht bei dem Betroffenen im einfachen Dienst pro Jahr einen Verdienstverlust von 5,3% aus, im mittleren Dienst 5%, im gehobenen Dienst 3,7% und im höheren Dienst 2,5%. Die ÖTV will jetzt genau prüfen, wie sich die einzelnen Vorschläge auf die verschiedenen Gruppen auswirken, um ihren Mitgliedern zu verdeutlichen, was ihnen zugemutet wird.

Nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft sind bei der Post über 80% der Beschäftigten im einfachen und mittleren Dienst und die meisten von ihnen sind keineswegs besser gestellt als Arbeiter und Angestellte. „Da hilft's auch nichts, wenn die ‚Streicher' und ‚Kürzer' plötzlich ein Zulageunwesen im öffentlichen Dienst entdeckt zu haben glauben, mit denen – wie in der Privatwirtschaft auch – besondere Belastungen und Erschwernisse ausgeglichen werden sollen ...", heißt es zu den geforderten Zulagenkürzungen.

Der Deutsche Beamtenbund will die Sparbeschlüsse für den öffentlichen Dienst einer genauen beamten- und verfassungsrechtlichen Prüfung unterziehen und danach entsprechende Schritte unternehmen. Einkommenseinbußen bis 10% seien mit dem vom „Bundesverfassungsgericht anerkannten Grundsatz einer ‚amtsangemessenen Bezahlung' unvereinbar". Prompt läßt sich ein Friedrich Karl Fromme in der FAZ über die rechtlichen Möglichkeiten aus. „Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt entschieden, daß eine Kürzung der Beamtenbesoldung nicht von der Verfassung ausgeschlossen werde." Kein besonders hoffnungsvoller Weg also. Auch die geplanten parlamentarischen Initiativen gegen Willkür und Sonderopfer, wo der Deutsche Beamtenbund alle an den Gesetzgebungsverfahren in Bund und Ländern beteiligten Politiker in die Mangel nehmen will, werden kaum ausreichen. Schon wirksamer scheint die Drohung des ÖTV-Landesbezirksvorstandes von Hessen, keine Rücksicht mehr auf die Regierungsfähigkeit von SPD und FDP zu nehmen und die gesellschaftliche Machtfrage zu stellen. Ohne massiven Druck aus den Betrieben wird man für gerichtliche oder parlamentarische Maßnahmen kaum den nötigen Rückhalt haben. Die Gewerkschaften haben einen gemeinsamen Widerstand angekündigt. Über die genaue Form haben sie sich noch nicht geäußert, aber hier wird sich der Druck durch das Beamtenrecht wie so oft als Hemmnis herausstellen. Es ist ja auch irgendwie einladend, sich gerade zuerst an die Gehälter derjenigen heranzumachen, die in ihren gewerkschaftlichen Rechten derart beschnitten sind. Seltsam, daß sich im Rahmen der laufenden Haushaltsauseinandersetzungen bisher nur die Postgewerkschaft, mit Hinweis auf die wesentlich stärkere rechtliche Stellung der durch Tarifverträge gesicherten Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, für Veränderungen beim Beamtenstatus ausgesprochen hat.

Einige wichtige Beschlüsse
12. DGB-Landesjugendkonferenz Rheinland-Pfalz
Ein Beschluß richtete sich gegen die Stationierung des US-Giftgases in Fischbach/Pfalz und rief den DGB-Landesbezirk zur Unterstützung auf.
Einen sehr wichtigen Beschluß stellt die Erklärung zur unbedingten Solidarität mit der polnischen Gewerkschaft
stellen für leerstehende Wohnungen und die Möglichkeit der Zwangsbesetzung/belegung durch die Kommunen.
– Baustopp aller im Bau befindlichen und die Stillegung aller bereits fertiggestellten Atomkraftwerke in der BRD.
– Solidaritätsresolutionen mit dem
Uhr, spätestens jedoch um 12 Uhr. Eine besonders gute Regelung, wenn man bedenkt, daß in anderen Einheiten teilweise erst um 17 Uhr Schluß ist und die Rheinländer dann oftmals erst am Sonnabend zu Hause sind. Auch im Hinblick auf „Überstunden" ist diese Regelung ein Fortschritt, wenn man sich die folgenden Zahlen aus „Truppenpraxis" 5/79 anschaut:
Dienst/Wo.: 40 – 50 h 50 – 60 h über 60 h
Wehrpfl.: 36848 127458 73049
Zeit- und Berufss.: 69705 106073 56530
Das jüngste Flugblatt des „Arbeitskreises Wehrpflichtige" in Hamburg möchten wir an dieser Stelle dokumentieren, denn es zeigt, wie der „Arbeitskreis" offensiv die Interessen der Wehrpflichtigen verficht.
Kriegsdienstverweigerung?
Manchmal hört man den Einwand: „Wem die Bundeswehr nicht gefällt, der kann ja den Kriegsdienst verweigern." Aber sind die Bedingungen für die Zivildienstleistenden so viel besser? Sicher nicht. Die Bedingungen sind ziemlich ähnlich. Zivildienstleistende und Wehrpflichtige sollten sich gemeinsam für Verbesserungen einsetzen.
Kriegsdienstverweigerung ist ein wichtiges Grundrecht. Man darf aber nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, daß 200000 Wehrpflichtige in der Bundeswehr sind. Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern sind darunter. Die gewerkschaftliche Arbeit darf nicht vor dem Kasernentor enden!
Kontrolle der Bundeswehr
Ein weiterer Gesichtspunkt soll genannt werden: Gewalt abzulehnen ist eine achtenswerte Einstellung. Aber die Bundeswehr existiert. Und sie ist eine enorme Zusammenballung von Macht und Zerstörungskraft. Gerade die Wehrpflichtigen sind aber ein Element der Kontrolle. Tausende von Gewerkschaftern, von kritischen Wehrpflichtigen stellen eine Art Öffentlichkeit in der Bundeswehr her. Bei gefährlichen Entwicklungen innerhalb der Armee werden sie sofort Alarm schlagen. Für diesen großen Apparat Bundeswehr kann es gar nicht genug Kontrolle geben. Schließlich gab es schon mehr als einmal gewerkschaftsfeindliche Töne aus Bundeswehrkreisen.
aus, im mittleren Dienst 5%, im gehobenen Dienst 3,7% und im höheren Dienst 2,5%. Die ÖTV will jetzt genau prüfen, wie sich die einzelnen Vorschläge auf die verschiedenen Gruppen auswirken, um ihren Mitgliedern zu verdeutlichen, was ihnen zugemutet wird.
Nach Angaben der Deutschen Postgewerkschaft sind bei der Post über 80% der Beschäftigten im einfachen und mittleren Dienst und die meisten von ihnen sind keineswegs besser gestellt als Arbeiter und Angestellte. „Da hilft's auch nichts, wenn die ‚Streicher' und ‚Kürzer' plötzlich ein Zulageunwesen im öffentlichen Dienst entdeckt zu haben glauben, mit denen – wie in der Privatwirtschaft auch – besondere Belastungen und Erschwernisse aus-
lamentarische Maßnahmen kaum den nötigen Rückhalt haben. Die Gewerkschaften haben einen gemeinsamen Widerstand angekündigt. Über die genaue Form haben sie sich noch nicht geäußert, aber hier wird sich der Druck durch das Beamtenrecht wie so oft als Hemmnis herausstellen. Es ist ja auch irgendwie einladend, sich gerade zuerst an die Gehälter derjenigen heranzumachen, die in ihren gewerkschaftlichen Rechten derart beschnitten sind. Seltsam, daß sich im Rahmen der laufenden Haushaltsauseinandersetzungen bisher nur die Postgewerkschaft, mit Hinweis auf die wesentlich stärkere rechtliche Stellung der durch Tarifverträge gesicherten Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, für Veränderungen beim Beamtenstatus ausgesprochen hat.

Einige wichtige Beschlüsse

12. DGB-Landesjugendkonferenz Rheinland-Pfalz

wea.Landau. Nach dem Verlauf der 12. Landesbezirksjugendkonferenz des DGB in Rheinland-Pfalz wird sich die Gewerkschaftsjugend von einer Beteiligung an der Demonstration am 10. Oktober in Bonn wohl kaum abhalten lassen. Denn nachdem verschiedene örtliche Gremien die Reglementierung der Unterschriftenzeichnung durch Gewerkschaftsmitglieder und das Verbot der Teilnahme an der Demonstration kritisiert haben, hat sich jetzt die Jugendkonferenz zu folgender Resolution entschlossen:

„Die DGB-LBJK Rheinland-Pfalz bedauert den Beschluß des DGB-Bundesausschusses, der Gewerkschaftern verbietet, mit ihrer Funktionsangabe Initiativen, Unterschriftensammlungen und öffentliche Erklärungen zu unterstützen ... Die Delegierten sind der Auffassung, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation nicht durch administrative Maßnahmen, sondern durch intensive Diskussion beseitigt werden können. Deshalb fordern wir die Rücknahme des Bundesausschußbeschlusses." Weiter heißt es in bezug auf die Teilnahme an der Demonstration am 10. Oktober: „Die Delegierten sind empört und enttäuscht über den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, der der DGB-Jugend die Teilnahme an der von der Aktion Sühnezeichen organisierten Friedensbewegung verbietet: Sie fordert die Rücknahme des Beschlusses. Gewerkschafter müssen das Recht haben, z.B. ihrer Friedenssehnsucht, ihren Protest gegen Atomraketen und das Wettrüsten auch durch die notwendige Unterstützung der Friedensbewegung ... zu dokumentieren. Die Landesbezirksjugendkonferenz fordert die Gewerkschaftsjugend auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober 1981 zu beteiligen und über die DGB-Kreise zu mobilisieren." Der sich an diesen Text anschließende Forderungskatalog entspricht im wesentlichen den Forderungen, die der Bundesjugendausschuß des DGB zum Antikriegstag in seinem Aufruf aufgestellt hatte.

Weitere Beschlüsse, die die vorstehenden Hauptbeschlüsse zur Friedenspolitik flankieren, sind von Bedeutung.

Die Delegierten verurteilen „den Versuch des Bundesverteidigungsministeriums ... im November 1981 auf dem Betriebsgelände der Firma Keiper in Rockenhausen eine öffentliche Vereidigung durchzuführen ... und fordern die Abschaffung öffentlicher Vereidigungen in jeglicher Form".

Die Konferenz forderte die Aufhebung des Hausverbotes durch die DGB-Vermögensverwaltung gegenüber der DFG-VK.

Ein Beschluß richtete sich gegen die Stationierung des US-Giftgases in Fischbach/Pfalz und rief den DGB-Landesbezirk zur Unterstützung auf.

Einen sehr wichtigen Beschluß stellt die Erklärung zur unbedingten Solidarität mit der polnischen Gewerkschaft Solidarność dar, in der vom DGB auch die „schnellstmögliche Kontaktaufnahme und Pflege freundschaftlicher Beziehungen sowie stetiger Jugendaustausch" gefordert wird.

Weitere Beschlüsse wurden zu folgenden Themen gefaßt:

– Der Bundesvorstand wird beauftragt, „mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, den 1. September zum Antikriegstag als Gedenktag (gesetzlicher Feiertag) zu erheben".

– Die Errichtung kommunaler Meldestellen für leerstehende Wohnungen und die Möglichkeit der Zwangsbesetzung/belegung durch die Kommunen.

– Baustopp aller im Bau befindlichen und die Stillegung aller bereits fertiggestellten Atomkraftwerke in der BRD.

– Solidaritätsresolutionen mit dem Streik der amerikanischen Fluglotsen und dem Kampf der „Heinze-Frauen" um „gleichen Lohn für gleiche Arbeit".

War die Konferenz zum einen durch die Verabschiedung der genannten Anträge gekennzeichnet, die größtenteils ohne langanhaltende Debatten vonstatten ging, so gab es in bezug auf die Jugendbildungsarbeit der Gewerkschaften größere Auseinandersetzungen. Wie schon seit längerem standen sich hier die Positionen der „offenen Jugendarbeit" und der „strukturierten", in Lehrgangsformen und -richtlinien gefaßten Jugendarbeit gegenüber. Vor allem die Jugend der IG Chemie setzte sich für eine Jugendarbeit ein, in der die Probleme wie Wohnungswesen und Instandbesetzungen, Umweltpolitik, Alternativbewegungen, die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, 1. Mai usw. relativ flexibel und den Interessen der teilnehmenden Jugendlichen gemäß einfließen können. Demgegenüber legten die Vertreter der IGM hauptsächlich wieder die geplante und genormte Jugendarbeit als die erfolgreiche Tätigkeit dar. Der Streit um die Positionen selbst wurde nicht entschieden, und demgemäß wurde ein Antrag verabschiedet, der in seinen verschiedenen Teilen sowohl die eine wie die andere Position aufnimmt. Die Auseinandersetzung darum geht also weiter.

Insgesamt kann man aber von einem erfolgreichen Verlauf der Konferenz sprechen, weil es gelang, einige wichtige Beschlüsse zu verabschieden und damit auch die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaftsjugend zu sichern.

Solidarität mit Solidarność

„Tiefgreifende materielle Unzufriedenheit und bisher ungenügende Berücksichtigung der Interessen der abhängig Beschäftigten in Polen haben dazu geführt, daß die Lohnabhängigen Polens gegen erhebliche Widerstände eine unabhängige und autonome Einheitsgewerkschaft zur eigenen Interessenvertretung gebildet haben. Die Staatsgewerkschaften waren ihrem selbstgestellten Auftrag nach Meinung von über 10 Millionen Lohnabhängigen in Polen nicht gerecht geworden.

Die neue autonome Gewerkschaft hat in der kurzen Zeit ihres Wirkens beträchtliche einkommenspolitische und gewerkschaftliche Erfolge aufzuweisen. Es erweist sich aufs Neue, daß nur autonome und und unabhängige Gewerkschaften wirkungsvoll die Interessen der Lohnabhängiger durchsetzen können.

Die Gewerkschaftsjugend begrüßt deshalb die Gründung und Existenz der Solidarność und fordert schnellstmögliche Kontaktaufnahme und Pflege freundschaftlicher Beziehungen sowie eines stetigen Jugendaustausches.

Sie verurteilt alle Tendenzen, die polnischen Gewerkschaften als Werk von Verschwörern, Antisozialisten oder Zionisten zu denunzieren oder zu diffamieren."

Unterstützung des Streiks der Fluglotsen in den USA

„Die Delegierten der 12. ordentlichen LBJK Rheinland-Pfalz verurteilen aufs Schärfste die Repressalien der Reaganregierung gegen die streikenden Fluglotsen.

Mit den vollzogenen fristlosen Kündigungen, Geldstrafen und Verhaftungen für streikende Fluglotsen soll ein Exempel statuiert werden, um den Widerstand der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen gegen das Sparprogramm zu Lasten von Arbeitnehmern und sozial Schwachen bei gleichzeitiger Hochrüstungspolitik der Reaganregierung zu brechen.

Die Widersprüchlichkeit, um nicht zu sagen Verlogenheit dieser Regierung und ihres Präsidenten wird allzu deutlich, wenn sie einerseits in Polen für freie Gewerkschaften und Streikrecht eintreten, aber im eigenen Land Arbeitnehmer, die von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, kriminalisiert, ins Gefängnis steckt und wirtschaftlich ruiniert.

Die Delegierten unterstützen die berechtigten Forderungen der Fluglotsen nach höherem Einkommen und kürzeren Arbeitszeiten. Gleichzeitig fordern sie den DGB-Bundesvorstand auf, über den IBFG den streikenden Fluglotsen jede nur erdenkliche Unterstützung zukommen zu lassen."

Entlassungen in der Frankfurter Metallindustrie

Stillegung von VDM / Massenentlassungen bei Adler

jot.Frankfurt. Die seit 1970 stattfindende Entwicklung, des ständigen Schrumpfens der Arbeitsplätze in der Industrie hat zu Veränderungen der Infrastruktur Frankfurts geführt. Solange die Schrumpfung der Industrie durch das Anwachsen der Verwaltung, des Handels und der Banken, gedeckt wurde, ging diese Veränderung im wesentlichen geräuschlos vor. Durch Fluktuation der Wohnbevölkerung kann man sie verfolgen, oder auch Umschulungsmaßnahmen der Arbeitsämter konnten einen Ausgleich schaffen. In den letzten 10 Jahren wurden in der Industrie insgesamt mehr als 30000 Arbeitsplätze abgebaut. In der elektrotechnischen Industrie waren es 7000, im Maschinenbau 9500, Feinmechanik Optik 5000. Von 10 abgebauten Arbeitsplätzen der Industrie kamen 8 aus der Metallindustrie.



In den letzten drei Jahren haben in mehr als 20 Betrieben der Metallindustrie Frankfurts größere Rationalisierung und Personalabbau stattgefunden. Nur um einige zu nennen H&B, AEG, T&N, Linotype.

Ob in der Verwaltung oder in der Produktion: die Computertechnik – Microelektronik – Microprozessoren verändern den Arbeitsplatz.

Mit Herstellungsverbesserungen der Microprozessoren, mit vereinfachten Programmierarbeiten, sind die Voraussetzungen geschaffen, daß sie im Produktionsprozeß angewandt werden. Das ist seit etwa 2 Jahren der Fall. Mit den Sensoren können die Microprozessoren während der Bearbeitung den Produktionsprozeß kontrollieren. Ein Maschinenarbeiter könnte bis zu 3 Maschinen überwachen, ohne Einrichten – das soll der Einrichter machen.

Der Maschinenarbeiter macht den Prüfer und Kontrolleur meist überflüssig, weil die Kontrolle programmiert ist. Die eigentliche geschickte Arbeit des Mechanikers und Werkzeugmachers wird von der Maschine ersetzt. Die Maschine ersetzt ihn, und setzt ihn frei.

Seine Arbeitskraft hat sich dadurch nicht im Wert verringert. Nur – mit der Freisetzung durch Umwälzung der Produktion entsteht ein „Überangebot“. Der Facharbeiter soll Lohnabgruppierungen und Entlassungen hinnehmen, will er nicht in die noch unsicherere Lage der Arbeitslosigkeit gedrängt werden. Zunehmend kann der Kapitalist auch angelernte Männer und Frauen an die Maschine stellen.

Bei Triumph/Adler Frankfurt wurden mechanische Typenhebelmaschinen mit elektrischem Antrieb gebaut.

Diese Fertigungsweise ist nicht mehr profitabel. Eine Vorstellung über die Änderung im Produktionsablauf erhält man, wenn man weiß, daß die elektrische Typenhebelmaschine aus 3000 mechanisch funktionierenden Teilen zusammenmontiert werden muß. Ein Schreibsystem dagegen hat max. 300 Teile, die im Baukastensystem zusammengesetzt werden. Ehemalige mechanische Funktionen werden durch elektrische Impulse ersetzt. Das sind die ersten Auswirkungen, die durch elektronische Bauteile im Produkt auftreten.

Heute sind von 3200 Belegschaftsmitgliedern 1979 2800 geblieben, und es wird von der Stillegung des Werkes gesprochen. Noch starrt die Belegschaft wie gebannt auf den Vorstand. Angeblich wird Jagd auf die Schuldigen gemacht. Fest steht bis heute nur, wer die gesamte Last tragen soll: die Belegschaft, die sich diese Fehler gefallen ließ. Der ganze Vorgang riecht nach Betrug. Schon im vergangenen Jahr wurde die Datentechnik vom Geschäftsbereich Büromaschinen getrennt; und welche Zukunft die elektrische Typenhebelmaschine hat, hat seit 1978 jede Schreibkraft gewußt. Die Vernichtung des Fertigungszweiges Büromaschinen bleibt zuletzt doch Rationalisierung zugunsten der Datentechnik. Und da ist bei weniger zu bezahlender Arbeit der Zuwachs beträchtlich für Triumph/Adler.

Erst Ende August soll entschieden werden, ob und in welcher Weise es weiter gehen soll. Die „Jobkiller“ von McKinsey prüfen die Möglichkeit eines Rationalisierungsprogramms.

Daß angesichts dieser Lage zur ersten Sitzung der IGM Frankfurt von Betriebsfunktionären nach der Urlaubszeit von der Ortsverwaltung Frankfurt der Oberbürgermeister zum Obleutekreis geladen wird, aber eine Unterrichtung der Mitglieder der Gewerkschaft über das weitere Vorgehen nicht stattfand, empörte einige Gewerkschafter, die dieses Mißfallen in einem offenen Brief ausdrückten. Zur Vertreterversammlung am 2. September 81 liegen einige Anträge vor. Informationsversammlungen sind nur ein Teil der notwendigen Auseinandersetzung um die „neue Technologie“. Die Gewerkschaftsorganisation muß umfassender als nur durch Sozialpläne Stellung nehmen, wenn sie den Folgen der neuen Technologie begegnen will.

Stillegung der VDM – Massenentlassungen bei Triumph/Adler

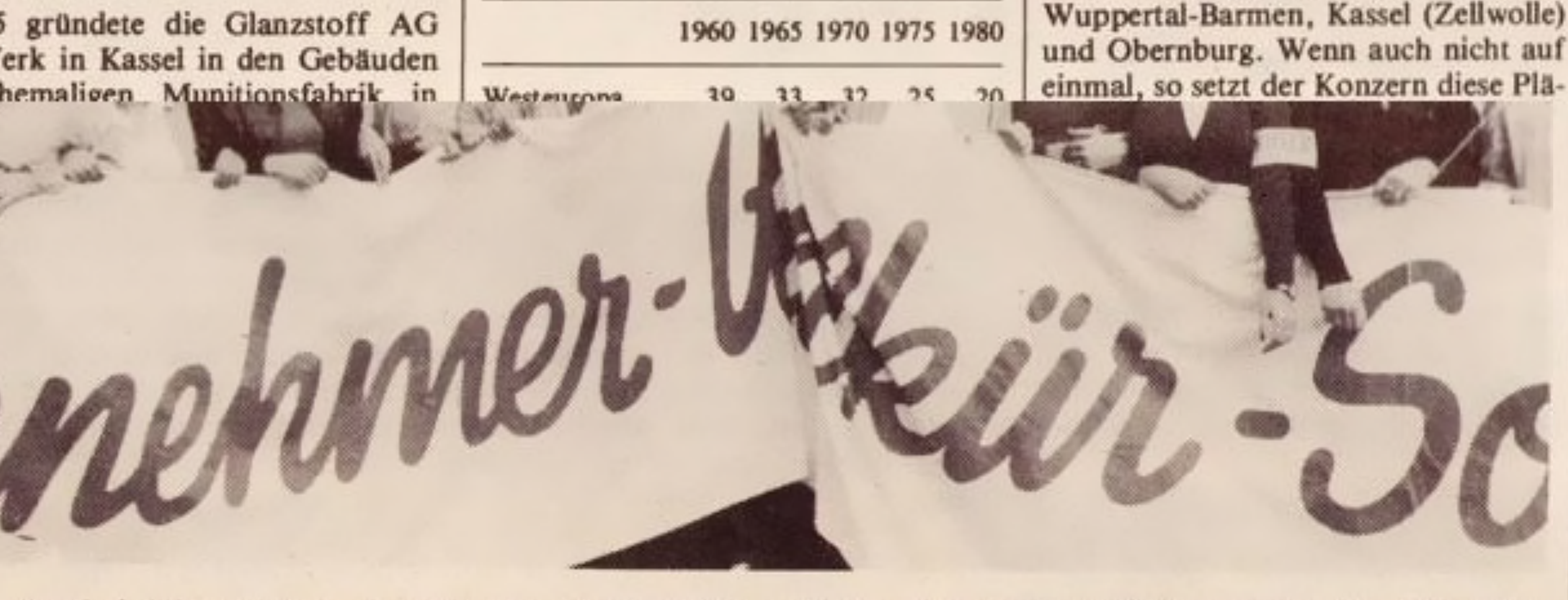
1200 Beschäftigte der Vereinigten Deutschen Metallwerke demonstrierten am 19.8.1981 gegen die drohende Schließung des Werkes in Frankfurt-Heddernheim. Mit der Schließung des Werkes werden 1700 Arbeitsplätze beseitigt. Der Vorstand der Metallgesellschaft verfügt über die Aktienmehrheit der VDM. Die Metallgesellschaft hat ihren Hauptsitz im Frankfurter Westend, vor einigen Wochen wurde hier das 100jährige Bestehen der Gesellschaft gefeiert. „Wir feiern aus Verpflichtung für das Unternehmen, seine Mitarbeiter und Freunde“, sagte der Vorstandsvorsitzende K.G. Ratjen. Vor dem Hauptgebäude im Reuterweg fand die Demonstration mit einer Kundgebung ihren Abschluß. Die Schließung des Werkes, erklärte der Vorsitzende des Betriebsrates der VDM, ist nicht gerechtfertigt und forderte „keine Schließung der VDM in Frankfurt“. Besonderen Beifall erhielt eine kleine Delegation von Kollegen des Frankfurter Werkes von Triumph/Adler, die auch von Schließung oder Massenentlassung bedroht sind.

Schon vor etwa 5 Jahren wurde von einer Stillegung der VDM in Heddernheim gesprochen. Dann kam der Rationalisierungsplan. Heute sind von den zu der Zeit über 3000 bei VDM Arbeitenden noch 1700 übrig. Im vergangenen Jahr wurde erneut mit Absprache des Betriebsrates ein Sanierungsprogramm beschlossen. Inzwischen hat der Vorstand der Metallgesellschaft den Stillegungs-Beschluß vorgelegt und den Betriebsrat des Werkes aufgefordert zum Vergleich.

Nach der gegenwärtigen Lage der Dinge kann die Belegschaft eine Schließung des Werkes nicht verhindern. Der Betriebsrat hat die Verhandlung eines Sozialplanes aufgenommen. Bei dem hohen Anteil älterer Arbeiter und überdurchschnittlich langer Betriebszugehörigkeit ist es geraten, die Kräfte inner- und außerhalb des Werkes auf die Durchsetzung eines guten Sozialplanes mit Altersabsicherung zu konzentrieren.

Am 21.8.81 haben 2000 Arbeiter der Triumph/Adlerwerke Frankfurt (TA Ffm) unter schwarzen Fahnen gegen eine mögliche Schließung oder Massenentlassungen im Gallus-Viertel demonstriert, die Nachricht über umfassende Reduzierungen der Belegschaft kam nach und nach. Zuerst hieß es: Ca. 350 Arbeitsplätze sollen über den Weg der „normalen Fluktuation“ abgebaut werden. Das war im Oktober 1980. Die „normale Fluktuation“ war immer sehr hoch – vor allem in den Montage-Abteilungen. Die Adlerwerke waren bekannt als üble Knochenmühle. Durch die ansteigende Arbeitslosigkeit im Bereich der Metallindustrie sackte die Fluktuation ab, bedingt durch Kurzarbeit seit Ende 1980.

kln.Kassel. Am 12. Dezember letzten Jahres besetzte die Nachtschicht das Enka-Werk Kassel, nachdem vom Vorstand Stillegungsabsichten bekannt geworden waren. Seitdem kämpft die Belegschaft um den Erhalt des Werks und ihrer Arbeitsplätze.
1935 gründete die Glanzstoff AG das Werk in Kassel in den Gebäuden
Diese Strukturkrise traf zudem Westeuropa am stärksten (siehe Tabelle Marktanteile).
Weltmarktanteile Chemiefasern (in Prozent) 1960 1965 1970 1975 1980
1976 versucht der Konzern erneut, durch einen „Strukturbereinigungsplan“ 6000 Arbeiter zu entlassen durch Schließung der Werke in Arnheim (Holland), Zwijnaarde (Belgien) und Waldniel (Niederrhein) sowie durch Teilstillegungen in den Werken Wuppertal-Barmen, Kassel (Zellwolle) und Obernburg. Wenn auch nicht auf einmal, so setzt der Konzern diese Plä-
schließen, worüber mehr als 1000 Arbeitsplätze verloren gingen. Der Betriebsrat wies nun aber nach, daß der Konzern seit 1975 systematisch den Erhalt des Werks in Kassel das Wasser abgrub und das holländische Werk Emen entgegen allen Zusagen bevorzugt zum Synthesefaserschwerpunkt machte.
Die Nichteinhaltung der Zusagen
Betriebsvereinbarung durchsetzen, daß die Produktion nach dem 19. August nach den Betriebsferien wieder anlief.
Neben der Tatsache, daß viele Arbeiter der Stammbelegschaft die Fabrik nach völliger Zerstörung 1945 wieder aufbauten, ist die Altersstruktur und die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Kassel und Nodhessen eine entscheidende Triebkraft für den Kampf der



nicht stattfand, empörte einige Gewerkschafter, die dieses Mißfallen in einem offenen Brief ausdrückten. Zur Vertreterversammlung am 2. September 81 liegen einige Anträge vor. Informationsversammlungen sind nur ein Teil der notwendigen Auseinandersetzung um die „neue Technologie“. Die Gewerkschaftsorganisation muß umfassender als nur durch Sozialpläne Stellung nehmen, wenn sie den Folgen der neuen Technologie begegnen will.
Stillegung der VDM – Massenentlassungen bei Triumph/Adler
1200 Beschäftigte der Vereinigten Deutschen Metallwerke demonstrierten am 19.8.1981 gegen die drohende Schließung des Werkes in Frankfurt-Heddernheim. Mit der Schließung des Werkes werden 1700 Arbeitsplätze beseitigt. Der Vorstand der Metallgesellschaft verfügt über die Aktienmehrheit
zugehörigkeit ist es geraten, die Kräfte inner- und außerhalb des Werkes auf die Durchsetzung eines guten Sozialplanes mit Altersabsicherung zu konzentrieren.
Am 21.8.81 haben 2000 Arbeiter der Triumph/Adlerwerke Frankfurt (TA Ffm) unter schwarzen Fahnen gegen eine mögliche Schließung oder Massenentlassungen im Gallus-Viertel demonstriert, die Nachricht über umfassende Reduzierungen der Belegschaft kam nach und nach. Zuerst hieß es: Ca. 350 Arbeitsplätze sollen über den Weg der „normalen Fluktuation“ abgebaut werden. Das war im Oktober 1980. Die „normale Fluktuation“ war immer sehr hoch – vor allem in den Montage-Abteilungen. Die Adlerwerke waren bekannt als üble Knochenmühle. Durch die ansteigende Arbeitslosigkeit im Bereich der Metallindustrie sackte die Fluktuation ab, bedingt durch Kurzarbeit seit Ende 1980.
In den letzten drei Jahren haben in mehr als 20 Betrieben der Metallindustrie Frankfurts größere Rationalisierung und Personalabbau stattgefunden. Nur um einige zu nennen H&B, AEG, T&N, Linotype.
Ob in der Verwaltung oder in der Produktion: die Computertechnik – Microelektronik – Microprozessoren verändern den Arbeitsplatz.
Der Maschinenarbeiter macht den Prüfer und Kontrolleur meist überflüssig, weil die Kontrolle programmiert ist. Die eigentliche geschickte Arbeit des Mechanikers und Werkzeugmachers wird von der Maschine ersetzt. Die Maschine ersetzt ihn, und setzt ihn frei.
Seine Arbeitskraft hat sich dadurch nicht im Wert verringert. Nur – mit
Diese Fertigungsweise ist nicht mehr profitabel. Eine Vorstellung über die Änderung im Produktionsablauf erhält man, wenn man weiß, daß die elektrische Typenhebelmaschine aus 3000 mechanisch funktionierenden Teilen zusammenmontiert werden muß. Ein Schreibsystem dagegen hat max. 300 Teile, die im Baukastensystem zusammengesetzt werden. Ehe-

9 Monate Kampf gegen die Schließung des Enka-Werkes Kassel

Unterschriftensammlungsaktion des DGB in Nordhessen

kln.Kassel. Am 12. Dezember letzten Jahres besetzte die Nachtschicht das Enka-Werk Kassel, nachdem vom Vorstand Stillegungsabsichten bekannt geworden waren. Seitdem kämpft die Belegschaft um den Erhalt des Werks und ihrer Arbeitsplätze.

1935 gründete die Glanzstoff AG das Werk in Kassel in den Gebäuden der ehemaligen Munitionsfabrik in Bettenhausen. Es war das erste größere Werk in Deutschland, wo Zellwolle und Chemiefasern auf Zellulosebasis produziert wurden. Diese Fasern wurden ab den 30er Jahren erstmals industriell in großem Maßstab hergestellt. 1945 war das Werk vollständig zerstört und wurde von der ca. 1000köpfigen Belegschaft wieder neu aufgebaut. Die Belegschaft wuchs zu Spitzenzeiten auf 2300 an. In den sechziger Jahren begann die Expansionsphase der synthetischen Chemiefasern, und in Kassel wurde ein Diolenwerk errichtet. Seitdem begannen, entsprechend der allgemeinen Tendenz, die Synthesefasern die Zellulosefaser zunehmend zu ersetzen. Betrug z.B. die Zellwollproduktion 1957 in Kassel ca. 126 Tagestonnen (tato), so sank sie bis 1971 auf 80 tato und wurde schließlich 1976 ganz eingestellt, während die Synthesefaserproduktion bis 1980 an Diolen auf ca. 100 Tonnen/Tag und Perlon auf ca. 11 Tonnen je Tag stieg. In diesem Zeitraum wurde die Belegschaft jedoch von ca. 2200 auf 840 Arbeiter verringert. Der größte Teil der Fabrikhallen steht seit der Schließung der Zellwollproduktion 1976 leer.

Diese Zahlen zeigen deutlich die Spuren der Enka-Rationalisierungspolitik seit Beginn der 70er Jahre, als eine weltweite Chemiefaserkrise entstand, die sich zu einer Strukturkrise über den Charakter einer konjunkturell bedingten Krise hinaus entwickelte und heute noch nicht beseitigt ist. Immer noch stehen gewaltige Überkapazitäten einer stagnierenden Nachfrage gegenüber.

Diese Strukturkrise traf zudem Westeuropa am stärksten (siehe Tabelle Marktanteile).

Weltmarktanteile Chemiefasern
(in Prozent)

	1960	1965	1970	1975	1980
Westeuropa	39	33	32	25	20
USA	23	29	27	28	32
Japan	16	16	17	14	13
Übrige	22	22	24	33	35

1976 versucht der Konzern erneut, durch einen „Strukturbereinigungsplan“ 6000 Arbeiter zu entlassen durch Schließung der Werke in Arnheim (Holland), Zwijnaarde (Belgien) und Waldniel (Niederrhein) sowie durch Teilstillegungen in den Werken Wuppertal-Barmen, Kassel (Zellwolle) und Obernburg. Wenn auch nicht auf einmal, so setzt der Konzern diese Pläne im Großen und Ganzen durch. 1977 werden weitere Teilstillegungen in den Werken Kelsterbach, Barmen und Obernburg vorgenommen.

Der Enka-Akzo-Konzern, größter westeuropäischer Chemiefaserkonzern, versuchte dementsprechend 1972, 1976 und jetzt, eine größere Sanierungswelle über Werksstillegungen, Massenentlassungen und Konzentration der Werke an wenigen Punkten durchzusetzen. So führten 1972 Stillegungsabsichten für die Werke Breda Holland und Wuppertal-Barmen zu Werksbesetzungen und Demonstrationen. Die Sanierungspläne sahen Entlassungen von über 4000 Arbeitern vor. Durch die heftigen Proteste der Belegschaften mußte der Konzern die Pläne offiziell zurücknehmen, um sie dann schleichend durchzuführen. So verringerte sich die Gesamtbelegschaft von Enka in der BRD von 1971 bis 1976 von 27100 auf 19780 und vom Gesamtkonzern von 48000 auf ca. 36000.

Im letzten Jahr tischte der Vorstand einen weiteren Strukturbereinigungsplan auf, der Stillegungen von Produktionskapazitäten bis zu 15% und Entlassung von ca. 4000 Beschäftigten, unter anderem durch Stillegungen in Konz (Mosel), Holland und Nordirland vorsah.

Vor diesem Hintergrund muß man den entschlossenen Kampf der Kasseler Belegschaft sehen. Hinzu kommen aber noch andere Faktoren. So hatte der Betriebsrat bei den notgedrungenen Zustimmungen zu Stillegungen und Entlassungen im Zellwollbetrieb 1971 und 1976 die schriftliche Zusicherung des Vorstands bekommen, das Werk Kassel werde zu Schwerpunktwerk für Synthesefasern des Konzerns in der BRD ausgebaut. Nur darüber konnte der Vorstand z.B. 1976 die Zellwollproduktion endgültig schließen, worüber mehr als 1000 Arbeitsplätze verloren gingen. Der Betriebsrat wies nun aber nach, daß der Konzern seit 1975 systematisch den Erhalt des Werks in Kassel das Wasser abgrub und das holländische Werk Emen entgegen allen Zusagen bevorzugt zum Synthesefaserschwerpunkt machte.

Die Nichteinhaltung der Zusagen des Vorstands ist deshalb einer der Hauptvorwürfe des Betriebsrats. Zweitens bestreitet er die Stichhaltigkeit der Gründe für eine Schließung. Die Geschäftsleitung führt dafür allgemein die Strukturkrise in der Chemiefaserindustrie an, nicht aber spezielle Gründe wegen der Produkte des Werks: Polyesterfasern, die am meisten verarbeitet sind, sowie Polyamidfasern, deren Marktanteile rückläufig sind, aber nur 10% der Produktion des Werks ausmachen. Entgegen den Behauptungen des Vorstands, die Produktion könne in Kassel nur verlustreich betrieben werden, legte der Betriebsrat ein Sanierungskonzept vor, das das Werk ohne größere Entlassungen wieder wirtschaftlich betreibbar mache. Die leitenden Angestellten legten einen ähnlichen Plan vor.

Als die Verhandlungen Mitte August zwischen Gewerkschaft, Vorstand und Betriebsrat platzten und der DGB, unterstützt von den örtlichen Parteien bis auf die CDU, mit einer breiten Unterschriftensammlung für den Erhalt des Enka-Werkes begann, versuchte der Vorstand, dagegen zu klagen. Der Betriebsrat und die Gewerkschaft dürften nicht behaupten, die Schließungsgründe des Vorstands seien nicht stichhaltig. Der Vorstand mußte aber eine erste Schlappe einstecken, er verlor den Prozeß.

Nur dem hartnäckigen Kampf der Belegschaft ist es zu verdanken, daß das Werk noch nicht zu ist. Durch die Besetzung und weitere Streikaktionen und Auslieferungsblockaden im Januar konnte sie die Sicherung per Betriebsvereinbarung durchsetzen, daß die Produktion nach dem 19. August nach den Betriebsferien wieder anlief.

Neben der Tatsache, daß viele Arbeiter der Stammbelegschaft die Fabrik nach völliger Zerstörung 1945 wieder aufbauten, ist die Altersstruktur und die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Kassel und Nodhessen eine entscheidende Triebkraft für den Kampf der Belegschaft.

So sind 74% der Beschäftigten über 40 Jahre, 44% sind sogar über 50. 48% sind länger als 10 Jahre im Werk und 28% sind länger als 25 Jahre im Betrieb. Mit ziemlicher Sicherheit würden die meisten Arbeiter wegen ihres Alters, aber auch wegen ihrer speziellen Chemiefacharbeiterausbildung keine Arbeit in Nordhessen finden, das zudem die höchste Arbeitslosenquote in Hessen hat. Im Juli stieg die Arbeitslosenquote auf 6,3% gegenüber dem Vorjahr mit 4%. Würde der Enka-Betrieb geschlossen, würde die Arbeitslosenquote auf fast 7% steigen.

Der Kampf wird auch deshalb so hartnäckig geführt, weil sich zeigt, daß gerade in solchen strukturschwachen Gebieten wie Nordhessen Rationalisierungen, Entlassungen und Kapitalwegbewegungen für immer mehr Menschen eine Gefährdung ihrer Existenzgrundlage mit sich bringen. Von der Entlassung von 840 Enka-Arbeitern wären 2500 Menschen direkt mitbetroffen. Ganz abgesehen von den Auswirkungen einer dauernden hohen Arbeitslosigkeit auf alle Beschäftigten im Raum Kassel und Nordhessen.

Wenn der Kampf um den Erhalt des Werkes in erster Linie aus dem Interesse um den Erhalt des Arbeitsplatzes geführt wird und sich unter heutigen Bedingungen notgedrungen darauf konzentrieren muß, dem Enka-Kapital nachzuweisen, daß das Werk ohne Verluste betreibbar ist, so können von ihm aber auch Anstöße für Überlegungen über eine planmäßige gleichmäßige regionale Entwicklung ausgehen.

Wohin steuert die staatliche Hochschulpolitik

Streit um Hochschulbau BAföG-Kürzungen / „Weniger Lehrer – mehr Ingenieure“

Von Klaus Baumgärtner



Alle alten Schätzungen über die Entwicklung der Studentenzahlen in den nächsten Jahren mußten inzwischen über den Haufen geworfen werden: die Spitze des „Studentenberges“ wird nun nicht mehr 1985, sondern erst 1988/89 mit 1 329 000 Studierenden erwartet und mit einem Rückgang erst ab 1993 gerechnet, vorausgesetzt, die durchschnittliche Verweildauer kann von derzeit 13,1 Semestern an den Universitäten und 7,59 an den Fachhochschulen auf 11,5 bzw. 7,50 Semester ab 1985 gesenkt werden. Weitere Unbekannte für die Zahlenjongleure der Datenkommission der Kultusministerkonferenz sind die Studierwilligkeit und die Abbrecherquote: Erstere wird mit zwischen 72 und 76% der Studienberechtigten angenommen, wonach dann 1986/87 mit 231 000 bis 24200 Studienanfängern zu rechnen ist.

In schroffem Widerspruch zur Korrektur der geschätzten Studentenzahlen nach oben steht die am 25. Juni von der Finanzministerkonferenz beschlossene Überprüfung der räumlichen Ausbauziele für die Hochschulen mit der Absicht einer Korrektur nach unten. Heute gibt es für 1 044 000 Studenten 720 000 Studienplätze, eine Überlastquote von mehr als 40%. Selbst wenn das jetzt in Frage gestellte Ausbauziel von 850 000 Studienplätzen für 1,3 Mio. Studierende erreicht würde, betrüge die Überlastquote schon gut 50%, mit der Folge, daß die Hochschulen aus den Nähten platzen und die Studienbedingungen für die meisten noch unerträglicher würden. Da hilft auch nicht der von Politikerseite oft gehörte Einwand, daß dies nur für einige besonders beliebte Hochschulen zutreffe, während andere unterbelegt seien. Wenn jene Hochschulen wie z.B. Hamburg jetzt einen örtlichen Numerus Clausus einführen, um einem Kollaps vorzubeugen, wird die Überfüllung über kurz oder lang zu einer allgemeinen Erscheinung werden. Das Chaos wird nur verwaltet.

Kein Wunder also, daß es zwischen Bund und Ländern zu einem mittelschweren Krach über die Finanzierung des Hochschulbaus gekommen ist, nachdem die Bundesregierung kurz nach den Bundestagswahlen angekündigt hatte, die Mittel für den Hochschulausbau 1981 von 850 Mio. DM auf 680 Mio. DM zu kürzen. Von 1981 bis 1984 wollte der Bund nur insgesamt 2,74 Mrd. DM statt der ursprünglich geplanten 3,8 Mrd. DM zur Verfügung stellen. Der Hochschulbau gehört zu den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben, die zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden; die Länder hätten also ebenfalls ihre Ansätze entsprechend kürzen müssen. Daraufhin drohten die CDU-regierten Bundesländer mit einer Verfassungsklage, die jedoch durch einen Kompromiß, dem lediglich das Land Bayern nicht zustimmte, zunächst abgewendet werden

NRW: Sparmaßnahmen vor allem
oft gehörte Einwand, daß dies nur für einige besonders beliebte Hochschulen zutreffe, während andere unterbelegt seien. Wenn jene Hochschulen wie z.B. Hamburg jetzt einen örtlichen Numerus Clausus einführen, um einem Kollaps vorzubeugen, wird die Überfüllung über kurz oder lang zu einer allgemeinen Erscheinung werden. Das Chaos wird nur verwaltet.
Kein Wunder also, daß es zwischen Bund und Ländern zu einem mittelschweren Krach über die Finanzierung des Hochschulbaus gekommen ist, nachdem die Bundesregierung kurz nach den Bundestagswahlen angekündigt hatte, die Mittel für den Hochschulausbau 1981 von 850 Mio. DM auf 680 Mio. DM zu kürzen. Von 1981 bis 1984 wollte der Bund nur insgesamt 2,74 Mrd. DM statt der ursprünglich geplanten 3,8 Mrd. DM zur Verfügung stellen. Der Hochschulbau gehört zu den sogenannten Gemeinschaftsaufgaben, die zur Hälfte von Bund und Ländern getragen werden; die Länder hätten also ebenfalls ihre Ansätze entsprechend kürzen müssen. Daraufhin drohten die CDU-regierten Bundesländer mit einer Verfassungsklage, die jedoch durch einen Kompromiß, dem lediglich das Land Bayern nicht zustimmte, zunächst abgewendet werden
halb der Ruf der Bundesbank und der verschiedenen Kapitalistenverbände, die unproduktiven, bloß konsumtiven Staatsausgaben (von denen die genannten Bildungsausgaben nur ein Bruchteil sind) zu drosseln, die investiven Ausgaben hingegen zu erhöhen. Doch so sehr diese Bildungsausgaben einerseits auf die Profitrate drücken, so erfordert doch andererseits die beständige Entwicklung der Produktivkräfte, zu der das Kapital durch die Konkurrenz genötigt ist, eine tendenzielle Steigerung der Bildungsausgaben der Gesellschaft. In diesem Widerspruch bewegt sich die staatliche Bildungspolitik notwendig, aber auch andere, politische Faktoren spielen eine nicht unbedeutende Rolle: Was ist politisch durchsetzbar? Wie kann es ohne allzu großen Verlust der eigenen Wählerbasis durchgesetzt werden? Wie sehen nun die politischen Konzeptionen von SPD/FDP und CDU für die Hochschulen aus?
Alle Parteien sind sich darin einig, daß es keine drastischen Maßnahmen
bis 1984 auf 2,4 Mrd. DM bei steigenden Studentenzahlen und anhaltender Inflation eingefroren, realiter also gesenkt. Zum einen soll das über eine reale Kürzung (trotz nominaler Erhöhung) der Freibeträge und Bedarfssätze geschehen, zum anderen über die Einschränkung der Förderung des Zweiten Bildungsweges und des Zweitstudiums an einer Universität nach einem Fachhochschulstudium. Diese Beschlüsse, gegen die noch am 3.6. ca. 40000 Studenten in Bonn demonstriert haben, werden sich vor allem für die Bildungsmöglichkeiten der Kinder aus Arbeiterfamilien mit niedrigem Einkommen negativ auswirken, während die Mittelklassen diese Kürzungen wohl eher verkaften können. Die CDU fordert zusätzlich – zuletzt noch in der von ihr in der letzten Woche eingebrachten Großen Anfrage zur Hochschulpolitik – eine stärkere Leistungskontrolle über die bestehende hinaus.
Differenzen gibt es allerdings über den Beschluß der Bundesregierung, ab 1982 Zahlungen für die Graduierten-
Elitenbildung zusammen (siehe dazu das jüngste Papier des Wissenschaftsrates, dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 1.6.), die sie gefährdet sehen. Das ändert freilich nichts daran, daß es richtig ist, gegen diese Streichung der Förderung für Doktoranden zu protestieren. Zur Finanzierung der Graduiertenförderung wie des Wohnheimbaus schlagen CDU/CSU die Streichung der Mittel für Modellversuche (für 1982 sind dafür knapp 100 Mio. DM vorgesehen) vor, die in ihren Augen eh nichts anderes als „rote Kaderschmieden“ (Bremen, Oldenburg u.a.) sind. Ein doppelbödiger Vorschlag: Die CDU/CSU könnte sich als Verfechter von Studenteninteressen profilieren und gleichzeitig fortschrittliche Modelle liquidieren.
Einschneidend, wenn auch in diesem Zusammenhang peripher, ist der Beschluß der Kultusministerkonferenz, den Zugang ausländischer Studenten an deutsche Hochschulen drastisch einzuschränken.
den nach vom Kultusminister Girgensohn bestätigten Schätzungen 15000 bis 20000 Lehrerstellen 1983/84 einen „kw-Vermerk“ (kw = künftig wegfallend) erhalten. Die Massenarbeitslosigkeit von Lehrern wird ihre „heilsame“ Wirkung auf die Fächerwahl der Studienanfänger nicht verfehlen. An den Hochschulen sind dazu eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen durchgesetzt worden: in einigen Bundesländern die Schließung der Pädagogischen Hochschulen und ihre Integration in die Universitäten bei gleichzeitiger Verringerung der Kapazitäten im Bereich der Lehrerausbildung; in anderen Bundesländern steht die Schließung noch bevor. Zudem sind allerorten die Lehrerprüfungsordnungen verschärft worden, zuletzt noch in NRW, wo dies in der erklärten Absicht geschah, die Zahl der Lehrer zu senken bzw. über stark differenzierte Noten eine Rangliste aufstellen zu können, nach der dann eingestellt bzw. nicht eingestellt wird. Die CDU/CSU forderte in der schon erwähnten Großen Anfrage, daß die „Ausbauschwerpunkte dort gesetzt werden (sollten), wo Studiengänge zu Berufen mit überschaubaren Chancen führten, nämlich in den Natur- und Ingenieurwissenschaften“. „Den Finanzpolitikern müsse klargemacht werden,

konnte: Die Länder finanzieren 1981 die fehlenden Bundesmittel vor, die der Bund dann ab 1982 zurückzahlt. Darüberhinaus wird die Kürzung der Bundesmittel für den Hochschulausbau nicht so drastisch wie ursprünglich vorgesehen ausfallen: 900 Mio. DM für 1982 (einschließlich der Rückzahlung der vorfinanzierten 220 Mio. DM von 1981) und jeweils 800 Mio. Dm in dem kommenden Jahren, macht für den Zeitraum von 1981 bis 1984 zusammen 3,15 Mrd. DM, immer noch 650 Mio. DM weniger als vor den ersten Kürzungsbeschlüssen, aber auch 400 Mio. DM mehr als nach diesen. Doch wer weiß schon, wie lange diese Zahlen ihre Gültigkeit behalten werden. Das ganze Zahlengewirr drückt auch eine gewisse Ratlosigkeit der SPD/FDP-Regierung aus: Für 1981 gibt es erstmals keinen Rahmenplan für den Hochschulbau, darüber wird erst im September beraten. Solange bleibt auch noch ungewiß, ob z.B. die riesige Baugrube neben der Essener Gruga für das geplante operative Zentrum der Gesamthochschule, für das bereits 30 Mio. DM ausgegeben worden sind, nicht wieder zugeschüttet werden muß. Gegenwärtig weiß jedenfalls niemand, wie die mindestens 600 Mio. DM, die der Bau dieses Zentrums kosten wird, finanziert werden sollen. So bedeuten die Sparmaßnahmen zugleich eine ungeheure Verschwendung.

Verschwendung sind vom Standpunkt des Kapitals aus betrachtet eine Fülle von staatlichen Bildungsausgaben: Jede Mark, die für einen Lehrer wie für die die Lehrer ausbildenden Hochschullehrer ausgegeben wird, ist unproduktiv, schafft keinen Mehrwert, drückt folglich auf die Profitrate des Gesamtkapitals; jede Mark für Stipendien wird individuell konsumiert, engeht daher dem Verwertungsprozeß des Kapitals; Perlen vor die Säue geworfen ist von diesem Standpunkt aus auch jeder zu viel studierte Tag, jede überflüssig konsumierte Bildung. Deshalb der Ruf der Bundesbank und der verschiedenen Kapitalistenverbände, die unproduktiven, bloß konsumtiven Staatsausgaben (von denen die genannten Bildungsausgaben nur ein Bruchteil sind) zu drosseln, die investiven Ausgaben hingegen zu erhöhen. Doch so sehr diese Bildungsausgaben einerseits auf die Profitrate drücken, so erfordert doch andererseits die beständige Entwicklung der Produktivkräfte, zu der das Kapital durch die Konkurrenz genötigt ist, eine tendenzielle Steigerung der Bildungsausgaben der Gesellschaft. In diesem Widerspruch bewegt sich die staatliche Bildungspolitik notwendig, aber auch andere, politische Faktoren spielen eine nicht unbedeutende Rolle: Was ist politisch durchsetzbar? Wie kann es ohne allzu großen Verlust der eigenen Wählerbasis durchgesetzt werden? Wie sehen nun die politischen Konzeptionen von SPD/FDP und CDU für die Hochschulen aus?

Alle Parteien sind sich darin einig, daß es keine drastischen Maßnahmen zur Einschränkung des Hochschulzuganges geben soll, daher auch der Kompromiß in der Frage des Hochschulbaus; die Ausbauplanung bewegt sich hart am Rande des Kollapses der Hochschulen, der Kollaps selber aber soll vermieden werden. Einigkeit auch darin, daß die staatlichen Ausbildungsförderung eingeschränkt werden muß. Die Ausgaben für das BAFöG werden bis 1984 auf 2,4 Mrd. DM bei steigenden Studentenzahlen und anhaltender Inflation eingefroren, realiter also gesenkt. Zum einen soll das über eine reale Kürzung (trotz nominaler Erhöhung) der Freibeträge und Bedarfssätze geschehen, zum anderen über die Einschränkung der Förderung des Zweiten Bildungsweges und des Zweitstudiums an einer Universität nach einem Fachhochschulstudium. Diese Beschlüsse, gegen die noch am 3.6. ca. 40000 Studenten in Bonn demonstriert haben, werden sich vor allem für die Bildungsmöglichkeiten der Kinder aus Arbeiterfamilien mit niedrigem Einkommen negativ auswirken, während die Mittelklassen diese Kürzungen wohl eher verkaften können. Die CDU fordert zusätzlich – zuletzt noch in der von ihr in der letzten Woche eingebrachten Großen Anfrage zur Hochschulpolitik – eine stärkere Leistungskontrolle über die bestehende hinaus.

Differenzen gibt es allerdings über den Beschluß der Bundesregierung, ab 1982 Zahlungen für die Graduiertenförderung (Doktoranden) und den Studentenwohnheimbau einzustellen, beides ebenfalls Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Für die Graduiertenförderung hat der Bund 1981 15 Mio. DM aufgewandt. Daß die CDU und mit ihr der RCDS gegen diesen Beschluß heftig protestieren, hängt mit der eifrig geführten Diskussion um die Notwendigkeit einer verstärkten Elitenbildung zusammen (siehe dazu das jüngste Papier des Wissenschaftsrates, dokumentiert in der Frankfurter Rundschau vom 1.6.), die sie gefährdet sehen. Das ändert freilich nichts daran, daß es richtig ist, gegen diese Streichung der Förderung für Doktoranden zu protestieren. Zur Finanzierung der Graduiertenförderung wie des Wohnheimbaus schlagen CDU/CSU die Streichung der Mittel für Modellversuche (für 1982 sind dafür knapp 100 Mio. DM vorgesehen) vor, die in ihren Augen eh nichts anderes als „rote Kaderschmieden“ (Bremen, Oldenburg u.a.) sind. Ein doppelbödiger Vorschlag: Die CDU/CSU könnte sich als Verfechter von Studenteninteressen profilieren und gleichzeitig fortschrittliche Modelle liquidieren.

Einschneidend, wenn auch in diesem Zusammenhang peripher, ist der Beschluß der Kultusministerkonferenz, den Zugang ausländischer Studenten an deutsche Hochschulen drastisch einzuschränken.

Ein ziemlich entscheidendes Ziel staatlicher Hochschul- und Bildungspolitik dürfte die unter dem Schlagwort „Weniger Lehrer – mehr Ingenieure“ zusammengefaßte Änderung in der Zusammensetzung der Studentenschaft nach Fächern und Studienziel sein. In allen Länderetats sind die Lehrerplanstellen drastisch nach unten korrigiert worden. Allein in NRW werden nach vom Kultusminister Girgensohn bestätigten Schätzungen 15000 bis 20000 Lehrerstellen 1983/84 einen „kw-Vermerk“ (kw = künftig wegfallend) erhalten. Die Massenarbeitslosigkeit von Lehrern wird ihre „heilsame“ Wirkung auf die Fächerwahl der Studienanfänger nicht verfehlen. An den Hochschulen sind dazu eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen durchgesetzt worden: in einigen Bundesländern die Schließung der Pädagogischen Hochschulen und ihre Integration in die Universitäten bei gleichzeitiger Verringerung der Kapazitäten im Bereich der Lehrerausbildung; in anderen Bundesländern steht die Schließung noch bevor. Zudem sind allerorten die Lehrerprüfungsordnungen verschärft worden, zuletzt noch in NRW, wo dies in der erklärten Absicht geschah, die Zahl der Lehrer zu senken bzw. über stark differenzierte Noten eine Rangliste aufstellen zu können, nach der dann eingestellt bzw. nicht eingestellt wird. Die CDU/CSU forderte in der schon erwähnten Großen Anfrage, daß die „Ausbauschwerpunkte dort gesetzt werden (sollten), wo Studiengänge zu Berufen mit überschaubaren Chancen führten, nämlich in den Natur- und Ingenieurwissenschaften“. „Den Finanzpolitikern müsse klargemacht werden, daß die Hochschulen nicht nur zur geistigen Auseinandersetzung, sondern auch zur künftigen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik entscheidend beitrügen“ (Rühe, Obmann der CDU für Bildungspolitik; zitiert nach FAZ v. 21.81).

Die eingetretene Entwicklung, daß der Zuwachs an Studenten in den Geisteswissenschaften und in der Lehrerausbildung weit höher war als in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, soll umgekehrt werden. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher auch die Stärkung der Fachhochschulen (siehe FAZ v. 16.7.81), zumal die Studiendauer dort wesentlich kürzer sei und die Erfolgsquote höher als an den Universitäten.

Wird auch gegenwärtig schon ziemlich rege darüber diskutiert, ob nicht der Studenten zu viele seien (nämlich 18% eines Altersjahrganges) und vor allem zu viele schlechte (siehe FAZ-Kommentar am 10.8. unter der Überschrift „Schlechte Studenten“), ob nicht wieder mehr Elite-Förderung nottue, so ist man sich selbst in der CDU/CSU höchst unsicher, ob eine stärkere Beschränkung der Zugangsberechtigung sinnvoll sei. Ein anderes Problem ist, wie die bürgerlichen Parteien die Studentenschaft politisch wieder besser in den Griff bekommen können, nachdem der RCDS mit der Uni Bonn, der TH Aachen und der Uni Köln inzwischen seine letzten Bastionen im AStA verloren hat und auch die Jusos kräftige Stimmenverluste haben hinnehmen müssen. Im September wird es im Bundestag zu einer hochschulpolitischen Debatte kommen.

NRW: Sparmaßnahmen vor allem im Bildungs- und Sozialbereich

ans.Dortmund. Die nordrheinwestfälische SPD-Regierung hat mit dem Haushaltsentwurf 82 ein Haushaltsfinanzierungsgesetz angekündigt, das finanzielle Kürzungen im Bereich verschiedener Leistungsgesetze und gegenüber den Gemeinden ermöglichen soll. Als „Vorreiter“ im „Tempo der Verschuldung“ (Finanzminister Posser) will sie nun dieses Tempo durch drastische Maßnahmen drosseln. Bei einer Lage, in der die Neuverschuldung im kommenden Jahr nicht mehr ausreicht, um die Tilgung und Zinsen zu zahlen (vg. KVZ 33/81) und möglicherweise eine Milliarde DM an Steuereinnahmen direkt zur Schuldentilgung aufgewendet werden muß (FAZ, 13.8. 81), planen die Sozialdemokraten Kürzungen vor allem im Bildungs- und Sozialsektor, außerdem beim Personal des Landes und den Zuweisungen an die Gemeinden.

Gegenüber den Gemeinden soll der Anteil aus dem Steuerverbund von 28 auf 26,5% gesenkt werden, mit Ausnahme des Wohnungsbaus wird es rigorose Einsparungen bei allen Baumaßnahmen geben, vor allem über die Kürzungen der Zweckzuweisungen an die Kommunen, die vorwiegend für Straßen-, Stadt- und U-Bahnbauten, Schulen, Krankenhäuser, Sport- und Sozialeinrichtungen verwendet werden. Die kommunalen Investitionen, die sich vor allem auf solche infrastrukturellen Bereiche erstrecken, werden zurückgehen, Neubauten werden angesichts der Lage von den Kommunen kaum durchführbar sein, wahrscheinlich wird auch das eine oder andere U-Bahn-Netz oder Krankenhaus unvollendet bleiben und keine der neu geplanten Gesamtschulen wird einen Neubau erhalten.

2% aller Stellen im öffentlichen Dienst (=7000) sollen gestrichen werden, jede freie oder freiwerdende Stelle ein halbes Jahr lang nicht wiederbesetzt, Kürzungen bei der Beamtenbesoldung werden von der NRW-Regierung schon lange massiv gefordert. Polizei, Strafvollzugsdienst und Hochschulen sollen hiervon ausgenommen werden. Besonders betroffen sein werden durch die personellen Kürzungen wie auch die Sparmaßnahmen bei den Leistungsgesetzen die Schulen, aber auch Bereiche der Weiterbildung. Zum Schuljahresbeginn 81/82 wird es nach jahrelanger Kurzarbeit die ersten arbeitslosen Lehrer in NRW geben, im nächsten Jahr sollen bereits 4 392 Lehrerstellen, vor allem im Grund- und Hauptschulbereich, wegfallen; gesprochen wird schon von über 10000 arbeitslosen Lehrern in den nächsten Jahren.

Gleich mehrfach sollen sich die Arbeits- und Lernbedingungen an den Schulen verschlechtern. Außer bei der Lehrereinstellung soll bei den Schülertransportkosten, der Lernmittelfreiheit und den Festlegungen über die Mindestausstattung von kommunalen Einrichtungen gespart werden. D.h. wahrscheinlich werden die Eltern mindestens einen Teil der Fahrtkosten bezahlen müssen, soll die Ausleihquote bei Schulbüchern von 40 auf 70% erhöht werden, so daß mehrere Schülergenerationen sich durch dieselben Bücher quälen müssen und vor allem die Möglichkeit, zu üben oder etwas nachzuschlagen, stark eingeschränkt ist, gleichzeitig wird die Medienausstattung der Schulen sich verschlechtern, werden Zuschüsse für Klassenfahrten weiter gekürzt werden, kurz gesagt: Die Möglichkeiten, etwas zu lernen in den Schulen, können dadurch nur schlechter werden.

Die GEW des Landes hält der Regierung denn auch bereits die Aussagen ihrer Regierungserklärung entgegen und stellt fest: „Die derzeit betriebene Sparpolitik sichert in keiner Weise eine beschäftigungssichernde und umweltentlastende, vernünftige Produktion etwa im Sinne der ... DGB-Forderungen“ (NDS 13/81), und sie vermutet, daß bei einer solchen „Politik auf dem Rücken der Arbeitnehmer“ die sozialdemokratische Regierung die nächsten Wahlen „in den Kamin schreiben“ kann.

Walter Bauer

POSTKARTE AN JUNGE MENSCHEN

Gebt nicht nach, wie wir getan haben,
Folgt den Verlockungen nicht, denkt nach, verweigert,
Verweigert, lehnt ab.
Denkt nach, eh ihr Ja sagt,
Glaubt nicht sofort, glaubt auch dem Einleuchtenden nicht,
Glauben schläfert ein, und ihr sollt wach sein.
Fangt mit einem weißen Blatt an, schreibt selber die ersten Worte,
Laßt euch nichts vorschreiben.
Hört gut zu, hört lange zu, aufmerksam,
Glaubt der Vernunft nicht, der wir uns unterwarfen.
Fangt mit der stummen Revolte des Nachdenkens an, prüft
Und verwerft.
Bildet langsam das Ja eures Lebens.
Lebt nicht wie wir.
Lebt ohne Furcht.

Bertolt Brecht
aus:
DEUTSCHE KRIEGSFIBEL

DIE OBEREN SAGEN: FRIEDE UND KRIEG
Sind aus verschiedenem Stoff.
Aber ihr Friede und ihr Krieg
Sind wie Wind und Sturm.

Der Krieg wächst aus ihrem Frieden
Wie der Sohn aus der Mutter.
Er trägt
Ihre schrecklichen Züge.

Ihr Krieg tötet
Was ihr Friede
Übriggelassen hat.

WENN DIE OBEREN VOM FRIEDEN REDEN
Weiß das gemeine Volk
Daß es Krieg gibt.

Wenn die Oberen den Krieg verfluchen
Sind die Gestellungsbefehle schon ausgeschrieben.

Stephan Hermlin

DIE VÖGEL UND DER TEST

Zeitungen melden, daß unter dem Einfluß der Wasserstoffbombenversuche die Zugvögel über der Südsee ihre herkömmlichen Routen änderten.

Von den Savannen übers Tropenmeer
Trieb sie des Leibes Notdurft mit den Winden,
Wie taub und blind, von weit- und altersher,
Um Nahrung und um ein Geäst zu finden.

Nicht donner hielt sie auf, Taifun nicht, auch
Kein Netz, wenn sie was rief zu großen Flügen,
Strebend nach gleichem Ziel, ein schreiender Rauch
Auf gleicher Bahn und stets in gleichen Zügen.

Die nicht vor Wassern zagten noch Gewittern
Sahn eines Tags im hohen Mittagslicht
ein höhres Licht. Das schreckliche Gesicht

Zwang sie von nun an ihren Flug zu ändern.
Da suchten sie nach neuen sanfteren Ländern.
Laßt diese Änderung euer Herz erschüttern ...

Gedichte gegen den Krieg

bew. ,,Wir, die Dichter, hassen den Krieg und führen Krieg gegen den Krieg.'' Es sind nicht die Dichter allein, von denen hier der chilenische Schriftsteller Neruda spricht, die den Krieg hassen und ihn bekämpfen. Alle Bewegungen gegen den Krieg in der Geschichte waren getragen vom Volk, denn ,,Die Oberen sagen: es geht in den Ruhm. Die Unteren sagen: es geht ins Grab.'' (Brecht)
Aber es gab keine Bewegung gegen den Krieg und die Kriegsgefahr, wo nicht die Mehrzahl der bekanntesten Künstler diesen Kampf unterstützt hätten, wenn auch häufig mit unklaren Vorstellungen, wie etwa als Kampf gegen den Militarismus, oder auch wo sie an der Spitze derer standen, die als erste vor den Gefahren eines neuen Krieges warnten.
Mitgezogen durch die breite Friedensbewegung, nicht initiierend, haben eine große Zahl bekannter Dichter aus Ost- und Westeuropa auch gegenwärtig in einem ,,Appell der Schriftsteller Europas'' gegen die Kriegsgefahr und das Wettrüsten Stellung bezogen.

Günter Kunert

ÜBER EINIGE DAVONGEKOMMENE

Als der Mensch
unter den Trümmern
seines
bombardierten Hauses
hervorgezogen wurde,
schüttelte er sich
und sagte:
Nie wieder.

Jedenfalls nicht gleich.

Erich Fried
STATUS QUO
zur Zeit des Wettrüstens
Wer will
daß die Welt
so bleibt
wie sie ist
der will nicht
daß sie bleibt
Erich Fried
RICHTIGSTELLUNG
Die Mörder sind unter uns?
Auch das wäre schon gefährlich
Aber im Gegenteil:
Die Mörder sind *über* uns
Nachweis: Fried, aus: Erich Fried: Lebensschatten, Berlin 1981; Biermann, aus: Le-
Wolf Biermann
GENOSSEN, WER VON UNS WÄRE NICHT GEGEN DEN KRIEG
Für Robert Havemann
Aber
der Glanz Müntzerscher Morgensterne
über den aufrührerischen Bauern
wenn sie ihren Peinigern
ein blutiges Licht aufsteckten
Aber
der Wohlklang der Stalin-Orgel
wenn sie den Hitler-Soldaten
zu Weihnacht FRIEDE AUF ERDEN
in die erfrorenen Ohren brüllte
Aber
die Eleganz automatischer Raketen
in Ho Chi Minhs Himmeln
wenn sie den erstaunlichen Ingenieurleistungen
aus Detroit
den erstaunlichen Kuß geben
Aber
die Schönheit der Maschinenpistole
über der Schulter des Guerilla-Kämpfers
wenn er dem bolivianischen Kuli
treffende Argumente gegen seine Unterdrücker
Erich Kästner
KENNST DU DAS LAND, WO DIE KANONEN BLÜHN?
Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
in den Büros, als wären es Kasernen.
Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort.
Wenn dort ein Vorgesetzter etwa will
– und es ist sein Beruf etwas zu wollen –
steht der Verstand erst stramm und zweitens still.
Die Augen rechts! Und mit dem Rückgrat rollen!
Die Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
und mit gezognem Scheitel auf die Welt.
Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.
Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und glücklich machen!
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
und Fleiß und Kraft und andere schöne Sachen.
Roman Ritter
DIE NEUTRONENBOMBE
»Wir wollen den Frieden«
Jimmy Carter, täglich
Keine Sorge,
unseren Autos passiert nichts.
Kein Kratzer im Lack, kein geplatzter Reifen.
Nur der Fahrer
wird unter die Räder kommen.
Keine Sorge,
unseren Häusern passiert nichts.
Kein zerborstener Ziegel, kein Fleck im Kalk.
Nur die Bewohner
werden blind aus den Fenstern fallen.
Keine Sorge,
den Fabriken passiert nichts,
und auch nicht ihren Besitzern
in Florida.
Nur die Arbeiter
werden brüllend in den Starkstrom torkeln.
Keine Sorge,
der Haarspange deiner Frau passiert nichts.
Auch das Katzenauge am Fingerring bleibt ganz.
Nur deine Frau wird verenden,
schreiend wie eine zerquetschte Katze.
Keine Sorge,
dem Spielzeuggewehr deines Kindes passiert nichts.

Erich Fried

STATUS QUO

zur Zeit des Wettrüstens

Wer will
daß die Welt
so bleibt
wie sie ist
der will nicht
daß sie bleibt

Erich Fried

RICHTIGSTELLUNG

Die Mörder sind unter uns?
Auch das wäre schon gefährlich
Aber im Gegenteil:
Die Mörder sind *über* uns

Nachweis: Fried, aus: Erich Fried: Lebensschatten, Berlin 1981; Biermann, aus: Lesebuch. Deutsche Literatur der sechziger Jahre, hrsg. v. K. Wagenbach, Berlin 1968; Ritter, aus: In diesem Lande leben wir. Deutsche Gedichte der Gegenwart, hrsg. v. H. Bender, Frankfurt 1980; Kunert, aus: Deutsche Lyrik der anderen Seite, hrsg. v. A. d.Besten, München 1960; Brecht, aus: Bert Brecht: Gedichte, Leipzig 1967; Kästner, Bauer, Eich, Hermlin, aus: Gedichte gegen den Krieg, hrsg. v. K. Fassmann, Frankfurt.

Wolf Biermann

GENOSSEN, WER VON UNS WÄRE NICHT GEGEN DEN KRIEG

Für Robert Havemann

Aber
der Glanz Müntzerscher Morgensterne
über den aufrührerischen Bauern
wenn sie ihren Peinigern
ein blutiges Licht aufsteckten

Aber
der Wohlklang der Stalin-Orgel
wenn sie den Hitler-Soldaten
zu Weihnacht FRIEDE AUF ERDEN
in die erfrorenen Ohren brüllte

Aber
die Eleganz automatischer Raketen
in Ho Chi Minhs Himmeln
wenn sie den erstaunlichen Ingenieurleistungen
aus Detroit
den erstaunlichen Kuß geben

Aber
die Schönheit der Maschinenpistole
über der Schulter des Guerilla-Kämpfers
wenn er dem bolivianischen Kuli
treffende Argumente gegen seine Unterdrücker
liefert
die sie endlich verstehn

Das Beste aber:
Polizisten, abgerichtet gegen das Volk
wenn sie im Strom der empörten Massen
durch die Straßenschluchten geschwemmt ertrinken
Und endlich endlich ergreifen sie statt ihrer Waffen
die rettende Hand der Waffenlosen

Erich Kästner

KENNST DU DAS LAND, WO DIE KANONEN BLÜHN?

Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!
Dort stehn die Prokuristen stolz und kühn
in den Büros, als wären es Kasernen.

Dort wachsen unterm Schlips Gefreitenknöpfe.
Und unsichtbare Helme trägt man dort.
Gesichter hat man dort, doch keine Köpfe.
Und wer zu Bett geht, pflanzt sich auch schon fort.

Wenn dort ein Vorgesetzter etwa will
– und es ist sein Beruf etwas zu wollen –
steht der Verstand erst stramm und zweitens still.
Die Augen rechts! Und mit dem Rückgrat rollen!

Die Kinder kommen dort mit kleinen Sporen
und mit gezognem Scheitel auf die Welt.
Dort wird man nicht als Zivilist geboren.
Dort wird befördert, wer die Schnauze hält.

Kennst Du das Land? Es könnte glücklich sein.
Es könnte glücklich sein und glücklich machen!
Dort gibt es Äcker, Kohle, Stahl und Stein
und Fleiß und Kraft und andere schöne Sachen.

Selbst Geist und Güte gibt's dort dann und wann!
Und wahres Heldentum. Doch nicht bei vielen.
Dort steckt ein Kind in jedem zweiten Mann.
Das will mit Bleisoldaten spielen.

Dort reift die Freiheit nicht. Dort bleibt sie grün.
Was man auch baut, – es werden stets Kasernen.
Kennst Du das Land, wo die Kanonen blühn?
Du kennst es nicht? Du wirst es kennenlernen!

Roman Ritter

DIE NEUTRONENBOMBE

»Wir wollen den Frieden«
Jimmy Carter, täglich

Keine Sorge,
unseren Autos passiert nichts.
Kein Kratzer im Lack, kein geplatzter Reifen.
Nur der Fahrer
wird unter die Räder kommen.

Keine Sorge,
unseren Häusern passiert nichts.
Kein zerborstener Ziegel, kein Fleck im Kalk.
Nur die Bewohner
werden blind aus den Fenstern fallen.

Keine Sorge,
den Fabriken passiert nichts,
und auch nicht ihren Besitzern
in Florida.
Nur die Arbeiter
werden brüllend in den Starkstrom torkeln.

Keine Sorge,
der Haarspange deiner Frau passiert nichts.
Auch das Katzenauge am Fingerring bleibt ganz.
Nur deine Frau wird verenden,
schreiend wie eine zerquetschte Katze.

Keine Sorge,
dem Spielzeuggewehr deines Kindes passiert nichts.
Auch seinem Teddybär fallen nicht die Haare aus.
Nur dein Kind wird sich am Boden winden
wie ein zertretener Wurm

Keine Sorge,
den Generälen und ihrem Präsident passiert nichts.
Auch nicht dem Waffenfabrikant.
Es sei denn:

Wir schaffen sie ab.

Fernsehvorschau

,,Despair – Eine Reise ins Licht''

Vladimir Nabokovs Roman ,,Despair'' bildet die Grundlage für das Buch von Tom Stoppard, welches Fassbinder 1977 verfilmte. Im Vorfeld der Weltwirtschaftskrise und der Machtergreifung der Faschisten will der großbürgerliche Schokoladenfabrikant Hermann der kultivierten Langeweile und seinem Milieu entfliehen, ein neues Leben beginnen. Der Wunsch, seine Identität zu wechseln, treibt ihn in Wahnsinn und Mord.
Sonntag, 30.8., 21.05 Uhr im ARD

,,Lebenslänglich für Christine''

Das englische Fernsehspiel erzählt die Tatsachengeschichte über die systematische Zerstörung eines Kindes, das, als schwer erziehbar geltend, über Jahre hin mit Psychopharmaka, Tranquilizern ,,ruhiggestellt'' wurde und schließlich im Frauengefängnis als 14-jährige landet – als Lebenslängliche. Die englische Hilfsorganisation MIND (sie kämpft gegen Mißstände im Fürsorgebereich und Strafvollzug, kümmert sich vor allem um psychisch Kranke und geistig Behinderte) deckte diesen Fall auf, und die Ausstrahlung des Fernsehspiels zwang zuständige Minister, neue Untersuchungsvorschriften zu erlassen. Der britische Innenminister mußte Christine inzwischen aus der geschlossenen Anstalt in eine psychiatrische Klinik überweisen.
Montag, 31.8., 21.20 Uhr im ZDF

,,...Jahr 2022... die überleben wollen''

Die Toten werden zu ,,Energiekeksen'', ,,Soylent Greens'', verarbeitet und die Kekse werden an die Lebenden verteilt. Dies ist der zugespitzte Ausdruck einer Gesellschaft, die Richard Fleischer in seinem Spielfilm von 1973 beschreibt. Die Städte völlig übervölkert, die natürlichen Lebensbedingungen vollständig zerstört, so daß die Massen nur noch Kunstnahrung erhalten – ein absolut menschenunwürdiges Leben. In dem Science-fiction-Bild sieht die Menschheit vor sich hin, unterdrückt und geknebelt von einem allmächtigen Staats- und Gewaltapparat, Hunger- und Elendsrevolten werden brutal unterdrückt.
Samstag, 5.9., 22.20 Uhr im ARD